

25 Jahre Mauerfall

korrigierte Version



Editorial

Die Wiedervereinigung – eine ökonomische Erfolgsgeschichte 935

Bericht von Karl Brenke

Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens 939

Interview mit Karl Brenke

»Ostdeutschland muss auf Bildung und Innovation setzen« 958

Bericht von Markus M. Grabka

Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland
gleichen sich nur langsam an 959

Bericht von Elke Holst und Anna Wieber

Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn 967

Bericht von Anika Rasner

Geschlechtsspezifische Rentenlücke in Ost und West 976

Bericht von Pia S. Schober und Juliane F. Stahl

Trends in der Kinderbetreuung –
sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West 986

Bericht von Stefan Liebig, Sebastian Hülle und Jürgen Schupp

Löhne werden in Ostdeutschland weiterhin als ungerechter empfunden
als im Westen 995

Bericht von Maximilian Priem und Jürgen Schupp

Alle zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland 1001

Am aktuellen Rand Kommentar von Claus Michelsen

Papiertiger Mietpreisbremse 1012



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
81. Jahrgang
2. Oktober 2014

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Elisabeth Liebau
Ronny Freier, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Dr. Stefan Bach
Alexander Eickelpasch
Andreas Thiemann
Prof. Dr. Gert Wagner

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Strukturschwächen und steigende Kosten in der Energiewirtschaft der DDR

Die DDR kann ihr Primärenergieangebot aus inländischen Quellen kaum noch erhöhen, ihre Energiewirtschaft wird zunehmend importabhängiger. Das bedeutet, daß die DDR-Wirtschaft mit den steigenden Weltmarktpreisen für Energieträger konfrontiert wird. Darüber hinaus verteuert sich infolge der ungünstiger werdenden Förderbedingungen in der Braunkohlenindustrie auch das inländische Energieaufkommen. Neben den steigenden Kosten muß weiterhin mit Knappheit beim Energieangebot, vor allem bei der Elektrizitätsversorgung, gerechnet werden. Der Rückstand im Kraftwerksbau ist durch die relativ milden Winter in den letzten Jahren lediglich verdeckt worden. Extreme Kälte würde die Energiewirtschaft sofort vor Versorgungsproblemen stellen, die sich nicht ohne Kontingentierung werden lösen lassen.

Geringe Effizienz der Energie- und Brennstoffindustrie

Die Energie- und Brennstoffindustrie gehört noch immer zu den Engpässen der DDR-Wirtschaft. Obwohl ihr zwischen 1960 und 1973 rund 27 vH der für die Industrie bereitgestellten Investitionsmittel zugewiesen wurden, bildet sie das Schlußlicht in der Wachstumsskala aller Industriebereiche. Die Bruttoproduktion expandierte mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 3,2 vH nur etwa halb so schnell wie die der gesamten Industrie (6,1 vH). Dieses Tempo reichte nicht aus, um die bestehende Energielücke zu schließen.

aus dem Wochenbericht Nr. 40/1974 vom 3. Oktober 1974

Die Wiedervereinigung – eine ökonomische Erfolgsgeschichte

Von Karl Brenke, Marcel Fratzscher, Markus M. Grabka, Elke Holst, Sebastian Hülle, Stefan Liebig, Maximilian Priem, Anika Rasner, Pia S. Schober, Jürgen Schupp, Juliane F. Stahl und Anna Wieber

Die Erwartungen der Menschen nach dem Mauerfall vor 25 Jahren und der Wiedervereinigung 1990 waren enorm. Die Regierung versprach, innerhalb weniger Jahre „blühende Landschaften“ zu schaffen. Die Euphorie der Wiedervereinigung kam nicht nur durch den Wunsch zustande, endlich wieder ein Land und eine Nation zu sein, sondern hatte auch handfeste wirtschaftliche Gründe: Die Menschen in Ostdeutschland wollten eine bessere wirtschaftliche Perspektive, mehr Chancen, ihre Möglichkeiten zu verwirklichen und letztlich mehr Wohlstand für sich und künftige Generationen zu schaffen. Die Westdeutschen erhofften sich einen Boom.

Das Versprechen erwies sich sehr schnell als eine Illusion. Und es wurden – aus rein ökonomischer Sicht – wirtschaftspolitische Fehler gemacht, wie etwa die Währungsunion zu einem Wechselkurs, der wirtschaftlich die Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands schnell sinken ließ und zumindest anfänglich zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit beitrug. Und die Privatisierung durch die Treuhandanstalt war wahrscheinlich übereilt. Ist jedoch die Wiedervereinigung deshalb aus wirtschaftspolitischer Perspektive gescheitert? Es wäre falsch, das politische Versprechen vom schnellen Wohlstand als Maß für den Erfolg der Wiedervereinigung zu nehmen.

Die Frage nach einem realistischen Ziel und Kriterium für eine systematische wirtschaftspolitische Bewertung der Wiedervereinigung ist schwer zu beantworten. Die Annäherung, oder Konvergenz, der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland ist ein Maß, das diesem Ziel der Bewertung nahe kommt. Es wäre jedoch irreführend, unter Konvergenz eine völlige Gleichheit aller wirtschaftlichen Indikatoren zu verstehen. Eine Gleichheit in Einkommen,

Produktivität oder Vermögen wird es innerhalb einer Volkswirtschaft und eines Landes nie geben können. Jedes noch so kleine und stark integrierte Land wird immer Unterschiede zwischen Regionen und selbst innerhalb von Regionen aufweisen. Auch die verschiedenen Regionen in Westdeutschland haben seit 1945 keinen Konvergenzprozess durchgemacht, der zu einer vollständigen wirtschaftlichen Angleichung geführt hätte.

Ganz im Gegenteil: Häufig gibt es zeitweise Divergenzen, also auseinanderlaufende Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Bedingungen, manchmal wandeln sich relativ arme Regionen zu den leistungsstärksten. Das Beispiel Bayerns ist nur eines, das zeigt, dass auch Westdeutschland einen solchen Prozess erfahren hat. Aber Länder wie Italien und Spanien haben sehr große und anhaltende Unterschiede über Regionen hinweg, die sich seit Jahrhunderten nicht ausgeglichen haben, sondern durch die Globalisierung eher noch größer geworden sind.

Der vorliegende Wochenbericht des DIW Berlin will zunächst einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Bewertung der Wiedervereinigung leisten. Wie haben sich Einkommen, Produktivität und Löhne in Westdeutschland und in Ostdeutschland angeglichen? Wie sind verschiedene Bevölkerungsgruppen von der Wiedervereinigung beeinflusst worden? Wie haben sich Vermögen und Wohlstand im Vergleich der beiden Teile Deutschlands entwickelt? Dies sind die zentralen Fragen, die in den Aufsätzen des ersten Teils dieses Wochenberichts analysiert werden.

Der Artikel „Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens“ von Karl Brenke zeigt, dass der Osten immer noch bei der Wirtschaftsleistung und den Ein-

kommen dem Westen weit hinterherhinkt. Das strukturell größte Problem stellt die geringe Produktivität, die starke Ausrichtung auf ausführende Funktionen dar. Der größte Erfolg besteht in einer gelungenen Re-Industrialisierung.

Der zweite Artikel von Markus Grabka „Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland gleichen sich nur langsam an“ analysiert die Vermögen der Deutschen in den beiden Landesteilen.¹ Auch 25 Jahre nach dem Mauerfall halten die Haushalte in Ostdeutschland mit 67 400 Euro nicht einmal halb so viel Vermögen wie Westdeutsche. Der Immobilienbesitz als quantitativ wichtigste Vermögensform hat zwar in beiden Landesteilen seit 1990 deutlich zugenommen, aber weiterhin klafft eine Lücke von 15 Prozentpunkten in der Eigentümerquote zwischen Ost und West. Sowohl hinsichtlich der durchschnittlichen Wohnfläche als auch bezüglich der Ausstattung der Immobilien gab es hingegen seit dem Mauerfall eine deutliche Annäherung.

Kurzum, die ersten beiden Artikel zeigen deutlich, dass eine ökonomische Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland zwar stattgefunden hat, dass wir aber nach wie vor weit von einer vollen Gleichheit entfernt sind.

Da aber – wie gezeigt – eine volle Gleichheit von Lebensbedingungen über Regionen hinweg kein realistisches Maß für eine wirtschaftspolitische Bewertung der Wiedervereinigung sein kann, wäre wohl ein Vergleich mit regionalen Unterschieden in Westdeutschland oder alternativ in anderen Ländern wie Frankreich oder Italien sinnvoll. Nach 40 Jahren Planwirtschaft ist es in vielerlei Hinsicht auch erstaunlich, dass es gelungen ist, die ostdeutsche Wirtschaft neu zu erfinden und den Menschen in den ostdeutschen Ländern eine gute wirtschaftliche Zukunftsperspektive zu eröffnen.

Wenn wir von einer Konvergenz oder Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland sprechen, wird häufig angenommen, dass die Veränderung in Ostdeutschland stattfindet mit dem Ziel,

sich Westdeutschland anzunähern. Gesamtwirtschaftlich gab es sicherlich meist eine wirtschaftliche Annäherung Ostdeutschlands an die westdeutschen Bedingungen. Gilt dies jedoch auch für individuelle wirtschaftliche Lebenslagen, und vor allem für gesellschaftliche und soziale Entwicklungen? Ist Westdeutschland tatsächlich in allen Aspekten das Ideal für Ostdeutschland gewesen? Oder gab es nicht auch Bereiche, in denen Westdeutschland von Ostdeutschland gelernt hat?

Es wäre überheblich, die Wiedervereinigung lediglich als Ausweitung des wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Systems Westdeutschlands zu sehen. Denn auch wenn die soziale Marktwirtschaft Westdeutschlands der Planwirtschaft Ostdeutschlands zweifelsohne überlegen war, so hat Ostdeutschland eine Reihe wichtiger sozialer und gesellschaftlicher Modelle und Eigenschaften mit in das wiedervereinigte Deutschland gebracht, die mittlerweile zu einem anerkannten Standard geworden sind.

Die weiteren Artikel behandeln daher die Frage, ob Deutschland durch die Wiedervereinigung ein anderes Land geworden ist. Zuerst geht es um zwei Bereiche, in denen Ostdeutschland das Denken und Handeln der vergangenen 25 Jahre in ganz Deutschland stark beeinflusst hat – die Frage des Familienmodells und der Kinderbetreuung sowie die Rolle der Frauen. In den beiden abschließenden Artikeln werden Fragen der Zufriedenheit behandelt.

Der erste Artikel in diesem zweiten Teil von Elke Holst und Anna Wieber mit dem Titel „Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn“ zeigt, dass sich zwar die Erwerbstätigenquoten von Frauen in Ost- und Westdeutschland weitgehend angenähert haben, der Erwerbsumfang und die Erwerbswünsche bei ostdeutschen Frauen jedoch deutlich höher liegen. Besonders deutlich ist dies bei den Müttern zu beobachten. Bei den Männern sind hingegen kaum Unterschiede festzustellen.

Diese Unterschiede im Bereich Gender zeigen sich auch bei der Vorsorge, und vor allem den Rentenansprüchen von Männern und Frauen in West- und Ostdeutschland. Der Artikel von Anika Rasner „Geschlechtsspezifische Rentenlücke in Ost und West“ zeigt, dass die geschlechts-

¹ Dieser Artikel und die darauf folgenden beruhen auf dem von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), das als jährliche Wiederholungsbefragung bei denselben Personen 1984 in Westdeutschland gestartet wurde und im Juni 1990 – also unmittelbar vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – seine Erhebung auf die DDR ausweiten konnte.

spezifischen Unterschiede in den Altersrenten generell kleiner geworden sind. In Westdeutschland sind sie aber weiterhin größer als in Ostdeutschland. Auch für die Zukunft wird für ostdeutsche Frauen ein deutlich höheres Rentenniveau als für westdeutsche Frauen vorhergesagt, wohingegen ostdeutsche Männer mit rückläufigen Rentenanwartschaften rechnen müssen.

Vor allem beim Familienmodell und der Kinderbetreuung gab es vor der Wiedervereinigung große Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Der dritte Artikel „Trends in der Kinderbetreuung – sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West“ von Pia Schober und Juliane Stahl untersucht, wie sich die Nutzung von Kindertagesbetreuung sowie informeller Betreuung für Kinder unter drei Jahren seit der Wiedervereinigung in beiden Landesteilen verändert hat. Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf unterschiedliche Entwicklungen in Abhängigkeit vom sozioökonomischen Hintergrund von Familien gelegt. Als Hauptergebnis lässt sich festhalten, dass sich sozioökonomische Unterschiede in der Nutzung von Kinderbetreuung im Kontext fortbestehender Ost-West-Differenzen verstärkt haben.

Diese beiden Bereiche sind nur ausgewählte Beispiele dafür, dass Ostdeutschland sehr wohl einen großen Einfluss auf das soziale und gesellschaftliche Leben in Deutschland gehabt hat und weiterhin hat. Auch wenn diese beiden Bereiche in erster Linie als gesellschaftspolitische Themen angesehen werden, so haben sie doch eine große Auswirkung auch auf die deutsche Wirtschaft und ihre Leistungsfähigkeit gehabt. Denn ein entscheidender Erfolg, den Deutschland heute zu verzeichnen hat, ist sein Beschäftigungswunder. Hier geht es nicht nur um die Senkung der Arbeitslosigkeit von weit über zehn Prozent Anfang der 2000er Jahre auf deutlich unter sieben Prozent heute. Sondern es geht auch darum, dass heute sehr viel mehr Menschen, und vor allem Frauen, in Beschäftigung kommen konnten. Auch wenn es nach wie vor große

Schwächen und Aufholbedarf gibt, so hat die Wiedervereinigung und der Einfluss Ostdeutschlands der gesamten Wirtschaft zu mehr Erfolg und Dynamik verholfen.

Nicht nur Einkommen und Vermögen bleiben in Deutschland, und gerade auch zwischen West- und Ostdeutschland, sehr ungleich verteilt. Auch beim Gerechtigkeitsgefühl zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Der nächste Artikel „Löhne werden in Ostdeutschland weiterhin als ungerechter empfunden als im Westen“ von Stefan Liebig, Sebastian Hülle und Jürgen Schupp analysiert die subjektiv empfundene Gerechtigkeit in Bezug auf den eigenen Lohn. Danach bewerteten im Jahr 2013 in Ostdeutschland rund 44 Prozent der Beschäftigten ihr Einkommen als ungerecht, in Westdeutschland war dies bei etwa jedem Dritten der Fall. Die Analysen machen auch deutlich, dass es gerade die Bezieher niedriger bis mittlerer Einkommen und insbesondere Facharbeiter sind, die ihr Nettoeinkommen über die Zeit stabil als ungerecht empfinden. Dazu trägt auch die Einkommensbesteuerung bei.

Der letzte Artikel, von Maximilian Priem und Jürgen Schupp, untersucht die Lebenszufriedenheit und die Sorgen der Menschen in Ost- und Westdeutschland. Trotz steigender Lebenszufriedenheit in den neuen gegenüber den alten Bundesländern, konnte der Ost-West-Unterschied immer noch nicht nivelliert werden. Die Menschen in Ostdeutschland waren im Jahr 2013 mit dem Leben insgesamt signifikant weniger zufrieden als die in Westdeutschland, obwohl die allgemeine Zufriedenheit in den neuen Bundesländern so hoch ist wie noch nie im Zeitraum der Erhebung, die dort im Juni 1990 begann. Angeglichen haben sich die Zufriedenheiten mit der Wohnung, der Haushaltstätigkeit, Arbeit und Freizeit. Die Menschen in Ostdeutschland sorgen sich stärker um die eigene wirtschaftliche Situation und um Kriminalität, während die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz und vor Ausländerfeindlichkeit in ganz Deutschland abgenommen haben.

Ostdeutschland – ein langer Weg des wirtschaftlichen Aufholens

Von Karl Brenke

Der wirtschaftliche Rückstand Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland ist 25 Jahre nach dem Fall der Mauer immer noch groß. Beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner werden 71 Prozent und bei der Produktivität etwa drei Viertel des westdeutschen Niveaus erreicht. Der Aufholprozess kommt nur noch sehr langsam voran. Der entscheidende Grund für die geringe Produktivität ist der Mangel an hochqualifizierten Tätigkeiten. Zudem ist die ostdeutsche Wirtschaft vergleichsweise kleinteilig strukturiert. Das verfügbare Einkommen je Einwohner liegt in Ostdeutschland bei 83 Prozent des westdeutschen Wertes. An dieser Relation hat sich seit Ende der 90er Jahre nichts Wesentliches geändert. Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland noch relativ hoch, in den vergangenen Jahren ist sie aber stärker als in Westdeutschland zurückgegangen. Dies ist allerdings zum Teil Folge des schrumpfenden Erwerbspersonenpotentials; besonders deutlich geht die Zahl der Jugendlichen zurück.

Die Erwartung zur Zeit der Wende, dass der Osten bei Wirtschaftskraft und Lebensstandard rasch zum Westen aufschließen wird, hat sich nicht erfüllt. Sie war auch übertrieben, denn man ging davon aus, dass eine traditionell dünn besiedelte Transformationsregion in relativ kurzer Zeit eine der leistungsfähigsten Ökonomien der Welt einholen könnte. Gleichwohl gibt es große Anpassungsfortschritte. Insbesondere ist in Ostdeutschland eine Re-Industrialisierung gelungen. Eine große Herausforderung stellt der demografische Wandel dar. Die Zahl junger Erwerbspersonen geht in Ostdeutschland deutlich stärker zurück als in Westdeutschland. Um Fachkräfte zu halten oder anzuziehen, muss in Ostdeutschland das Angebot attraktiver Arbeitsplätze mit guter Entlohnung gesteigert werden. Höhere Löhne müssen allerdings mit höherer Produktivität einhergehen und diese wiederum erfordert eine verstärkte Innovationstätigkeit.

Im diesem Herbst vor 25 Jahren brach die DDR politisch zusammen, und die Grenze wurde geöffnet. Nach der Umsetzung der Reisefreiheit und dem politischen Wandel trat mehr und mehr die Forderung nach einer Verbesserung des Lebensstandards in den Vordergrund. Die Bevölkerung orientierte sich an der Bundesrepublik. Verlangt wurde nach der deutschen Einheit und der Einführung der D-Mark, die als Symbol wirtschaftlicher Stärke und hoher Kaufkraft galt. Am 1. Juli 1990 wurde die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eingeführt. Damit entfiel der Schutz des Wechselkurses für die wenig produktive Wirtschaft der DDR. Über Nacht wurde das Gebiet zwischen Ostsee und Erzgebirge mit Waren aus dem Westen überschwemmt. Die eigene Produktion brach weitgehend zusammen. Verschärft wurde die Situation noch durch starke Lohnanhebungen.

Nach diesem ökonomischen Schock stellte sich der Politik die Aufgabe, rasch eine neue, sich selbst tragende Wirtschaftsbasis aufzubauen. Zudem stand man unter dem Erwartungsdruck der Bevölkerung, der „blühende Landschaften“ in Aussicht gestellt worden waren. Im Folgenden wird untersucht, inwieweit diese Ziele erreicht wurden.¹

Schrumpfende und alternde Bevölkerung

Wenn auch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion aus ökonomischer Sicht ein kardinaler Fehler war, so war sie doch aus politischer Perspektive unvermeidlich und notwendig. Denn die Forderung nach ihrer Einführung wurde mit der Ankündigung unterlegt: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr.“ Ohne die D-Mark wären die Abwanderungen aus der DDR nach der Grenzöffnung vermutlich noch viel stärker ausgefallen, als sie ohnehin gewesen sind.²

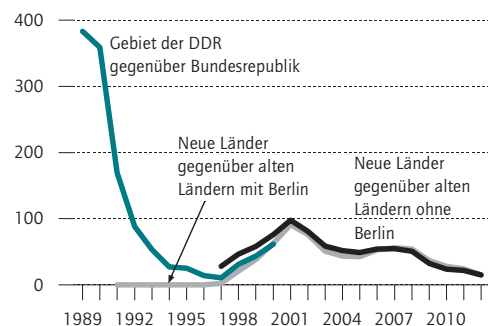
¹ Bei der Untersuchung wurde Berlin, sofern die verfügbaren Daten dies ermöglichten, Ostdeutschland zugeordnet.

² Auch vom hohen Niveau der Sozialleistungen in Westdeutschland ging ein Anreiz zur Abwanderung aus.

Abbildung 1

Wanderungsverluste der DDR und Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland

Fortgezogene minus Zugezogene in 1 000 Personen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Wanderungsverluste Ostdeutschlands sind nur noch gering.

Tabelle 1

Durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen

In Jahren

Sterbetafel	Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Bundesländer ²	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1986/88	72,21	78,68	69,75	75,81
1991/93	73,11	79,48	69,86	77,18
2000/02 ³	75,67	81,35	74,10	80,79
2009/11 ³	77,97	82,77	76,64	82,58

¹ Bis 1998/2000 einschließlich West-Berlin.

² Bis 1998/2000 einschließlich Ost-Berlin.

³ Ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt

© DIW Berlin 2014

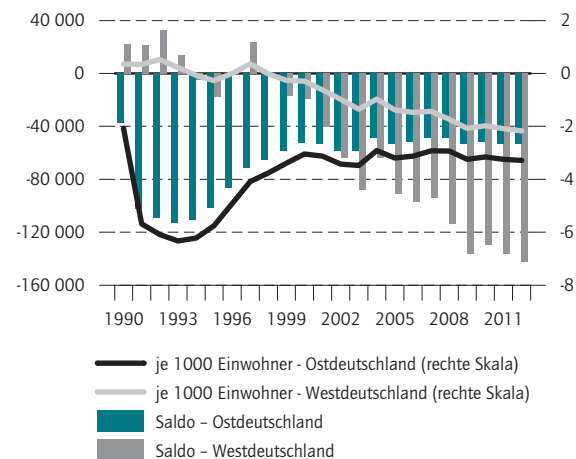
Die Lebenserwartung ist in Ostdeutschland stärker gestiegen als in Westdeutschland.

Der Wirtschaft wäre das Arbeitskräftepotential entzogen worden.

Weil mit der ökonomischen und der im Oktober 1990 vollzogenen politischen Einheit die Hoffnung verknüpft war, dass es nach einer nicht allzu langen Umbruchphase zu einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung kommen würde, nahmen die wanderungsbedingten Bevölkerungsverluste deutlich ab. Mitte der 90er Jahre war der Wanderungssaldo im Bevölkerungsaustausch mit den alten Bundesländern kaum noch im negativen Bereich (Abbildung 1). Danach kam es zu

Abbildung 2

Saldo von Lebendgeborenen und Sterbefällen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Das Geburtendefizit je Einwohner ist in Ostdeutschland immer noch größer als in Westdeutschland.

zwei weiteren, kleineren Abwanderungsschüben: zum einen um die Jahrtausendwende herum, zum zweiten von 2005 bis 2008. Offenbar handelte es sich hierbei um ein pro-zyklisches Wanderungsverhalten. Man verließ Ostdeutschland, als die Konjunktur in Deutschland generell im Aufschwung war und sich im Westen günstige Beschäftigungsmöglichkeiten boten.³

Nach der Wende stellte sich eine zweite gravierende demografische Entwicklung ein: ein drastischer Rückgang der Geburten. Von 1990 bis 1994 halbierte sich laut amtlicher Bevölkerungsstatistik die jährliche Geburtenzahl – von reichlich 200 000 auf knapp 100 000.⁴ Zum Teil lag das daran, dass die Geburt des ersten Kindes auf ein späteres Lebensalter verschoben wurde;⁵ in der DDR waren die Eltern recht jung, weil mit der Geburt des ersten Kindes zahlreiche Vergünstigungen wie der Anspruch auf eine eigene Wohnung einhergingen. Ab Mitte der 90er Jahre nahm die Geburtenzahl wieder zu – blieb aber weit unter dem früheren Niveau. Im Jahr 2000 wurde ein Wert von 130 000 erreicht, der sich danach kaum veränderte. Dies reicht bei weitem nicht zur natürlichen Reproduktion aus; im Jahr 2012 belief

³ Ausgeblendet werden hier die Zuwanderungen aus dem Ausland und die Abwanderungen dorthin. Auch im Fall Ostdeutschlands war bei den Außenwanderungen der Saldo positiv, der Wanderungsgewinn in absoluten Zahlen aber relativ gering.

⁴ Ohne Berlin fiel der prozentuale Rückgang mit 56 Prozent noch stärker aus: In den ostdeutschen Flächenstaaten sank die Zahl der Geburten von 163 000 auf 71 000.

⁵ Pötzsch, O.: Facetten der Geburtenentwicklung in Deutschland. Wirtschaft und Statistik Nr. 6/2005, 574 ff.

sich die Zahl der Kinder je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren auf lediglich 1,4; in den alten Bundesländern ist die Rate genauso gering.⁶ Der Saldo von Lebendgeborenen und Gestorbenen liegt seit dem Jahr 2000 bei minus 50 000. Je 1 000 Einwohner waren dies im Jahr 2013 gut drei Personen, gegenüber gut zwei Personen in Westdeutschland (Abbildung 2).

Stabilisierend auf die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland wirkt die deutliche Zunahme der Lebenserwartung. Dabei kam es zu einer weitgehenden Annäherung an die höhere und ebenfalls gestiegene Lebenserwartung in Westdeutschland. Während Anfang der 90er Jahre die Lebenserwartung bei den weiblichen Neugeborenen im Osten noch um 2,3 Jahre geringer war als im Westen, ist sie inzwischen fast genauso hoch (Tabelle 1). Bei Männern gibt es noch einen Unterschied von 1,3 Jahren, gleich nach der Wende waren es aber noch 3,3 Jahre.

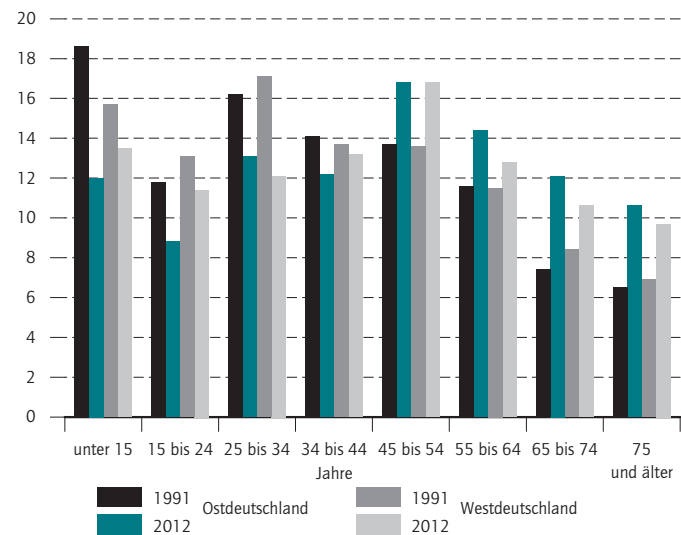
Als Ergebnis der Entwicklung bei Wanderungen und Geburten ist die Gesellschaft in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren viel stärker gealtert als die in Westdeutschland. Auf die Alterskohorten der nachwachsenden Generation entfällt inzwischen ein deutlich geringerer Anteil der Bevölkerung als im Westen; dafür gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise viele Alte (Abbildung 3). Anfang der 90er Jahre war das noch umgekehrt.

Die ohnehin geringe Bevölkerungsdichte in Ostdeutschland hat weiter abgenommen. Abgesehen von Sachsen rangieren die ostdeutschen Flächenstaaten bei der Einwohnerzahl je Quadratkilometer am unteren Ende der Rangskala (Abbildung 4). Während 2013 im Westen 265 Einwohner auf einen Quadratkilometer kamen, waren es im Osten 150 (Flächenstaaten: West = 256, Ost = 118).⁷

Bei so gravierenden Unterschieden in den Raumstrukturen war die Hoffnung auf eine baldige Angleichung der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West wohl von vornherein unrealistisch. Mit Blick auf das nach wie vor bestehende politische Ziel einer Ost-West-Angleichung der Lebensverhältnisse mag der Vergleich mit Westdeutschland gerechtfertigt sein. Aus wirtschaftsstruktureller und historischer Sicht ist dies aber eher irreführend. Während der deutschen Teilung haben sich

Abbildung 3

Altersstruktur der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland Anteile in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

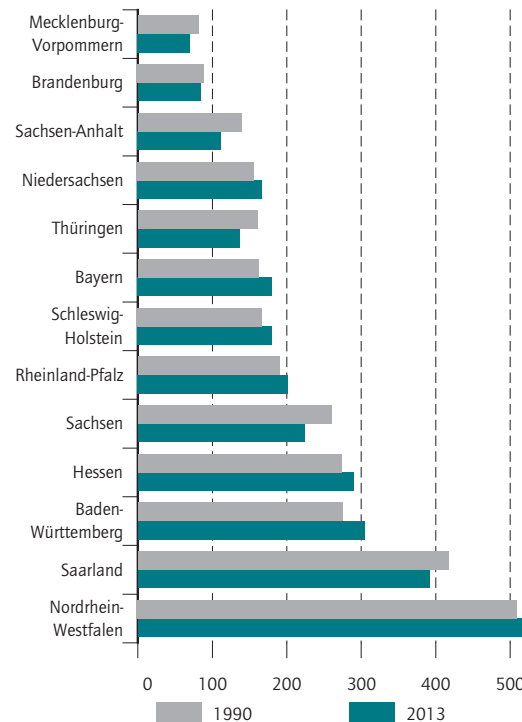
© DIW Berlin 2014

Der Bevölkerungsanteil junger Menschen ist im Osten stärker gesunken und der der Alten hat kräftiger zugenommen.

Abbildung 4

Bevölkerungsdichte der Flächenstaaten

Einwohner je Quadratkilometer



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Mit Ausnahme Sachsens sind alle ostdeutschen Flächenstaaten dünn besiedelt.

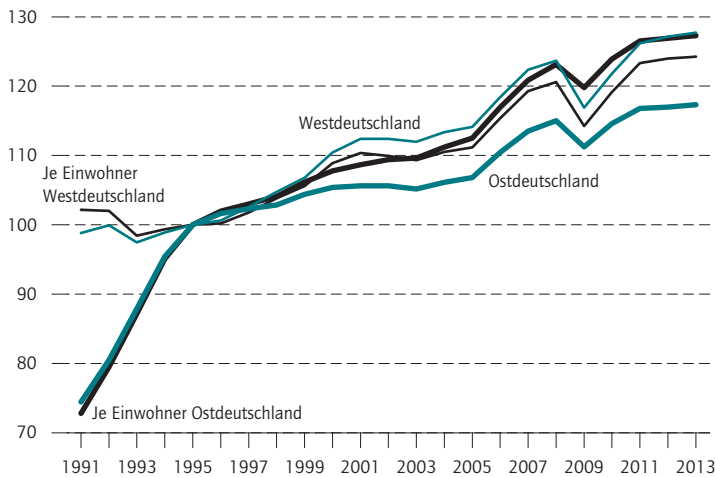
⁶ Angaben des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/06/Abbildungen/a_06_08_zusgef_geburtenziffer_w_o_ab1945.html;jsessionid=CA14B74C65A4B7404FE04B0F53853DCC.2_cid292?nn=3071458.

⁷ Die jüngere demografische Entwicklung hat schon vor dem Mauerfall bestehende West-Ost-Diskrepanzen verstärkt. Noch vor DDR-Zeiten – bereits im deutschen Kaiserreich und zuvor im preußischen Königreich – zählten große Teile des heutigen Ostdeutschlands zu „Ostelbien“ – ein Synonym unter anderem für geringe Siedlungsdichte und wirtschaftliche Rückständigkeit.

Abbildung 5

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt

Index 1995 = 100



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

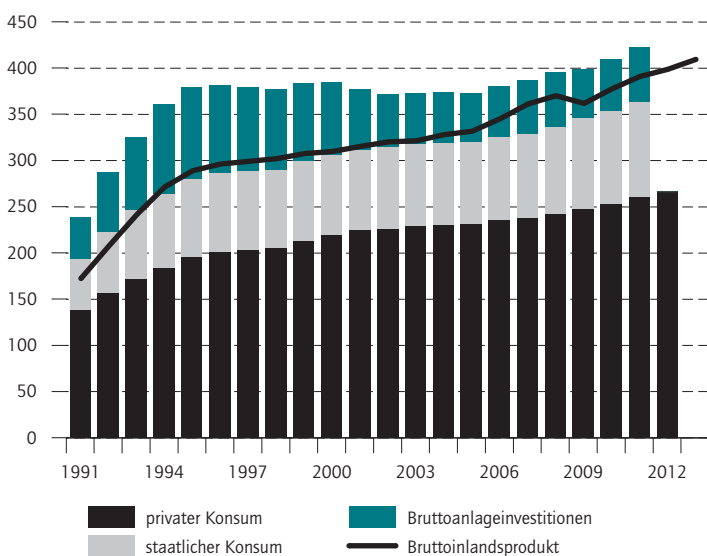
© DIW Berlin 2014

Schon seit Mitte der 90er Jahre wächst die Wirtschaftsleistung im Osten langsamer als im Westen.

Abbildung 6

Güterverwendung und Güterproduktion in Ostdeutschland

In Milliarden Euro in jeweiligen Preisen



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Wenngleich die Lücke kleiner geworden ist, werden im Osten immer noch erheblich mehr Güter verbraucht als produziert.

im Westen starke Wirtschaftszentren mit den Zentralen überregional agierender Unternehmen etabliert, während die Wirtschaft der DDR mit ihren planwirtschaftlich ausgerichteten, ineffizienten Strukturen total umgebaut werden musste. Dieser grundlegende ökonomische Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland wird noch lange bestehen bleiben und die Relationen zwischen beiden Landesteilen hinsichtlich Wirtschaftskraft und Produktivität prägen.

Wirtschaftsleistung:**Aufholprozess kommt nur langsam voran**

Nach einem starken Einbruch in der Wendezeit ging es mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland zunächst wieder bergauf, ab Mitte der 90er Jahre aber mit deutlich verlangsamtem Tempo. Seitdem blieben die Zuwächse des realen Bruttoinlandsprodukts hinter dem Produktionsanstieg in den alten Bundesländern zurück (Abbildung 5). In der Zeit von 1995 bis 2013 stieg die preisbereinigte Wirtschaftsleistung jahresdurchschnittlich um 0,9 Prozent; in Westdeutschland waren es 1,4 Prozent.

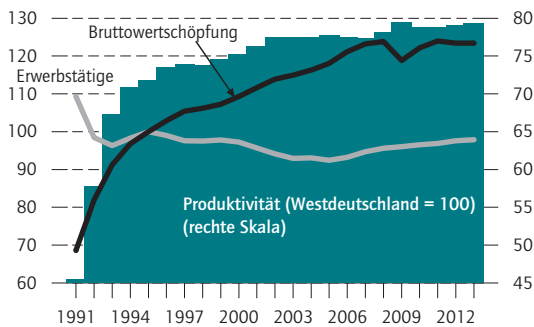
Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Produktionsmöglichkeiten von der Bevölkerungsentwicklung beeinflusst werden. Mit einer wachsenden Einwohnerzahl steigt für sich genommen die Nachfrage – etwa nach konsumnahen, nicht überregional gehandelten Gütern und nach Leistungen des Staates. Bei einer schrumpfenden Bevölkerung gilt das Gegenteil. Auch hinsichtlich der Wohlstandsentwicklung muss ein bestimmtes Produktionsergebnis bei einer schrumpfenden Bevölkerung anders gewertet werden als bei einer wachsenden.

Je Einwohner gerechnet ergibt sich für Ostdeutschland ein etwas günstigeres Bild: Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung nahm von 1995 bis 2013 um 1,3 Prozent pro Jahr zu – in den alten Bundesländern, wo die Bevölkerungszahl wanderungsbedingt zunahm, dagegen um 1,2 Prozent. Ab 2006 wuchs die Wirtschaftsleistung je Einwohner im Osten mit 1,2 Prozent kaum noch stärker als im Westen (1,1 Prozent). Im vergangenen Jahr erreichte sie im Osten nur 71 Prozent des westdeutschen Wertes.

Wegen des Anpassungsschocks infolge der Währungsunion und der Verpflichtungen im Rahmen der Sozialunion war Ostdeutschland auf massive Finanzmittel angewiesen, die über verschiedene Kanäle zufließen: über den Bundeshaushalt, von anderen Bundesländern im Rahmen der Finanzausgleichs, indirekt über die Europäische Union, über die Sozialversicherungen sowie in Form von privaten Investitionen. Das Ausmaß der Transfers lässt sich am Verhältnis des Werts der verwendeten Güter (Summe von Investitionen sowie privatem und

Abbildung 7

Produktivität und Erwerbstätige in Ostdeutschland Index 1995 = 100



1 Produktivität = Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2014

Bei der Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen konnte Ostdeutschland zuletzt kaum noch gegenüber Westdeutschland aufholen.

staatlichem Konsum) einerseits und der produzierten Güter andererseits umreißen. Von 1991 bis 2011, dem Jahr, bis zu dem vollständige Daten vorliegen, war der Wert der verwendeten Güter durchweg höher als der Wert der produzierten Güter (Abbildung 6). Die Differenz ist im Lauf der Zeit deutlich kleiner geworden, aber auch im Jahr 2011 übertraf die Güterverwendung die Produktion noch um acht Prozent. Absolut sind dies gut 30 Milliarden Euro, oder etwa 1900 Euro je Einwohner. Seit 2005 hat sich das „Leistungsbilanzdefizit“ kaum verringert. Ostdeutschland hängt also immer noch stark von Transfers ab.

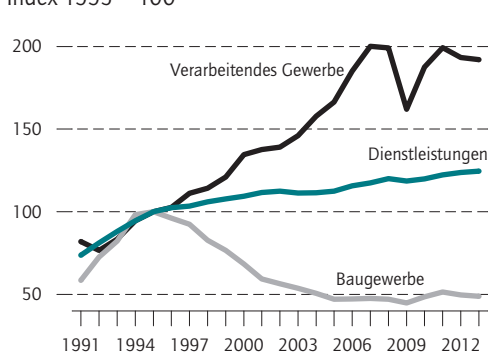
Immer noch erheblicher Rückstand bei der Produktivität

Bei gemeinsamer Währung blieb Ostdeutschland die Möglichkeit versperrt, seine Produktivität allmählich an das sehr viel höhere westdeutsche Niveau heranzuführen.⁸ Vielmehr waren schnelle und große Produktivitätsfortschritte erforderlich, um überhaupt einen Teil der Produktion aufrechterhalten zu können. Tatsächlich stieg die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen in der Zeit von 1991 bis 1995 auch um fast die Hälfte (Abbildung 7). Allerdings ging damit ein kräftiger Beschäftigungsabbau einher. Die Produktivität stieg also nicht zuletzt auch deshalb, weil viele nicht wettbewerbsfähige Produktionen stillgelegt wurden. Um den Um-

⁸ Die Spannweite der Einschätzungen zur Produktivität in der DDR im Vergleich zu Westdeutschland reicht von 14 bis 35 Prozent. Schwarzer, O. (1999): Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Stuttgart, 167.

Abbildung 8

Bruttowertschöpfung¹ in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft Index 1995 = 100



1 Preisbereinigt.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Industrie hat in Ostdeutschland stark expandiert.

bruchprozess abzufedern, wurde vor allem in der Zeit unmittelbar nach der Wende massiv auf Instrumente wie Kurzarbeit – auch bei vollständigem Arbeitsausfall – und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesetzt.

Nach einem zeitweiligen leichten Aufbau in den Jahren 1994 und 1995 ging die Beschäftigung in Ostdeutschland zehn Jahre lang zurück. Die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen nahm dabei stärker zu als in Westdeutschland, so dass die Produktivitätslücke kleiner wurde. Dieser Aufholprozess hat sich indes deutlich abgeschwächt. Seit 2005 steigt die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland wieder, und die Produktivität wächst in der Tendenz nur noch wenig stärker als in Westdeutschland.

Je Erwerbstätigen gerechnet erreichte Ostdeutschland im vergangenen Jahr 79 Prozent des westdeutschen Produktivitätsniveaus. Da in Ostdeutschland im Durchschnitt länger als im Westen gearbeitet wird, ist der Abstand bei der Stundenproduktivität noch größer; in Relation zum Westen lag der Wert für Ostdeutschland hier im Jahr 2013 bei 74 Prozent.

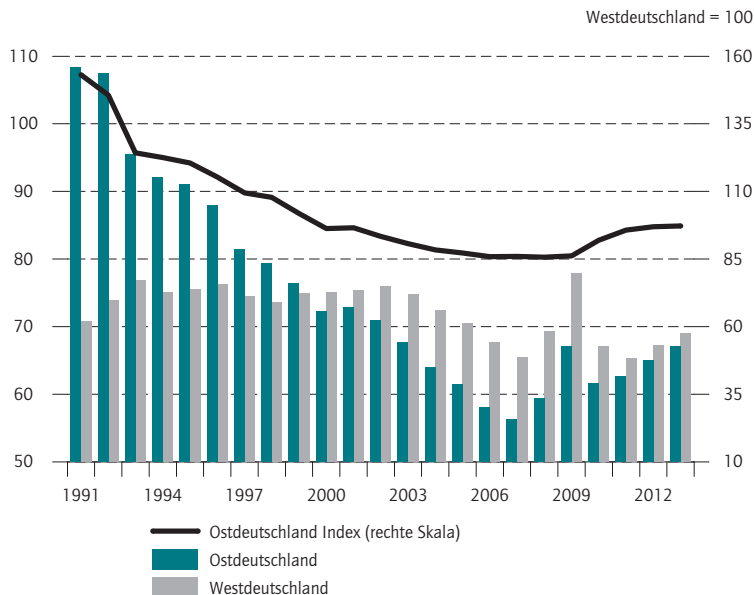
Sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen

Bauwirtschaft

Im Baugewerbe Ostdeutschlands gab es nach einer kurzen Übergangszeit enorme Produktionssteigerungen mit denen ein kräftiger Personalaufbau einherging (Abbildung 8). Maßgeblich dafür war zum einen die starke Ausweitung der Nachfrage seitens der öffentlichen

Abbildung 9

Lohnstückkosten¹ im verarbeitenden Gewerbe West- und Ostdeutschlands



¹ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Lohnstückkosten sind in Ostdeutschland etwas niedriger als im Westen.

Hand sowie staatlicher Unternehmen, die darauf abzielte, die großen Mängel in der ostdeutschen Infrastruktur zu beseitigen. Hinzu kamen zahlreiche private Investoren, von denen viele erwarteten, dass Ostdeutschland rasch bei der Wirtschaftskraft gegenüber dem Westen aufschließen würde. Dementsprechend floss viel Geld in den Bau von Gewerberäumen und Wohnungen, wobei der Bauboom durch staatliche Vergünstigungen (etwa bei Abschreibungen) zusätzlich angeregt wurde.

Als sich Mitte der 90er Jahre mehr und mehr herausstellte, dass die Erwartungen in die Entwicklung Ostdeutschlands überzogen waren, brach die Bauproduktion ein. Erst 2010 konnte der Abwärtstrend gestoppt werden. Während des Baubooms hat das Baugewerbe erheblich zum zeitweiligen Beschäftigungsaufbau in Ostdeutschland beigetragen. Am Höhepunkt gab es mehr als 1,2 Millionen Beschäftigte im ostdeutschen Baugewerbe, heute sind es nur noch knapp halb so viele.

Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor hat unmittelbar nach der Wende ebenfalls kräftig expandiert. Ab Mitte der 90er Jahre setzte sich das Wachstum langsamer, aber nahezu stetig fort. In Anbetracht des knappen Angebots an kon-

sumnahen Gütern und Diensten in der DDR war diese Entwicklung absehbar. Zahlreiche staatlich organisierte Dienstleistungen wurden nach der Wende zwar aufgegeben. Es traten aber neue an deren Stelle, so dass sich in diesem Bereich die Beschäftigungsverluste in Grenzen hielten. Viele produktionsorientierte Dienste wie Transport, Logistik, Wachschutz oder auch Forschung und Entwicklung wurden nicht länger von den produzierenden Betrieben selbst erstellt, sondern - dem Vorbild des Westens folgend - an Dienstleistungsunternehmen ausgelagert. Zudem boten sich Wachstumsmöglichkeiten bei Diensten, die in der DDR systembedingt kaum oder nicht in der im Westen bekannten Vielfalt vorhanden waren – zum Beispiel Werbung oder Finanzdienste.

Außerordentlich stark expandiert hat der Tourismus in Ostdeutschland. Die Zahl der Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe stieg von 1995 bis 2012 um 125 Prozent, und damit fast viermal so stark wie in Westdeutschland.⁹ Für Dienstleistungen dagegen, die auf die Nachfrage der heimischen Bevölkerung ausgerichtet sind, wirkt sich die rückläufige Einwohnerzahl dämpfend aus. Wenn die Alterskohorten der nachwachsenden Generation schrumpfen, reicht zum Beispiel ein geringeres Bildungsangebot aus, um den Bedarf zu decken. Handel und andere haushaltsnahe Dienste bekommen eine schrumpfende Einwohnerzahl in Form sinkender Konsumnachfrage zu spüren.

Im Zug der generellen Tertiärisierung wächst die Beschäftigung auch im Osten weiter. Von 1991 bis 2013 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor Ostdeutschlands von fünf Millionen im Jahr 1991 auf 5,7 Millionen im Jahr 2013. Die Zahl der Selbständigen verdoppelte sich nahezu auf 670 000, und die Selbständigenquote ist inzwischen im Osten mit 11,7 Prozent etwas höher als im Westen (10,9 Prozent).

Verarbeitendes Gewerbe

Mit der Währungsunion kamen vor allem diejenigen Sektoren unter Druck, die überregional handelbare Güter herstellten – vor allem die Industrie. Im Sommer 1990 ging die Industrieproduktion auf die Hälfte zurück und wäre wohl vollständig kollabiert, wenn nicht seitens des Staates die Ausfuhren in die Sowjetunion, dem traditionell wichtigsten Handelspartner, gestützt und die Kombinate mit massiven Liquiditätshilfen versorgt worden wären.¹⁰ Die Betriebe unter dem Dach der

⁹ Das stärkste Wachstum wurde in Berlin mit 240 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern mit 160 Prozent erzielt.

¹⁰ Für eine genauere Schilderung der Entwicklung in der Umbruchphase vgl. Brenke, K. (2009): Die Jahre 1989 und 1990. Das wirtschaftliche Desaster der DDR – schleichender Niedergang und Schocktherapie. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 2/2009.

Treuhandanstalt mussten möglichst rasch privatisiert werden, wozu nicht selten deren Aufspaltung in überlebensfähige Einheiten erforderlich war. Auch wenn viele Betriebe nur noch wenig produzierten, hielten sie an einem Teil des Personalstammes fest, denn das Fachkräftpotezial stellte vielfach die eigentliche Substanz eines Betriebes dar – und nicht etwa die Anlagen, die meistens verschlissen waren oder zeitgemäßen Standards nicht entsprachen. Mitunter mussten Betriebe faktisch verschenkt oder unter Hinnahme eines negativen Kaufpreises privatisiert werden. Um den industriellen Neuaufbau voranzutreiben, wurden umfangreiche Subventionen gewährt, insbesondere Investitionshilfen. In abgewandelter Form bestehen die Hilfen auch heute noch.

Im Jahr 1992 hatte die Industrieproduktion ihren Tiefpunkt erreicht, danach ist sie stark gestiegen. Erheblich unterstützt wurde die Entwicklung durch die Abkehr von der anfänglichen Lohnpolitik, die auf eine möglichst rasche Angleichung der Löhne an das westdeutsche Niveau zielte. Zu Beginn der Umstrukturierung überstiegen die Lohnstückkosten noch den Wert von 100, das heißt, die Arbeitskosten waren höher als die gesamte Wirtschaftsleistung (Abbildung 9). Das lag zum Teil daran, dass Personal gehalten wurde. Danach sanken die Lohnstückkosten nicht zuletzt wegen nur moderater Entgeltsteigerungen deutlich, ab der Jahrtausendwende auch unter das Niveau des verarbeitenden Gewerbes in Westdeutschland.

Das bedeutet aber nicht notwendigerweise, dass die ostdeutsche Industrie nun preislich wettbewerbsfähiger als die westdeutsche wäre. Die Lohnstückkosten weisen lediglich auf den Anteil der Arbeitsentgelte an der Wertschöpfung hin. Die Zusammensetzung der Kosten kann jedoch je nach der Art der Produktion variieren. Wegen der hohen Subventionierung von Investitionen bestand ein starker Anreiz, in Ostdeutschland vor allem auf kapitalintensive Fertigung zu setzen, so dass Abschreibungen auf Anlagen stark als Kostenfaktor ins Gewicht fallen könnten.

Angesichts der Talfahrt der Industrie Anfang der 90er Jahre wurde vielfach eine De-Industrialisierung Ostdeutschlands befürchtet. Aus heutiger Sicht war diese Einschätzung nicht gerechtfertigt, denn auf den Zusammenbruch der industriellen Basis der DDR folgte eine Re-Industrialisierung. Eine solche Entwicklung gab es auch in Staaten des ehemaligen Ostblocks; in nicht wenigen westlichen Ländern ist indes das Gegenteil – eine schleichende De-Industrialisierung – zu beobachten. Beim Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung liegt Ostdeutschland zwar deutlich hinter Westdeutschland zurück, erreicht aber inzwischen den Durchschnitt der Europäischen Union (Tabelle 2).

Tabelle 2

Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes in Ländern der Europäischen Union

	Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes je Einwohner in Euro zu jeweiligen Preisen			Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Prozent		
	1991	2002	2013	1991	2002	2013
Irland	–	8 664	7 491	–	29,1	23,3
Deutschland	4 431	5 011	6 528	26,6	21,5	21,8
Westdeutschland	5 608	5 699	7 294	28,1	22,8	23,0
Ostdeutschland	1 291	2 362	3 397	14,8	14,0	15,1
Österreich	3 381	4 799	6 124	21,1	19,4	18,3
Schweden	3 900	5 201	5 728	18,7	19,8	14,8
Finnland	3 325	5 867	4 560	18,9	24,3	14,9
Dänemark	3 022	4 449	4 556	16,2	15,1	11,9
Niederlande	2 553	3 447	4 112	17,0	13,4	12,8
Euroraum	–	3 735	4 045	–	18,1	15,7
Belgien	–	4 116	3 814	–	17,7	12,5
Italien	3 342	3 924	3 628	21,6	19,1	15,5
EU insgesamt	–	3 180	3 477	–	17,4	15,1
Tschechien	–	1 834	3 183	–	24,6	25,1
Frankreich	2 680	3 166	2 861	17,3	14,0	10,2
Spanien	–	2 699	2 678	–	16,7	13,4
Slowakei	–	952	2 657	–	21,8	21,9
Großbritannien	2 545	3 585	2 577	18,9	13,9	9,8
Portugal	–	1 913	1 939	–	16,2	14,0
Ungarn	–	1 279	1 877	–	21,3	22,6
Polen	–	751	1 586	–	15,5	17,7
Griechenland	–	1 228	1 419	–	9,7	9,8

Quellen: Eurostat; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Ostdeutschland erreicht bei der Industrieproduktion inzwischen den EU-Durchschnitt.

Der Rückstand gegenüber Italien beispielsweise ist nur noch gering, und Spanien sowie Frankreich und das Vereinigte Königreich, wo es tatsächlich eine De-Industrialisierung gab, wurden deutlich überholt.

Ungünstige Arbeitsplatzstruktur

Eine mögliche Erklärung für die immer noch relativ geringe Produktivität der ostdeutschen Wirtschaft könnte eine spezifische sektorale Struktur sein, bei der Wirtschaftszweige mit einer allgemein geringen Produktivität ein großes Gewicht haben, während Branchen mit einer generell hohen Produktivität unterrepräsentiert sind. Tatsächlich haben in Ostdeutschland einige unterdurchschnittlich produktive Zweige wie das Gastgewerbe, die Bauwirtschaft oder der Agrarsektor höhere Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung als im Westen, und überdurchschnittlich produktive Sektoren wie die Finanzdienstleistungen, das verarbeitende Gewerbe oder manche freiberuflichen und wissenschaftlichen Dienste haben ein geringeres Gewicht (Tabellen 3 und 4). Das Bild ist aber nicht eindeutig. So gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise wenig einfache Dienst-

Tabelle 3

Sektorale Struktur der Bruttowertschöpfung In Prozent

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	1991	2011	2013	1991	2011	2013
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,9	1,2	1,3	1,1	0,7	0,7
Produzierendes Gewerbe	30,8	26,8	26,1	37,0	31,4	30,9
Verarbeitendes Gewerbe	14,8	16,2	15,1	28,1	23,8	23,0
Baugewerbe	9,9	6,2	6,2	5,6	4,4	4,5
Energie, Wasser, Bergbau	6,1	4,5	4,9	3,3	3,1	3,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, I+K	20,6	17,2	17,3	19,9	18,8	18,6
Handel; Rep. von KFZ	-	7,3	-	-	9,3	-
Verkehr und Lagerei	-	4,1	-	-	3,8	-
Gastgewerbe	-	2,0	-	-	1,6	-
Information und Kommunikation	-	3,9	-	-	4,1	-
Finanz-, Unternehmensdienste; Wohnungswesen	16,4	25,2	25,5	23,2	27,7	28,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-	2,6	-	-	4,6	-
Grundstücks- und Wohnungswesen	-	12,3	-	-	12,1	-
Freiberufl., wissenschaftl. und techn. Dienste	-	4,9	-	-	6,1	-
Sonstige wirtschaftliche Unternehmensdienstleister	-	5,3	-	-	4,9	-
Öffentl. Dienst, Erziehung, Gesundheit, sonstige Dienste	30,3	29,6	29,8	18,8	21,3	21,7
Öffentl. Verwaltung, Verteid.; Sozialversicherung	-	9,2	-	-	5,6	-
Erziehung und Unterricht	-	5,9	-	-	4,3	-
Gesundheits- und Sozialwesen	-	9,3	-	-	7,1	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung	-	1,8	-	-	1,4	-
Sonstige Dienstleister a. n. g.	-	3,3	-	-	2,7	-
Private Haushalte mit Hauspersonal	-	0,1	-	-	0,3	-
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

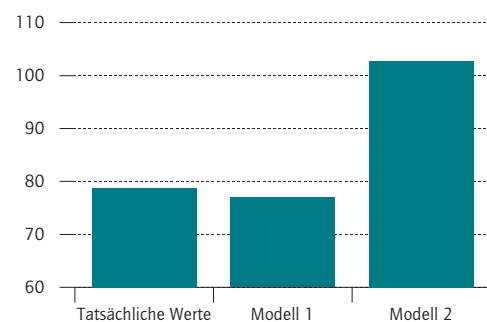
© DIW Berlin 2014

Der Anteil öffentlicher Dienste ist in Ostdeutschland höher als im Westen.

Abbildung 10

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Ostdeutschland 2011

Index Westdeutschland = 100



Modell 1: Ostdeutschland hat bei gegebener Produktivität in den einzelnen Sektoren dieselbe Sektorstruktur wie Westdeutschland.

Modell 2: Ostdeutschland hat bei der gegebenen Sektorstruktur dieselbe Produktivität in den einzelnen Sektoren wie Westdeutschland.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands ist nicht durch die Branchenstruktur bedingt.

leistungen wie den Handel oder die Haushaltsdienste, und die Wirtschaftsstruktur wird in stärkerem Maß als im Westen vom Bergbau und der Energiewirtschaft geprägt – Sektoren mit einer recht hohen Produktivität.

Welchen Einfluss die Sektorstruktur auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität hat, lässt sich anhand einer Modellrechnung abschätzen. Verwendet wurden Daten für 2011, weil für ein späteres Jahr keine hinreichend auf gegliederten sektoralen Informationen vorliegen. Unterstellt, die Erwerbstätigen in Ostdeutschland wären bei unveränderter Produktivität genauso auf die Wirtschaftszweige verteilt wie in Westdeutschland (Modell 1), wäre die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland um zwei Prozent geringer (Abbildung 10). Auf die Sektorstruktur kann die geringe gesamtwirtschaftliche Produktivität daher nicht zurückgeführt werden, denn sonst hätte die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung gemäß Modellrechnung höher ausfallen müssen.

Als eine weitere Erklärung bietet sich an, dass die Produktivität innerhalb der einzelnen Sektoren geringer ist als im Westen und dies auf das Gesamtergebnis durchschlägt. Tatsächlich weisen die meisten Wirtschaftszweige im Osten eine geringere Pro-Kopf-Leistung als im Westen auf. Am größten ist der Rückstand bei den

Tabelle 4

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Sektoren

In 1 000 Euro

	1991			2011			2013		
	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland = 100	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland = 100	West-deutschland	Ost-deutschland	West-deutschland = 100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	16,8	9,0	53,4	26,5	31,2	117,8	28,8	36,0	125,1
Produzierendes Gewerbe	42,2	15,5	36,8	73,8	55,2	74,8	74,8	55,9	74,7
Verarbeitendes Gewerbe	42,7	11,9	28,0	76,9	56,1	72,9	76,5	54,1	70,7
Baugewerbe	33,2	18,2	54,8	47,2	38,0	80,4	48,8	39,7	81,3
Energie, Wasser, Bergbau	66,0	30,7	46,5	141,7	128,4	90,6	165,7	147,8	89,2
Bergbau; Gewinn. von Steinen u. Erden	-	-	-	72,3	92,7	128,2	-	-	-
Energieversorgung	-	-	-	179,1	191,0	106,6	-	-	-
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	-	-	-	119,8	97,1	81,0	-	-	-
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, I+K	31,6	16,9	53,4	42,1	32,8	77,9	43,2	34,1	79,0
Handel; Rep. von KFZ	-	-	-	38,0	27,4	72,0	-	-	-
Verkehr und Lagerei	-	-	-	46,2	38,7	83,7	-	-	-
Gastgewerbe	-	-	-	23,5	20,2	85,8	-	-	-
Information und Kommunikation	-	-	-	79,8	69,0	86,5	-	-	-
Finanz-, Unternehmensdienste; Wohnungswesen	89,9	35,1	39,1	96,4	67,5	70,1	99,4	70,5	70,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-	-	-	87,5	62,4	71,3	-	-	-
Grundstücks- und Wohnungswesen	-	-	-	712,7	394,3	55,3	-	-	-
Freiberufl., wissenschaftl. und techn. Dienste	-	-	-	58,7	41,4	70,5	-	-	-
Sonstige wirtschaftliche Unternehmensdienstleister	-	-	-	42,9	29,4	68,4	-	-	-
Öffentl. Dienst, Erziehung, Gesundheit, sonstige Dienste	30,6	20,2	65,8	42,1	40,7	96,6	44,3	42,7	96,3
Öffentl. Verwaltung, Verteid.; Sozialversicherung	-	-	-	54,4	54,3	99,9	-	-	-
Erziehung und Unterricht	-	-	-	42,4	39,9	94,0	-	-	-
Gesundheits- und Sozialwesen	-	-	-	39,9	36,8	92,4	-	-	-
Kunst, Unterhaltung und Erholung	-	-	-	56,4	37,3	66,2	-	-	-
Sonstige Dienstleister a.n.g.	-	-	-	45,0	37,3	83,1	-	-	-
Private Haushalte mit Hauspersonal	-	-	-	8,3	6,6	80,1	-	-	-
Insgesamt	40,9	18,6	45,4	59,0	46,5	78,8	60,9	48,3	79,3

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Bei Finanz- und Unternehmensdiensten ist der Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands am größten.

Finanzdienstleistungen, den produktionsnahen Diensten und beim verarbeitenden Gewerbe.¹¹ Es gibt nur wenige Ausnahmen es: Im öffentlichen Dienst ist die Produktivität so hoch wie im Westen,¹² und bei der im Osten stärker von großbetrieblicher Produktion geprägten Landwirtschaft sowie beim Bergbau und in der Energiewirtschaft ist sie höher. Wird unterstellt, dass bei unveränderter Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftszweige im Osten in jeder Branche dieselbe Produktivität wie in den alten Bundesländern erzielt würde (Modell 2), wäre die gesamtwirtschaftliche Produktivität in Ostdeutschland um 30 Prozent höher ausgefallen, als es 2011 tatsächlich der Fall war. Sie hätte sogar das Niveau Westdeutschlands um drei Prozent übertroffen. Die insgesamt geringere Pro-Kopf-Leistung resultiert also daraus, dass Ostdeutschland

11 Einen Sonderfall stellt der Sektor *Wohnungsvermietung* dar, weil hier die Leistung im wesentlichen anhand der erzielten Wohnungsmieten ermittelt wird. Die vergleichsweise geringe Produktivität dieses Sektors in Ostdeutschland rührt von dem dort niedrigen Mietniveau her.

12 Das ist das Spiegelbild der Lohnanpassung im öffentlichen Dienst; hier wird die Wirtschaftsleistung im Wesentlichen anhand der Arbeitnehmerverdienste ermittelt.

Tabelle 5

Tätigkeitsstruktur der Arbeitnehmer in West- und Ostdeutschland 2013

In Prozent

	Westdeutschland ¹	Ostdeutschland
Führungskräfte	10,9	8,8
Hochqualifizierte Arbeitskräfte ohne Leitungsfunktionen	23,7	19,9
Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation	41,6	49,3
Angelernte Arbeitskräfte	15,3	15,9
Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten	8,5	6,1
Insgesamt	100	100

¹ Einschließlich Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2014

Führungskräfte sind im Osten stark unterrepräsentiert.

Tabelle 6

Tätigkeitsstruktur nach Wirtschaftszweigen 2013

	Index ¹ der Tätigkeitsstruktur			Anteil der Führungskräfte und hochqualifizierten Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern in Prozent	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Differenz Ost - West	Westdeutschland	Ostdeutschland
Kohlenbergbau	168,4	193,8	25,4	37,0	43,0
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	158,7	162,4	3,7	25,0	31,0
Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau	175,7	155,3	-20,3	39,0	19,0
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	151,1	146,2	-4,9	18,0	13,0
Getränkeherstellung	156,9	156,6	-0,3	23,0	21,0
Tabakverarbeitung	166,0	138,7	-27,4	33,0	18,0
Herstellung von Textilien	156,6	156,3	-0,3	23,0	19,0
Herstellung von Bekleidung	159,8	150,3	-9,4	25,0	14,0
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	173,6	136,3	-37,3	34,0	13,0
Herstellung von Holz, Flecht, Korb- und Korkwaren	155,6	150,6	-4,9	22,0	17,0
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	160,7	152,6	-8,1	29,0	19,0
Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung	171,1	160,7	-10,3	33,0	23,0
Kokerei und Mineralölverarbeitung	191,2	180,2	-11,0	44,0	38,0
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	183,9	160,2	-23,7	37,0	25,0
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	192,0	174,4	-17,6	42,0	29,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	152,2	147,5	-4,7	22,0	17,0
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik	163,2	161,0	-2,2	27,0	25,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	164,2	158,3	-5,9	30,0	22,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	160,0	153,3	-6,7	25,0	17,0
Herst. von EDV-Geräten, elektron. und optischen Erzeugn.	192,4	169,5	-22,9	47,0	35,0
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	180,1	158,5	-21,6	40,0	23,0
Maschinenbau	178,4	159,7	-18,7	38,0	22,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	171,0	154,8	-16,3	33,0	22,0
Sonstiger Fahrzeugbau	204,8	194,2	-10,6	52,0	39,0
Herstellung von Möbeln	155,2	149,9	-5,3	22,0	15,0
Herstellung von sonstigen Waren	162,5	153,5	-9,0	27,0	18,0
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	190,0	170,3	-19,7	44,0	31,0
Energieversorgung	193,2	198,0	4,8	55,0	57,0
Wasserversorgung	184,3	166,5	-17,7	50,0	29,0
Abwasserentsorgung	173,2	171,8	-1,4	34,0	31,0
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen	145,9	149,4	3,5	16,0	15,0
Beseitigung von Umweltverschmutzungen	156,9	153,6	-3,3	22,0	18,0
Hochbau	171,1	164,0	-7,0	31,0	24,0
Tiefbau	161,8	160,6	-1,1	28,0	24,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Ausbaugewerbe	162,8	160,6	-2,2	24,0	23,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	166,6	161,1	-5,5	28,0	22,0
Großhandel	173,0	162,0	-11,0	34,0	25,0
Einzelhandel	164,3	161,1	-3,2	26,0	23,0
Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	144,8	150,1	5,3	13,0	15,0
Schifffahrt	191,9	208,1	16,2	43,0	58,0
Luftfahrt	199,2	199,1	-0,1	44,0	54,0
Lagerei, sonstige Verkehrsdienstleistungen	155,4	147,3	-8,0	22,0	16,0
Post-, Kurier- und Expressdienste	147,4	146,9	-0,4	12,0	11,0
Beherbergung	160,4	165,4	5,0	23,0	24,0
Gastronomie	145,8	153,4	7,6	17,0	15,0
Verlagswesen	187,4	180,5	-6,9	50,0	44,0
Film- und Audiowirtschaft	177,7	169,8	-7,8	38,0	30,0
Rundfunkveranstalter	215,6	219,0	3,4	63,0	65,0
Telekommunikation	193,6	188,2	-5,4	56,0	54,0
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	201,0	193,4	-7,6	59,0	55,0
Informationsdienstleistungen	192,6	151,8	-40,8	51,0	17,0
Finanzdienstleistungen	198,8	184,5	-14,3	65,0	48,0
Versicherungen, Pensionskassen	192,6	176,8	-15,7	58,0	46,0
Mit Finanzdienstl. verbundene Tätigkeiten	195,0	185,0	-9,9	57,0	52,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	183,4	174,4	-9,0	41,0	31,0
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	180,9	175,0	-5,8	39,0	32,0
Verwalt., Führung von Unternehmen; Unternehmensberatung	204,8	177,5	-27,3	59,0	36,0
Architektur- und Ingenieurbüros; Labors	202,1	196,2	-5,9	57,0	58,0
Forschung und Entwicklung	229,7	228,1	-1,6	70,0	67,0
Werbung und Marktforschung	178,8	169,8	-9,0	38,0	32,0
Sonstige freiberufl., wissenschaftl. und techn. Tätigkeiten	184,3	179,9	-4,4	44,0	46,0
Veterinärwesen	193,7	191,8	-1,9	39,0	36,0

Fortsetzung Tabelle 6

Tätigkeitsstruktur nach Wirtschaftszweigen 2013

	Index ¹ der Tätigkeitsstruktur			Anteil der Führungskräfte und hochqualifizierten Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern in Prozent	
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Differenz Ost - West	Westdeutschland	Ostdeutschland
Vermietung von beweglichen Sachen	168,1	165,0	-3,2	31,0	25,0
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	129,4	129,6	0,3	9,0	6,0
Reisebüros, Reiseveranstalter etc.	171,1	162,2	-8,8	30,0	19,0
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	125,1	124,7	-0,5	4,0	3,0
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	144,8	147,3	2,5	19,0	18,0
sonstige wirtschaftlichen Dienstleistungen	158,5	144,4	-14,1	25,0	16,0
Öffentliche Verwaltung	187,5	185,9	-1,6	52,0	52,0
Ausw. Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtspflege, Sicherheit	171,1	160,9	-10,2	35,0	25,0
Sozialversicherung	192,2	183,2	-9,0	62,0	53,0
Kindergärten und Vorschulen	153,6	151,1	-2,5	21,0	18,0
Grundschulen, Weiterführende Schulen	248,7	248,7	-0,0	92,0	92,0
Tertiärer und post-sekundärer, nicht tertiärer Unterricht	261,9	261,1	-0,7	78,0	78,0
Gesundheitswesen	186,6	183,5	-3,1	39,0	36,0
Heime ohne Erholungs- und Ferienheime	163,7	171,7	8,0	31,0	34,0
Sozialwesen ohne Heime	174,1	176,4	2,4	38,0	37,0
Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	180,6	187,0	6,4	46,0	55,0
Bibliotheken, Archive, Museen, botan., zoo. Gärten	181,8	180,0	-1,8	40,0	40,0
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	140,6	143,6	2,9	18,0	20,0
Sport, Unterhaltung, Erholung	171,1	176,7	5,6	31,0	34,0
Interessenvertretungen sowie Kirchen etc.	196,1	182,2	-13,9	51,0	43,0
Reparatur von Gebrauchsgütern	162,2	158,2	-4,0	27,0	24,0
Sonstige überwiegend persönliche Dienstleistungen	152,7	153,2	0,5	20,0	19,0

¹ Definition des Index siehe Fußnote 15 im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin

innerhalb der einzelnen Sektoren bei der Produktivität dem Westen hinterher hinkt.

Ein denkbarer Grund dafür ist, dass in den einzelnen Branchen in Ostdeutschland mehr einfache Leistungen als im Westen erbracht werden. Das müsste sich anhand der Tätigkeitsstruktur zeigen. Entsprechende Daten gibt es zwar nicht für alle Erwerbstätigen, wohl aber für Arbeitnehmer.¹³ Dabei kann grob nach fünf Leistungsgruppen differenziert werden: Von Führungskräften bis hin zu Arbeitskräften, die für ihre Tätigkeit keinerlei Ausbildung benötigen.¹⁴ Alle Wirtschaftszweige zusammengenommen ist der Anteil der Führungskräfte und Arbeitnehmer mit hoch qualifizierten Tätigkeiten in Ostdeutschland deutlich geringer als im Westen. Stattdessen weist die Beschäftigungsstruktur mehr Arbeitskräfte mit einer mittleren Qualifikation auf

(Tabelle 5). Ganz einfache Jobs sind dagegen in Westdeutschland etwas häufiger zu finden.

Tieferegehende sektorale Informationen gibt es nur für Vollzeitbeschäftigte, die aber die Beschäftigungsstruktur prägen dürften. Für eine vereinfachende Darstellung wurde eine Kennziffer für die Qualifikationsstruktur gebildet: Je höher der Wert auf einer Skala von 100 bis 325 ist, desto anspruchsvoller sind im Durchschnitt die Tätigkeiten in der jeweiligen Branche.¹⁵

In den meisten Sektoren liegt die Kennziffer für Ostdeutschland unter dem Wert für die Westdeutschland (Tabelle 6). Im verarbeitenden Gewerbe ist die Tätig-

¹³ Dabei handelt es sich um die Daten der amtlichen Erhebung der Arbeitnehmerverdienste, in die Betriebe mit im Allgemeinen zehn und mehr Beschäftigten in fast allen Wirtschaftszweigen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Privathaushalte einbezogen werden. Vgl. Statistisches Bundesamt: Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste. Fachserie 16, Reihe 2.3.

¹⁴ Die beruflichen Anforderungen an die Beschäftigten in den einzelnen Leistungsgruppen dürften zwischen den Wirtschaftszweigen erheblich variieren; das gilt insbesondere für Fachkräfte, vor allem für Führungskräfte.

¹⁵ Maßstab für die Kennziffer ist der Durchschnittsstundenlohn in den einzelnen Leistungsgruppen aller Zweige in Deutschland. So erhielten die Arbeitnehmer mit den geringsten Anforderungen den Wert 1 und die Arbeitnehmer in den anderen Leistungsgruppen einen Wert, der dem Mehrfachen des Stundenlohns der Arbeitnehmer mit den geringsten Anforderungen entspricht. Weil Führungskräfte beispielsweise in der Gesamtwirtschaft durchschnittlich 3,25 Mal so viel wie Arbeitnehmer mit einfachen Tätigkeiten verdienen, wurde ihnen der Wert 3,25 zugeordnet. Mit diesen Werten wurde der jeweilige prozentuale Anteil der Arbeitnehmer multipliziert, der auf die einzelnen Leistungsgruppen in jedem Wirtschaftszweig – getrennt nach Ostdeutschland und Westdeutschland – entfällt. Gäbe es etwa in einem Wirtschaftszweig nur Führungskräfte, hätte die Tätigkeitsstruktur den Wert $3,25 \cdot 100 = 325$.

Tabelle 7

Betriebsgrößenklassenstruktur im verarbeitenden Gewerbe

	Beschäftigte in Betrieben im September 2013 in Prozent		Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Unternehmen in Deutschland 2012 in Euro
	Ostdeutschland	Westdeutschland	
1 bis 49	17,0	9,9	478 51 ¹
50 bis 99	17,1	11,2	53 435
100 bis 248	27,1	19,5	59 698
250 bis 499	17,2	15,8	71 005
500 und mehr	21,7	43,6	105 729
Insgesamt	100	100	81 816

¹ Nur für Unternehmen mit 20 bis 50 Beschäftigten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Große Unternehmen sind im Durchschnitt produktiver als kleine, und im Osten gibt es relativ viele kleine Betriebe.

keitsstruktur im Osten in sämtlichen Branchen ungünstiger, und innerhalb des Dienstleistungssektors gilt das für die große Mehrheit der Wirtschaftszweige. Bedeutende Ausnahmen sind der Kohlebergbau sowie die Energiewirtschaft; diese Branchen weisen im Osten auch eine höhere Produktivität als im Westen auf. Zudem gibt es in Teilen des Sozialwesens und im Gastgewerbe im Osten eine vergleichsweise günstige Beschäftigungsstruktur.

Eine Rolle für die immer noch beträchtliche Produktivitätsdifferenz zwischen West- und Ostdeutschland dürften auch unterschiedliche Betriebsgrößenstrukturen spielen. Größere betriebliche Einheiten können dadurch Produktivitätsvorteile erzielen, dass sie größere Mengen herstellen und so auf geringere Stückkosten kommen. Das lässt sich anhand des verarbeitenden Gewerbes zeigen. Je größer die Unternehmen sind, desto höher ist die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen – das gilt für Deutschland generell. (Tabelle 7). In Ostdeutschland entfällt ein deutlicher höherer Anteil der Beschäftigten auf kleinere Betriebe als im Westen.¹⁶ Auch in der Gesamtwirtschaft ist die Betriebsgrößenstruktur im Osten durch relativ viele kleine Einheiten geprägt.¹⁷ Zwischen der kleinteiligen Struktur und dem vergleichsweise geringen Anteil an höherwertigen Tätigkeiten in der ostdeutschen Wirt-

¹⁶ Bei den Vergleich könnte es dadurch zu Unschärfen kommen, dass bei der Wirtschaftsleistung Unternehmen und bei den Beschäftigtengrößenklassen Betriebe (örtliche Einheiten) herangezogen wurden. Unternehmen können mehrere örtlich verteilte Betriebe umfassen. Grundsätzlich dürfte dadurch der Vergleich wohl nicht verzerrt werden.

¹⁷ Brenke, K. (2011): 20 ans après Unité. In: Isabelle Bourgeois (Hrsg.): *Allemagne, les chemins de l'unité*. Cergy-Pontoise, 112.

schaft dürfte ein enger Zusammenhang bestehen: Es mangelt an Headquarterfunktionen größerer Unternehmen.

Bei regionalen Vergleichen von Wirtschaftskraft und Produktivität ist ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen. In alle Messungen von Wirtschaftsleistung und Produktivität gehen Preise ein. In regionaler Hinsicht spiegelt sich in den Preisen nicht nur die Wirtschaftskraft eines Gebietes, sondern damit auch die jeweilige regionale Kaufkraft wider. Das gilt insbesondere für überregional nicht-handelbare Güter. Wenn zum Beispiel ein ostdeutscher Frisör – etwa in der Uckermark – für einen Haarschnitt nur einen halb so hohen Preis wie ein westdeutscher Frisör – etwa im Raum München – verlangen kann, obwohl der Haarschnitt objektiv derselbe ist, gilt der ostdeutsche Frisör als nur halb so produktiv wie sein Kollege im Westen. Bei der Messung der Wirtschaftskraft kommt es folglich zu einem sich selbst verstärkenden Effekt: geringe Wirtschaftskraft, schwache Kaufkraft und daher niedrige Preise – und entsprechend eine beim statistischen Nachweis vergleichsweise schwache Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung.

Überdies spielt eine Rolle, dass größere und schon lange Zeit bestehende Unternehmen wegen ihrer starken Marktstellung relativ geringe Einkaufspreise und vergleichsweise hohe Verkaufspreise durchsetzen können. Solche Unternehmen gibt es in Ostdeutschland immer noch selten – entsprechend sind sie gegenüber westdeutschen Unternehmen oft im Nachteil.¹⁸

Unveränderter Einkommensrückstand

Die Einkommen stiegen in Ostdeutschland nach der Wende zunächst rasant an – von 1991 bis 1995 je Einwohner um die Hälfte (Abbildung 11). Dabei ist allerdings in Rechnung zu stellen, dass zu dieser Zeit im Osten auch der Preisauftrieb sehr stark war: Die Verbraucherpreise stiegen um ein Drittel – nicht zuletzt wegen des Abbaus von Subventionen, zum Beispiel bei Wohnungsmieten. Nach dieser ersten Phase der Einkommensverbesserung verlief die Entwicklung langsamer, und der Abstand zum Einkommensniveau in Westdeutschland wurde kaum noch kleiner.

Anders als in Westdeutschland ist im Osten das verfügbare Einkommen, also das Einkommen, das den Haushalten für Konsum und Sparen bleibt, fast genauso hoch wie das im Wirtschaftsprozess erzielte Bruttoeinkommen (Primäreinkommen), also die Summe von Arbeitnehmerentgelten sowie Selbständigen- und Ver-

¹⁸ Vgl. Müller, G.: *Schmalere Produktionslücke bei Beachtung von Preiseffekten*. *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 5/1998.

mögenseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben. Dahinter stehen Unterschiede in der Zusammensetzung der Einkommen. So haben Sozialleistungen im Osten einen größeren Anteil an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte als im Westen, auch wenn sich dieser Anteil in den vergangenen zehn Jahren verringert hat (Abbildung 12). Andererseits zahlen die ostdeutschen Haushalte weniger Steuern und Sozialabgaben, weil ihr auf dem Markt erzielter Bruttoeinkommen deutlich niedriger ist als das westdeutscher Haushalte (Tabelle 8). Besonders groß ist der Rückstand Ostdeutschlands noch bei den Vermögenseinkommen. Insgesamt liegt das verfügbare Einkommen je Einwohner in Ostdeutschland bei 83 Prozent des westdeutschen Niveaus. An dieser Relation hat sich seit Ende der 90er Jahre nichts geändert.

Regionale Unterschiede im Osten kleiner als im Westen

Die Einkommen der privaten Haushalte sind keineswegs das genaue Spiegelbild der Wirtschaftskraft der Regionen, in denen die Haushalte leben. Das gilt für die verfügbaren Einkommen wegen der Ausgleichswirkungen der Sozialleistungen. Es trifft aber auch schon auf die Primäreinkommen zu, weil diese zum Teil in anderen Regionen erzielt werden. Für Ostdeutschland ist dies von besonderer Bedeutung, da viele der dort wohnenden Erwerbstätigen im Westen arbeiten. Statistische Angaben über solche Pendlerbewegungen gibt es für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mitte 2013 gingen danach knapp sieben Prozent der Beschäftigten, die in Ostdeutschland wohnten, einer bezahlten Tätigkeit im Westen nach (Tabelle 9). Deutlich über dem Durchschnitt liegt der Pendleranteil in Thüringen und in Mecklenburg-Vorpommern. Die Pendlerströme von West nach Ost sind dagegen sehr viel kleiner.

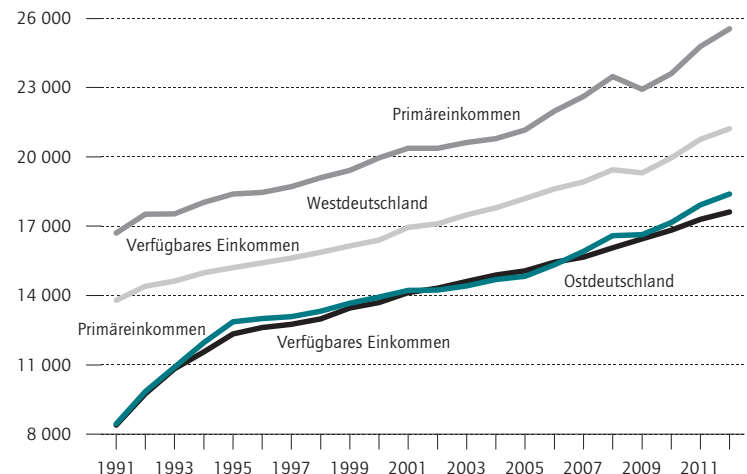
In regionaler Hinsicht sind die Einkommen und auch die Wirtschaftsleistung innerhalb Ostdeutschlands gleichmäßiger verteilt als in Westdeutschland (Tabelle 10). Das gilt unabhängig davon, ob man Kreise, Arbeitsmarktreionen, Raumordnungsregionen oder ganze Bundesländer betrachtet.¹⁹ Wegen des hohen Anteils von Sozialtransfers zeigen sich in Ostdeutschland kaum regionale Ungleichheiten bei den verfügbaren Einkommen. Auch innerhalb Westdeutschlands haben

¹⁹ Als Maß zur Messung der Ungleichheit wurde der Hoover-Ungleichverteilungskoeffizient verwendet. Er zeigt an, wieviel Prozent von einer Gesamtsumme (etwa Einkommen) innerhalb einer Grundgesamtheit umverteilt werden müsste, damit in jedem Element der Grundgesamtheit (etwa Regionen) der proportionale Anteil an der Summe (beispielsweise je Einwohner gerechnet) genau gleich ist. Der Hoover-Ungleichverteilungskoeffizient kann Werte zwischen 0 und 50 annehmen; je höher er ist, desto größer ist die Ungleichverteilung.

Abbildung 11

Primäreinkommen und verfügbares Einkommens je Einwohner in West- und Ostdeutschland

In Euro



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

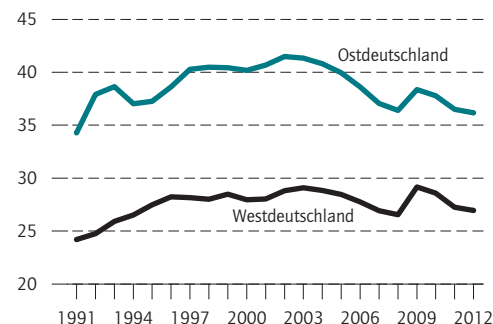
© DIW Berlin 2014

Die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland sind höher als die im Wirtschaftsprozess erzielten Bruttoeinkommen.

Abbildung 12

Anteil der Sozialleistungen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in West- und Ostdeutschland

In Prozent



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Haushalte im Osten beziehen in stärkerem Maß Sozialtransfers als jene im Westen.

Tabelle 8

Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner

In Euro

	1991	2001	2012
Ostdeutschland			
Arbeitnehmerentgelt	7 000	10 891	13 388
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkünfte	645	1 435	2 050
Vermögenseinkommen	806	1 897	2 949
Primäreinkommen	8 451	14 223	18 387
Empfangene Sozialleistungen	2 875	5 750	6 369
darunter: Renten	1 466	3 360	4 023
Einkommen- und Vermögensteuern	556	1 404	1 937
Geleistete Sozialbeiträge	2 402	4 466	5 295
Verfügbares Einkommen	8 388	14 131	17 614
Westdeutschland			
Arbeitnehmerentgelt	11 867	14 500	17 669
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkünfte	2 419	2 511	2 987
Vermögenseinkommen	2 411	3 368	4 893
Primäreinkommen	16 697	20 378	25 549
Empfangene Sozialleistungen	3 336	4 755	5 718
darunter: Renten	1 956	3 084	3 600
Einkommen- und Vermögensteuern	2 237	2 685	3 210
Geleistete Sozialbeiträge	3 967	5 442	6 894
Verfügbares Einkommen	13 786	16 958	21 225
Ostdeutschland (Westdeutschland = 100)			
Arbeitnehmerentgelt	59	75	76
Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkünfte	27	57	69
Vermögenseinkommen	33	56	60
Primäreinkommen	51	70	72
Empfangene Sozialleistungen	86	121	111
darunter: Renten	75	109	112
Einkommen- und Vermögensteuern	25	52	60
Geleistete Sozialbeiträge	61	82	77
Verfügbares Einkommen	61	83	83

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Vermögenseinkommen sind im Osten besonders niedrig.

diese Transfers einen regional ausgleichenden Effekt, er ist aber viel kleiner als im Osten.

Auch bei ähnlichen Tätigkeiten geringere Löhne als im Westen

Schon vor der Währungsunion kam es in der DDR zu einer kräftigen Erhöhung der Löhne.²⁰ Kurz danach wurden weitere Anhebungen vereinbart. Das Ziel war es, in wenigen Jahren genauso hohe Tariflöhne wie in Westdeutschland zu erreichen. Dazu kam es aber nicht – vor allem deshalb, weil sich immer mehr Unternehmen von den tariffähigen Arbeitgeberverbänden abwandten und sich auf diese Weise der kollektiven Lohnfestsetzung entzogen.²¹ Dennoch stiegen die Löhne in der ersten Hälfte der 90er Jahre sehr stark (Abbildung 13). Danach verlief der Annäherung an das westdeutsche Lohnniveau langsamer. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Lohn in Ostdeutschland liegt mittlerweile bei 83 Prozent des Lohns in Westdeutschland. Beim Stundenlohn ist die Annäherung mit 77 Prozent deutlich schwächer; vor allem wegen des vergleichsweise geringen Anteils von Teilzeit- und Minijobs wird in Ostdeutschland im Durchschnitt länger gearbeitet als im Westen.

Zum Teil ist der Lohnabstand auch auf die Unterschiede in den Tätigkeitsstrukturen zwischen Ost und West zurückzuführen. Aber bei gleicher Tätigkeitsstruktur

20 Brenke, K. (2009), a.a.O., 24 f.

21 Vgl. DIW, IAB, IfW, IWH, ZEW: Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Sonderheft des IWH Nr. 3/2002, 186 ff.

Tabelle 9

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Pendler aus und nach Ostdeutschland Ende Juni 2013

	Auspendler nach Westdeutschland		Einpendler aus Westdeutschland		Pendlersaldo
	Personen	Anteil an allen im Bundesland wohnenden Beschäftigten in Prozent	Personen	Anteil an allen im Bundesland arbeitenden Beschäftigten in Prozent	
Berlin	65 292	5,9	44 465	3,6	-20 827
Brandenburg	40 462	4,4	9 918	1,3	-30 544
Mecklenburg-Vorpommern	54 681	9,3	11 050	2,0	-43 631
Sachsen	69 252	4,6	15 109	1,0	-54 143
Sachsen-Anhalt	75 292	9,0	14 328	1,9	-60 964
Thüringen	92 372	11,0	22 867	3,0	-69 505
Ostdeutschland insgesamt	397 351	6,8	117 737	2,1	-279 614

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Rund 280 000 Beschäftigte pendeln per Saldo von Ost nach West.

Tabelle 10

Ausmaß der regionalen Ungleichheit des Einkommens je EinwohnerHoover-Ungleichverteilungs-Koeffizient¹

	Kreise, kreisfreie Städte	Arbeitsmarktregionen	Raumordnungsregionen	Bundesländer
Innerhalb Ostdeutschlands				
Primäreinkommen 2011	3,39	3,05	2,66	2,31
Verfügbares Einkommen 2011	1,57	1,23	1,00	0,74
Bruttoinlandsprodukt 2012	8,97	6,88	5,55	4,77
Innerhalb Westdeutschlands				
Primäreinkommen 2011	5,64	5,38	4,80	3,35
Verfügbares Einkommen 2011	3,99	3,62	3,18	2,22
Bruttoinlandsprodukt 2012	14,16	9,38	8,18	5,00

¹ Der Hoover-Koeffizient zeigt hier an, wieviel Prozent des Einkommens zwischen Regionen umverteilt werden müsste, damit in jeder Region das Einkommen je Einwohner genau gleich ist. Der Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 50 annehmen; je höher er ist, desto größer ist die Ungleichverteilung.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die regionale Ungleichheit ist im Westen deutlich größer als im Osten.

wie im Westen wäre der Abstand bei den Bruttostundenlöhnen nur rund drei Prozentpunkte kleiner (Tabelle 11).²² Von viel größerer Bedeutung als der Struktureffekt ist, dass in allen Tätigkeitsgruppen die im Osten tätigen Arbeitnehmer geringer als ihre Kollegen im Westen entlohnt werden. Bei anspruchsvollen Tätigkeiten ist der Rückstand noch größer als bei einfachen Jobs.

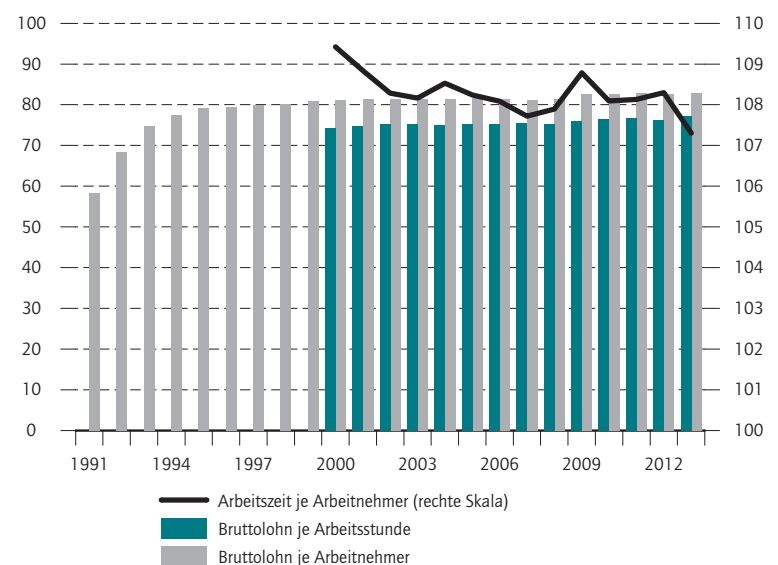
Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert

Aufgrund der stark rückläufigen Produktion nach Einführung der Währungsunion nahm die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland schnell zu – von Juni 1990 bis zum Ende des Jahres um eine halbe Million auf 640 000. Der Anstieg wäre noch viel stärker ausgefallen, wenn nicht viele Erwerbstätige in den Ruhestand oder in Kurzarbeit geschickt worden wären. Im folgenden Jahr überschritt die Arbeitslosenzahl die Millionengrenze; noch mehr Personen (1,4 Millionen) befanden sich Ende 1991 in Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die rasch installiert worden waren, um dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Solche Maßnahmen kamen auch im weiteren Verlauf, insbesondere in den 90er Jahren, noch in großem Maß

zum Einsatz, so dass die Arbeitslosenzahlen das Ausmaß der Unterbeschäftigung nur unzureichend widerspiegeln. Nach der Umbruchphase überstieg die Zahl der Arbeitslosen allerdings deutlich die der Maßnahme-

Abbildung 13

Bruttolöhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer in Ostdeutschland
Index Westdeutschland = 100

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Arbeitszeit in Ostdeutschland ist um mehr als sieben Prozent höher als im Westen.

²² Berechnet anhand der Daten der amtlichen Verdienststatistik. Diesem Zahlenwerk zufolge ist der Lohnabstand zwischen Ost und West größer als nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Die Verdienststatistik enthält keine Angaben über die Stundenlöhne von Arbeitnehmern in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten sowie von Minijobbern und Beschäftigten in der Landwirtschaft und in privaten Haushalten.

Tabelle 11

Bruttostundenlöhne von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten¹ nach Leistungsgruppen 2013

In Euro

	Ostdeutschland	Westdeutschland ²	Ostdeutschland (Westdeutschland ² = 100)
Vollzeitbeschäftigte			
Führungskräfte	32,38	42,68	75,9
Hochqualifizierte Kräfte	20,76	27,21	76,3
Fachkräfte	14,06	19,16	73,4
Angelernte	11,61	15,66	74,1
Ungelernte	10,47	13,07	80,1
Insgesamt	16,67	23,31	71,5
Bei unterstellter Beschäftigungsstruktur wie in Westdeutschland	17,48	-	75,0
Teilzeitbeschäftigte			
Führungskräfte	27,79	31,18	89,1
Hochqualifizierte Kräfte	19,48	23,81	81,8
Fachkräfte	14,02	17,62	79,6
Angelernte	10,75	13,40	80,2
Ungelernte	9,17	11,30	81,2
Insgesamt	14,41	18,16	79,4
Bei unterstellter Beschäftigungsstruktur wie in Westdeutschland	14,66	-	80,7
Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammen			
Führungskräfte	31,88	41,57	76,7
Hochqualifizierte Kräfte	20,57	26,76	76,9
Fachkräfte	14,06	18,91	74,4
Angelernte	11,40	15,20	75,0
Ungelernte	10,04	12,53	80,1
Insgesamt	16,25	22,47	72,3
Bei unterstellter Beschäftigungsstruktur wie in Westdeutschland	16,85	-	75,0

¹ Alle Wirtschaftsbereiche ohne Landwirtschaft und private Haushalte, ohne Minijobs.² Einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

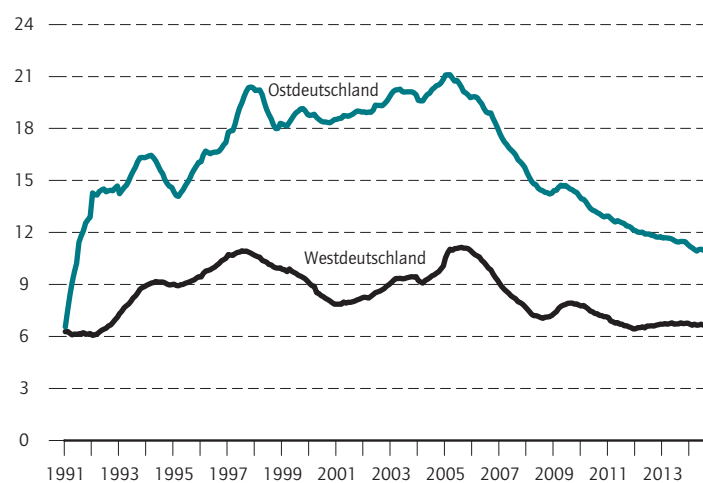
© DIW Berlin 2014

In allen Leistungsgruppen sind die Löhne im Osten niedriger als im Westen.

Abbildung 14

Arbeitslosenquote¹ in West- und Ostdeutschland

In Prozent

¹ Saisonbereinigte Monatswerte.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Arbeitslosenquote ist in Ostdeutschland höher als im Westen, aber in den letzten Jahren stärker als dort gesunken.

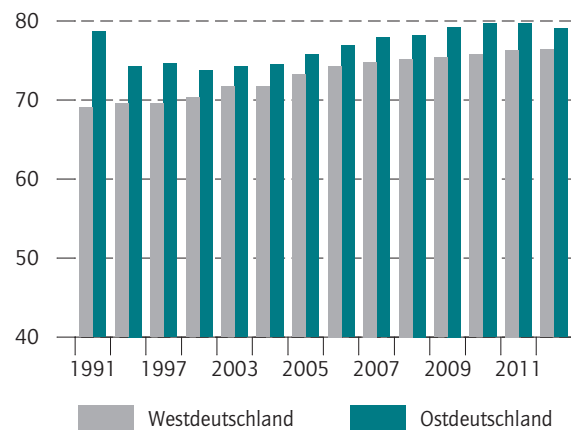
teilnehmer.²³ Auch wenn die Arbeitslosenzahlen nur ein bedingt tauglicher Indikator sind, lassen sie dennoch den über viele Jahre eklatanten Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten im Osten deutlich erkennen. Bis Mitte des letzten Jahrzehnts waren die Arbeitslosenquoten dort fast immer doppelt so hoch wie in Westdeutschland (Abbildung 14). Seither geht die Arbeitslosigkeit auch infolge steigender Beschäftigung im Osten stärker zurück als in Westdeutschland; seit Anfang 2012 stagniert dort die Arbeitslosenquote sogar. Dennoch ist sie in Ostdeutschland immer noch deutlich höher; im August 2014 belief sie sich auf 10,9 Prozent, im Westen waren es 6,6 Prozent.

²³ Mitunter wurden die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen als politische Manövierrasse genutzt. Beispielsweise stieg die Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres 1997 massiv an, weil die Maßnahmen mit Blick auf die zum Ende jenes Jahres zu erfüllenden Maastricht-Kriterien aus Kostengründen abgebaut wurden. Weil einige Monate danach Bundestagswahlen anstanden, wurden sie 1998 aber rasch wieder ausgeweitet. Vgl. Brenke, K., Ludwig, U., Ragnitz, J. (2011): Analyse der Schlüsselentscheidungen im Bereich der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung auf die ökonomische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte im Land Brandenburg. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, 81 f.

Abbildung 15

Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren

In Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus).

© DIW Berlin 2014

Die Erwerbsbeteiligung ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland.

In der DDR wie in den anderen Ostblockstaaten war die Erwerbsbeteiligung sehr viel höher als im Westen. Dies gilt insbesondere für Frauen.²⁴ Nach der Wende sank die Erwerbsquote – der Anteil der Erwerbspersonen, also derjenigen Personen, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen oder eine solche suchen, an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Abbildung 15). Dazu haben auch Frühverrentungsprogramme sowie der intensive Einsatz von Weiterbildungsmaßnahmen beigetragen. Gleichwohl blieb die Erwerbsbeteiligung deutlich über dem Niveau in den alten Bundesländern, obwohl sie dort stetig zugenommen hat. Seit der Jahrtausendwende steigt die Erwerbsquote auch im Osten wieder und ist inzwischen sogar höher als zu Beginn der 90er Jahre. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in Ostdeutschland die absolute Zahl der Erwerbspersonen seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts infolge des Bevölkerungsrückgangs abnimmt (Abbildung 16). Der Rückgang ist allein auf die verringerte Zahl jugendlicher Erwerbspersonen zurückzuführen; seit 2007 ist sie um mehr als ein Drittel oder knapp 400 000 gesunken.²⁵ Das dürfte erheblich dazu beigetragen haben, dass die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren im Osten vergleichs-

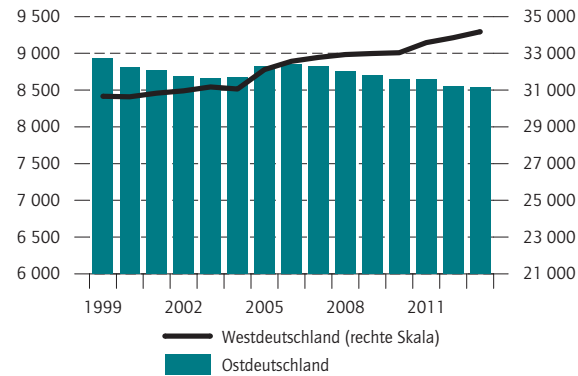
²⁴ Im Jahr 1989 belief sich der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (16 bis 64 Jahre) in der DDR bei Frauen auf 78,8 Prozent und bei Männern auf 82 Prozent (berechnet anhand von Bevölkerungs- und Erwerbstätigendaten des Statistischen Amtes der DDR). Die entsprechenden Werte für Westdeutschland waren 63,8 Prozent beziehungsweise 80,3 Prozent (Erwerbsquoten gemäß Mikrozensus).

²⁵ Quelle: Mikrozensus.

Abbildung 16

Zahl der Erwerbspersonen

In 1 000 Personen



Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus).

© DIW Berlin 2014

Die Zahl der Erwerbspersonen nimmt seit 2005 ab, im Westen steigt sie dagegen stetig.

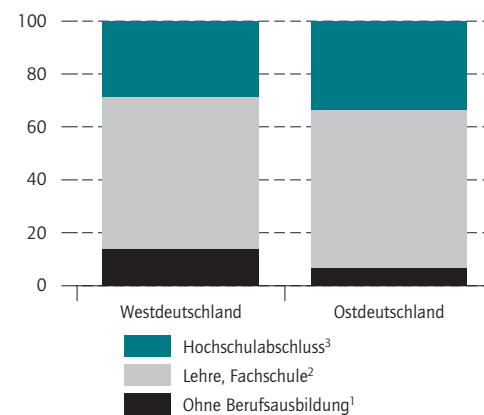
weise stark abgenommen hat. In den alten Bundesländern wächst dagegen das Erwerbspersonenpotential.

In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit in besonderem Maß auch ein Qualifikationsproblem. Im Au-

Abbildung 17

Struktur der Erwerbstätigen nach ihrer Ausbildung 2013

Anteile in Prozent



¹ ISCED 0 bis 2.

² Einschließlich Abitur, ISCED 3 bis 4.

³ Einschließlich Meister, ISCED 5 bis 6.

Quellen: Eurostat (Mikrozensus); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Erwerbstätigen in Ostdeutschland sind im Durchschnitt formal besser ausgebildet als die Beschäftigten in den alten Bundesländern.

gust dieses Jahres hatten dort 51 Prozent aller Arbeitslosen keine Berufsausbildung. In Ostdeutschland trifft das nur auf ein Drittel (ohne Berlin: etwas mehr als ein Viertel) zu. Gleichwohl haben es Arbeitslose ohne Berufsausbildung auch im Osten besonders schwer, eine Beschäftigung zu finden, denn es gibt nicht genügend Jobangebote für unqualifizierte Kräfte. Der Anteil der Personen ohne Ausbildung an den Erwerbstätigen ist in Ostdeutschland nur halb so groß wie in Westdeutschland (Abbildung 17). Dafür gibt es in Ostdeutschland vergleichsweise viele Beschäftigte mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung sowie mit einem Hochschulabschluss. An der formalen Qualifikation des Arbeitskräftepotentials kann es demnach nicht liegen, dass der Osten bei der Produktivität noch weit zurück und bei der Arbeitslosigkeit weit vorn liegt.

Fazit

Die Erwartungen der Bürger in der DDR waren hochgesteckt. Nach der erkämpften politischen Freiheit sollte mit der Vereinigung der beiden Staaten schnell eine Wirtschaftskraft und ein Lebensstandard ähnlich wie im Westen erreicht werden.

Die Währungsunion wirkte wie ein Schock. Weil sich die DDR-Wirtschaft zu erheblichen Teilen als nicht wettbewerbsfähig erwies, musste eine neue Wirtschaftsbasis geschaffen werden. Dabei hat es ohne Zweifel große Fortschritte gegeben, denn die Erneuerung ist überall sichtbar. Von der Wirtschaftskraft Westdeutschlands und den dort erzielten Einkommen ist Ostdeutschland 25 Jahre nach dem Fall der Mauer aber noch weit entfernt. Es hat sich gezeigt, dass nach anfänglich hohen Zuwachsraten der Aufholprozess gegenüber Westdeutschland immer langsamer wurde. Bei der Wirtschaftsleistung je Einwohner und der Produktivität (je Arbeitsstunde) hat Ostdeutschland 71 Prozent beziehungsweise 74 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht. An diesen Relationen hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum etwas geändert.

Gemessen an den Erwartungen zur Zeit der Wende ist es für viele enttäuschend, dass Ostdeutschland wirtschaftlich weit hinter den alten Bundesländern hinterhinkt. Die Erwartungen waren aber von vornherein überzogen, weil die Messlatte zu hoch gehängt war. Denn man unterstellte, dass in kurzer Zeit eine traditionell eher dünn besiedelte Transformationsregion zu einer der leistungsfähigsten Ökonomien der Welt aufschließen könne. Nun hat sich gezeigt, dass das noch nicht einmal im Lauf einer Generation möglich war. Gleichwohl wurde viel erreicht. Hervorstechend ist, dass die Re-Industrialisierung gelungen ist und Ostdeutschland sich bei der Industriedichte im Mittelfeld der Europäischen Union bewegt. Es zeigen sich aber auch gravierende Strukturprobleme. In der ostdeutschen Wirtschaft gibt es relativ wenige hoch qualifizierte Tätigkeiten, und sie ist relativ kleinteilig strukturiert. Es mangelt vor allem an Headquarterfunktionen größerer Unternehmen.

Die Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen, so dass sich auch die Abhängigkeit der Haushalte von Sozialtransfers verminderte. Nur zum Teil liegt das aber an einer zunehmenden Beschäftigung, bemerkbar macht sich vielmehr auch, dass das Erwerbspersonenpotential kleiner wird und dadurch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen abnimmt. Auf dem Arbeitsmarkt zeigen sich nunmehr deutlich die Spuren der demografischen Veränderungen in der Zeit unmittelbar nach der Wende, als es zu starken Abwanderungen und einem dramatischen Rückgang der Geburtenzahlen kam. War die Lage auf dem Arbeitsmarkt bisher von einem Arbeitskräfteüberschuss geprägt, könnte sich bald das Gegenteil einstellen.

Um die Attraktivität des Standorts Ostdeutschland zu erhöhen, muss das Bildungsangebot weiter verbessert werden; es wäre kontraproduktiv, etwa bei den Hochschulen den Rotstift anzusetzen – zumal Ostdeutschland auf Zuwanderungen angewiesen ist. Fachkräfte können nur bei attraktiver Bezahlung gehalten oder angezogen werden. Hohe Löhne können allerdings nur von Unternehmen mit hoher Produktivität gezahlt werden. Das erfordert eine verstärkte Innovationstätigkeit seitens der Unternehmen.

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

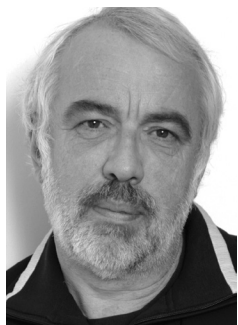
EASTERN GERMANY STILL PLAYING ECONOMIC CATCH-UP

Abstract: The economic backlog of eastern Germany compared to western Germany is still sizeable, even 25 years after the fall of the Wall. In terms of GDP per inhabitant and productivity, eastern Germany has attained only 71 percent and three-quarters of western German levels, respectively. The catch-up process is advancing very slowly indeed. The main reason for low productivity is the lack of highly skilled jobs. In addition, the structure of the eastern German economy is comparatively fragmented. Disposable income per inhabitant in eastern Germany is about 83 percent of the western German figure. This relationship has not changed substantially since the end of the 1990s. Unemployment is still relatively high in eastern Germany but, in recent years, has fallen more markedly than in western Germany. However, this is partly due to shrinking numbers of potential employees; in particular, the number of young people is falling significantly.

Expectations after the fall of the Wall that the east would quickly catch up with the west in terms of economic power and living standards have not come to fruition. This conjecture was certainly exaggerated and assumed that a traditionally thinly populated region in flux could catch up with one of the best-performing economies in the world. Nevertheless, significant progress toward convergence has been made. In particular, eastern Germany had undergone successful re-industrialization. One major challenge is demographic change. The number of young employees in eastern Germany has fallen more significantly than in western Germany. In order to keep or attract skilled workers, more appealing jobs with good remuneration must be made available in eastern Germany. However, higher wages must accompany greater productivity and, in turn, this requires more intensive innovation activity.

JEL: R12, O14, O18

Keywords: Economic development, productivity, East Germany



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin.

SECHS FRAGEN AN KARL BRENKE

»Ostdeutschland muss auf Bildung und Innovation setzen«

1. Herr Brenke, vor 25 Jahren fiel die Mauer. Im wiedervereinigten Deutschland stand den neuen Bundesländern ein wirtschaftlicher Aufholprozess bevor, der kaum größer sein konnte. Wie weit konnte der wirtschaftliche Rückstand Ostdeutschlands in diesem Vierteljahrhundert aufgeholt werden? Der Rückstand konnte zu einem guten Teil aufgeholt werden. Damals wollte man möglichst rasch das Leistungsniveau des Westens erreichen. Gemessen an diesen Erwartungen hat man ungefähr drei Viertel des Weges erreicht, denn die Wirtschaftsleistung je Einwohner beträgt aktuell rund drei Viertel des westdeutschen Wertes. Allerdings verläuft der Aufholprozess nach einer starken Anfangsphase mittlerweile nur noch sehr schleppend.
2. Warum ist der Aufholprozess ins Stocken geraten? Man hat in vielen Bereichen aufgeholt. Wir hatten Mitte der 90er Jahre einen regelrechten Bauboom, der brach dann weg. Die Bauwirtschaft hat dann mehr als ein Jahrzehnt eine Talfahrt erlebt. Es gab einen kräftigen Aufholprozess bei den Dienstleistungen, von denen es systembedingt in der DDR wenig gab. Die Dienstleistungen, beispielsweise der Tourismus, sind weiter kräftig gewachsen. Auch die Industrie hat in den letzten Jahren durchaus kräftig aufholen können. Das Problem ist jedoch, dass die Produktivität, also die Leistung pro Erwerbstätigen, in Ostdeutschland zu gering ist und im Vergleich mit Westdeutschland stark hinterherhinkt.
3. Waren die Erwartungen nach der Wende zu hoch? 1989 waren die Erwartungen sehr hoch. Man meinte, man könnte zu einer der wettbewerbsstärksten Ökonomien der Welt rasch aufschließen. Aber Ostdeutschland ist ein traditionell dünn besiedeltes Gebiet und musste verkraften, dass die Wirtschaftsbasis nach der Währungsunion weitestgehend zusammenbrach. Man musste schnell eine neue Wirtschaftsbasis schaffen. Das geht nicht in wenigen Jahren und, wie sich nun gezeigt hat, in einer Generation. Ostdeutschland hat im Vergleich zu Westdeutschland zu wenig größere und mittlere Unternehmen, die auf überregionalen Märkten eine große Rolle spielen.
4. Die Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland hat sich in den letzten Jahren verbessert. Ist das nicht auch ein positives Signal? Die Arbeitsmarktlage hat sich verbessert; das ist sicher ein positives Signal. Dadurch ist auch die Abhängigkeit der privaten Haushalte von Sozialtransfers deutlich gesunken. Das hängt aber nicht unbedingt nur damit zusammen, dass die Beschäftigungsentwicklung besonders gut war. Die Beschäftigung hat zwar angezogen, aber vor allen Dingen macht sich in den neuen Bundesländern nun bemerkbar, dass die Zahl der Einwohner weniger wird und damit auch die Zahl der Personen, die einen Job nachfragen. Das heißt, der Abbau der Arbeitslosigkeit ist leider nicht nur ökonomisch begründet, sondern auch demografisch.
5. Wie ist die Entwicklung bei den Einkommen? Die Einkommen haben sich dem westdeutschen Niveau stärker genähert als die Wirtschaftsleistung. Man hat aber immer noch einen relativ großen Einkommensanteil, der aus Sozialtransfers gespeist wird. Bei den selbständigen und den Vermögenseinkommen und auch bei den Löhnen liegt Ostdeutschland noch weit zurück. Bei den verfügbaren Einkommen hingegen haben die neuen Bundesländer mittlerweile einen Wert von deutlich über 80 Prozent des westdeutschen Niveaus erreicht. Allerdings ist der Aufholprozess zum Stillstand gekommen.
6. Der Solidarzuschlag soll im Jahr 2019 auslaufen. Ist das zu früh? Ich glaube nicht, dass das zu früh ist. Der Solidarzuschlag sollte helfen, den Aufbau Ost zu finanzieren. Deshalb sind viele Mittel insbesondere in den Ausbau der Infrastruktur geflossen, wodurch in Ostdeutschland eine sehr moderne Infrastruktur entstanden ist. Das war ja auch nötig. Mittlerweile ist die Infrastruktur in den neuen Bundesländern in vielen Bereichen moderner als in Westdeutschland. Daher gibt es, was diese Förderung angeht, eigentlich keinen Grund mehr, für Ostdeutschland noch besondere Mittel bereitzustellen. Weil die Infrastruktur auf einem hochmodernen Stand ist, gibt es eigentlich auch keinen Grund mehr, besonders hohe Unternehmenssubventionen auszuschütten, denn Standortnachteile haben die Unternehmen in den neuen Bundesländern nicht.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland gleichen sich nur langsam an

Von Markus M. Grabka

Auch rund 25 Jahre nach dem Mauerfall verfügen private Haushalte in Ostdeutschland mit im Durchschnitt 67 400 Euro über nicht einmal halb so hohe Vermögen wie die in Westdeutschland, wo es rund 153 200 Euro sind. In beiden Landesteilen ist der Immobilienbesitz die quantitativ wichtigste Vermögensform. Der Anteil der Eigentümerhaushalte hat zwar in beiden Landesteilen seit 1990 deutlich zugenommen, in Ostdeutschland sind aber nur rund ein Drittel aller Haushalte selbstnutzende Eigentümer, wohingegen im Westen knapp die Hälfte aller Haushalte eine selbstgenutzte Immobilie besitzt. Auch der Verkehrswert des Immobilienbesitzes fällt in Ostdeutschland nur halb so hoch aus wie im Westen. Sowohl hinsichtlich der durchschnittlichen Wohnfläche als auch bezüglich der Ausstattung der Immobilien erfolgte hingegen seit dem Mauerfall eine deutliche Angleichung.

Neben dem laufenden Einkommen stellt die Bestandsgröße Vermögen eine wesentliche Ressource des wirtschaftlichen Handelns privater Haushalte dar. Zudem weisen Vermögen spezifische Funktionen auf, die weit über die reine Einkommenserzielung (zum Beispiel in Form von Zinsen und Dividenden) hinausgehen. So tragen Vermögen wesentlich zur Stabilisierung des Konsums bei Einkommensausfällen bei, Sachvermögen kann wie im Falle einer Immobilie selbst genutzt werden. Größere Vermögen können wirtschaftliche und politische Macht verleihen und zur Erreichung oder Bewahrung eines hohen eigenen sozialen Status oder zur Förderung von Kindern eingesetzt werden. Damit dienen sie auch zur Reproduktion und Bildung von Eliten. Letztlich stellt der private Vermögensaufbau ein wichtiges Instrument für die eigene Alterssicherung und für intergenerationale Übertragungen in Form von Erbschaften oder Schenkungen dar.¹

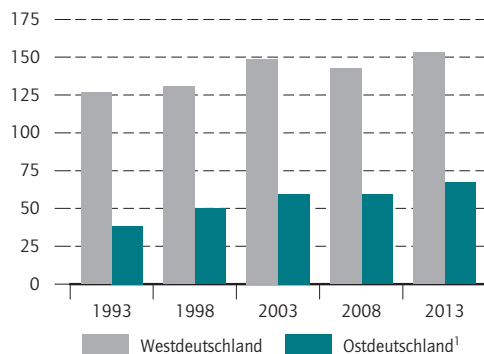
Eine getrennte Analyse von Höhe und Verteilung der Vermögen in Ost- und Westdeutschland ist nicht nur im Sinne regionaler Differenzen interessant, sondern reflektiert auch, inwieweit die vor der Wiedervereinigung grundlegend unterschiedlichen Rahmenbedingungen für den Vermögensaufbau in den beiden Landesteilen auch mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall noch nachwirken. Denn durch die sozialistische Wirtschaftsordnung hatten die Bürger in der DDR schlechtere Möglichkeiten Vermögen aufzubauen, als dies in der westlichen Landeshälfte der Fall war. So waren Investitionen in Betriebsvermögen, in sonstigen Immobilienbesitz (insbesondere Mietshäuser) oder Aktien nur in sehr begrenztem Maße möglich. Hinzu kommt, dass mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 zwar laufende Einkommen und Rentenzahlungen im Verhältnis 1 Mark der DDR zu 1 DM, jedoch Sparguthaben und Verbindlichkeiten im Verhält-

¹ Vgl. zu einer generellen Diskussion der Rolle von Vermögen siehe Frick, J. R., Grabka, M. M., Hauser, R. (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland – Empirische Analysen für Personen und Haushalte. Berlin.

Abbildung 1

Durchschnittliches Haushaltsnettovermögen privater Haushalte

In 1 000 Euro



1 Ostdeutschland 2013 einschließlich Berlin (West).

Quellen: Stein, H. (2004): *Anatomie der Vermögensverteilung – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998, Berlin*; Ammermüller, A. et al. (2005), a.a.O.; Statistisches Bundesamt (2014): *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Geld und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte, Fachserie 15 Heft 2*.

© DIW Berlin 2014

Westdeutsche Haushalte halten mehr als doppelt so hohe Vermögen wie Ostdeutsche.

nis zwei zu eins umgestellt wurden.² Seit der Wiedervereinigung prägen Abwanderung, ein im Vergleich zu Westdeutschland niedrigeres Lohnniveau³ und ein generell höheres Arbeitslosigkeitsrisiko den ostdeutschen Arbeitsmarkt, was entsprechend die Vermögensakkumulation aufgrund niedriger und unregelmäßiger fließender Einkommensströme beeinträchtigt.

Die Vermögenssituation der privaten Haushalte⁴ wird im Folgenden durch die Angaben aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes beschrieben und durch Angaben des von TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)⁵ ergänzt (Kasten).⁶

² Ein nach dem Alter differierender Sparbetrag konnte direkt 1:1 umgestellt werden (2 000 Mark pro Kind im Alter bis zu 14 Jahren; 4 000 Mark für Personen bis 59 Jahren und 6 000 Mark für Personen ab einem Alter von 60 Jahren).

³ Vgl. Ragnitz, J. (2012): Regionale Lohnunterschiede in Deutschland. ifo Dresden berichtet 2/2012, 26–32.

⁴ Personen in Anstalten wie Studenten- oder Seniorenheimen werden somit vernachlässigt.

⁵ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird, vergleiche Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *ASA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* Bd. 2, Heft 4, 301–328.

⁶ Analysen zur Entwicklung der Vermögensungleichheit finden sich in Grabka, M. M., Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW Wochenbericht* Nr. 9/2014, 151–165.

Schleichende Angleichung der Nettovermögen in Ost- und Westdeutschland

Gemessen am Durchschnitt machte das Nettovermögen aller privaten Haushalte in Westdeutschland im Jahre 1993 126 600 Euro aus (Abbildung 1). Bis 2003 ist es auf 148 800 angestiegen, um in 2008 bedingt durch die Finanzmarktkrise auf 142 700 Euro zu sinken. Bis 2013 ist wieder ein Anstieg auf 153 200 Euro zu beobachten. In Ostdeutschland fallen die Nettovermögen generell deutlich niedriger aus. Im Jahre 1993 verfügten die ostdeutschen Haushalte nur über ein Nettovermögen von 38 400 Euro. Damit erreichten diese nur 30 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes. Bis 2013 nehmen die Vermögen in Ostdeutschland um drei Viertel auf 67 400 Euro kräftig zu. Dennoch halten die ostdeutschen Haushalte weiterhin nur 44 Prozent des Vermögens der westdeutschen Haushalte.⁷ Damit hat insgesamt das Nettovermögen in Westdeutschland seit 1993 um gut ein Fünftel in Ostdeutschland aber sogar um drei Viertel zugenommen. Aber auch fast 25 Jahre nach der Wiedervereinigung wirken sich die seit der Nachkriegszeit bedingten langjährigen Unterschiede im Vermögenserwerb sowie der Vermögenssteigerung der ehemals beiden deutschen Staaten nachhaltig auf die aktuellen Vermögensunterschiede in den beiden Landesteilen aus.

Grund- und Immobilienvermögen ist in beiden Landesteilen die quantitativ wichtigste Vermögensform

Aufbereitete Informationen zum Vermögensportfolio der privaten Haushalte liegen getrennt nach Ost- und Westdeutschland nur für die Jahre 2003 bis 2013 vor (Tabelle). Danach ist die wichtigste Vermögenskomponente in beiden Landesteilen der Grund- und Immobilienbesitz. In Westdeutschland macht er 2013 gemessen am Nettovermögen aller Haushalte 85 Prozent aus, während in Ostdeutschland der entsprechende Anteil bei nur 73 Prozent liegt. Von relativ größerer Relevanz ist in Ostdeutschland dagegen das Bruttogeldvermögen (bestehend aus Sparguthaben, Wertpapieren, Bausparverträgen, Versicherungen, usw.) mit einem Anteil von 50 Prozent in 2013.⁸ Im Westteil des Landes macht die-

⁷ Dieser Anteil dürfte bei Berücksichtigung des in der EVS nicht erhobenen Betriebsvermögens nochmals sinken, da vor allem der Anteil mittelständischer Unternehmen mit entsprechenden Betriebsvermögen in Westdeutschland deutlich höher liegt als in den neuen Ländern. Hier wirkt sich die sozialistische Wirtschaftsstruktur weiterhin nachteilig auf die Vermögenssituation der privaten Haushalte aus.

⁸ So ist der Anteil der Riesterparer unter den ostdeutschen Männern höher als in Westdeutschland, bei Frauen zeigen sich kaum Unterschiede. Vergleiche Geyer, J. (2011): *Riester-Rente: Rezept gegen Altersarmut?* DIW Wochenbericht Nr. 47/2011. Jedoch gibt die Verbreitung von Riesterrenten noch keinen Hinweis darüber, wie viel Vermögen in dieser Form der Altersvorsorge gespart wurde.

Kasten

Vermögensmessung in der EVS

Die EVS wird seit 1962/63 alle fünf Jahre erhoben. Für Ostdeutschland sind Vermögensinformationen ab 1993 verfügbar. Die letzte Erhebung fand im Jahre 2013 statt. In der EVS werden folgende Vermögenskomponenten erfragt: selbst genutzter und sonstiger Immobilienbesitz (unter anderem unbebaute Grundstücke, Ferien- oder Wochenendwohnungen), Geldvermögen (Girokonten, Sparguthaben, Spar- oder Pfandbriefe, Aktien oder Investmentanteile, Lebens- oder private Rentenversicherungen, Bausparverträge), Konsumenten- als auch Ausbildungskredite und Hypothekenkredite. Nach Abzug der Verbindlichkeiten vom Bruttovermögen erhält man das wohlfahrtsökonomisch relevante Nettogesamtvermögen. Nicht erhoben wird das besonders verteilungssensitive Betriebsvermögen, Wertsachen wie Goldbarren, Schmuck, Antiquitäten oder Kunstgegenstände und der Wert des Hausrats sowie von Fahrzeugen. In diesem Vermögensbegriff sind zudem die nur schwierig zu erhebenden Anwartschaften an die diversen Alterssicherungssysteme (Gesetzliche Rentenversicherung, Betriebsrenten, berufsständige Versorgungswerke) nicht enthalten.¹

Neben der fehlenden Erfassung wichtiger Vermögenskomponenten weist die EVS weitere methodische Schwächen auf: So ist die Repräsentativität der Ergebnisse eingeschränkt, da die EVS keine Zufallsstichprobe sondern eine Quotenstichprobe ist, was sich unter anderem in einer nicht ausreichenden Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund äußert. Aussagen zu höheren Vermögen können mit den Daten der EVS nicht vorgenommen, da aufgrund einer so genannten oberen

¹ Zur Relevanz von Rentenansparungen bei der Analyse von Höhe und Verteilung individueller Vermögen vergleiche Frick, J. R., Grabka, M. M. (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2010.

Abschneidegrenze² besonders einkommensstarke Haushalte ausgeschlossen werden. Hohe Einkommen sind aber besonders stark mit hohen Vermögen korreliert. Zudem unterschätzt die EVS Verbindlichkeiten aus Konsumentenkrediten.³ Die entsprechende Erfassungsquote der Verbindlichkeiten gemessen an der Bundesbankstatistik liegt unter 30 Prozent, was ceteris paribus zu einer Überschätzung der Nettovermögen führt.

Bei einem Vergleich der Vermögenssituation der privaten Haushalte nach der Region ist zu beachten, dass im Gegensatz zu Einkommensanalysen keine Bedarfsgewichtung vorgenommen wird, sondern sich die Vermögensangaben auf den jeweiligen gesamten Haushalt beziehen, das heißt eventuelle Unterschiede aufgrund einer unterschiedlichen Haushaltsgröße oder -komposition werden hier vernachlässigt.⁴ Alle Angaben sind zudem in jeweiligen Preisen.

² In der EVS 2013 liegt die obere Abschneidegrenze bei 18.000 Euro monatlichem Haushaltsnettoeinkommen.

³ Vgl. Ammermüller, A., Weber, A. M., Westerheide, P. (2005): Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens. Projektbericht an das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Mannheim.

⁴ Gleichwohl hat sich die durchschnittliche Haushaltsgröße vor allem in Ostdeutschland seit 1990 deutlich stärker verringert als in Westdeutschland, von 2,39 Personen auf 1,88 im Jahr 2012 (Angaben auf Basis eigener Berechnungen mit dem SOEP). Bei der Interpretation der folgenden Ergebnisse muss zudem auf Unwägbarkeiten bei der Erhebung von Vermögensbeständen in Surveys hingewiesen werden. Diese Angaben basieren im Allgemeinen auf Selbsteinschätzungen der Befragten, die durch verschiedene Ursachen verzerrt sein können. So ist die Marktkennntnis aktueller Verkehrswerte oftmals dann eingeschränkt, wenn die entsprechende Vermögenskomponente ererbt oder bereits vor längerer Zeit erworben wurde. Vermögenswerte wie zum Beispiel Aktien können im Gegensatz zu regelmäßigen Einkommen sehr volatil sein und damit die Bewertung zusätzlich erschweren. Dies führt, neben der generellen Sensitivität dieser Thematik, auch zu mehr Antwortverweigerungen bei vermögensrelevanten Fragen.

se Vermögenskomponente nur 36 Prozent des Nettovermögens aus.

Verbindlichkeiten aus Hypothekendarlehen haben mit einem Anteil von 20 Prozent in Ost und West die gleiche Bedeutung. Ausbildungskreditschulden sowie Konsumentenkredite spielen in beiden Landesteilen nur eine untergeordnete Rolle. Die Gesamtschuldenbelastung in Ostdeutschland hat sich in den vergangenen zehn Jahren langsam dem westdeutschen Niveau angeglichen, denn in 2003 machten diese noch 29 Prozent des Nettovermögens aus, sind aber bis 2013 auf 24 Prozent und damit auf ein nahezu vergleichbares Niveau von 22 Prozent im Westen gesunken.

Die durchschnittliche Höhe der verschiedenen Vermögens- beziehungsweise Schuldenkomponenten ist in Ostdeutschland – bezogen auf alle Haushalte – durchweg niedriger als in Westdeutschland. So halten die ostdeutschen Haushalte in 2013 nur ein Bruttogeldvermögen in Höhe von 30.900 Euro, dies entspricht nur 60 Prozent des entsprechenden Vermögens in Westdeutschland. Die quantitativ kaum relevanten Konsumentenkreditschulden und Ausbildungskreditschulden belaufen sich dagegen in beiden Landesteilen auf weniger als 2.000 beziehungsweise 500 Euro.

Bei den Hypothekenrestschulden zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen in den beiden Regionen.

Tabelle

Vermögensportfolio nach Region

	Früheres Bundesgebiet ¹			Neue Länder und Berlin ¹		
	2003	2008	2013	2003	2008	2013
Relativer Anteil der Vermögenskomponenten gemessen am Nettovermögen in Prozent						
Bruttogeldvermögen	32	39	36	42	53	50
Konsumentenkreditrestschulden	1	1	1	2	3	3
Ausbildungskreditrestschulden	-	0	0	-	1	1
Grund- und Immobilienvermögen	90	83	85	87	75	73
Hypothekenrestschulden	20	21	20	27	24	20
Bruttogesamtvermögen	121	122	122	129	128	124
Gesamtschulden	21	22	22	29	28	24
Nettogesamtvermögen	100	100	100	100	100	100
Durchschnittswert je Haushalt in Euro						
Bruttogeldvermögen	43 500	52 000	51 100	23 200	28 700	30 900
Konsumentenkreditrestschulden	1 400	1 700	1 800	1 300	1 600	1 800
Ausbildungskreditrestschulden	-	300	500	-	300	500
Grund- und Immobilienvermögen	122 600	109 100	119 900	47 500	41 000	44 900
Hypothekenrestschulden	27 800	27 100	28 200	14 700	13 200	12 300
Bruttogesamtvermögen	166 100	161 200	171 100	70 700	69 700	75 800
Gesamtschulden	29 200	29 100	30 500	16 000	15 200	14 600
Nettogesamtvermögen	136 900	132 000	140 600	54 700	54 600	61 200

¹ Vor der EVS 2013 gehörte Berlin-West zum früheren Bundesgebiet und Berlin-Ost gehörte zu den neuen Ländern.

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

© DIW Berlin 2014

Die quantitativ wichtigste Vermögenskomponente ist in beiden Landesteilen der Immobilienbesitz.

Während im Ostteil des Landes diese seit 2003 geringer werden und in 2013 nur noch 12 300 Euro ausmachen, nehmen diese Verbindlichkeiten in Westdeutschland seit 2003 leicht zu und belaufen sich am aktuellen Rand auf 28 200 Euro.

Die quantitativ wichtigste Vermögenskomponente ist der Grund- und Immobilienbesitz. Mit 44 900 Euro macht das Immobilienvermögen in Ostdeutschland aber weiterhin nur 37 Prozent des westdeutschen Niveaus (119 900 Euro) aus.

Kein Aufholprozess bei selbstgenutzten Immobilien

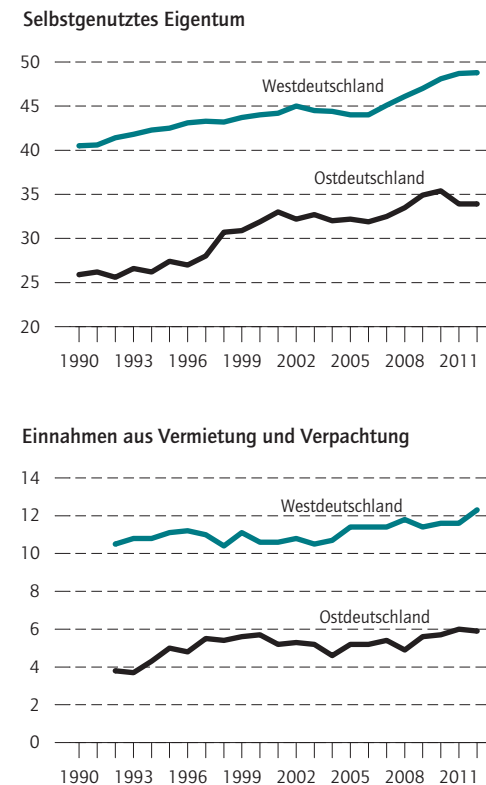
Aufgrund der quantitativ besonderen Bedeutung des Immobilienbesitzes wird dieses im Folgenden eingehender analysiert.⁹ Zu unterscheiden ist zwischen selbstgenutzten Immobilienbesitz (zum Beispiel ein eigenes

⁹ Neben dem quantitativen Faktor stellen Immobilien aufgrund ihrer Nutzenfunktion eine besondere Rolle für die Altersvorsorge, da nach Rückzahlung eventueller Hypotheken Eigentümer mietfrei im Alter in ihrer Immobilien wohnen können und im Gegensatz zu Mietern einen relevanten Einkommensvorteil aufweisen, vgl. hierzu Frick, J. R., Grabka, M. M., Smeeding, T., Tsakolou, P. (2010): Distributional effects of imputed rents in five European countries. Journal of Housing economics, Vol. 19, 167-179.

Abbildung 2

Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung

Anteile in Prozent



Quelle: SOEPv29, private Haushalte.

© DIW Berlin 2014

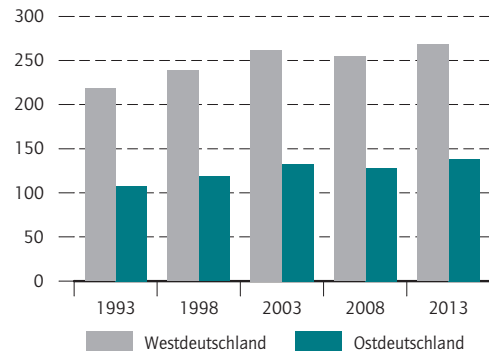
Ostdeutsche Haushalte sind weiterhin deutlich seltener Eigentümer einer selbstgenutzten Immobilie.

Haus oder Eigentumswohnung) und sonstigen Immobilienbesitz (Land, vermietete Immobilien, Ferienhäuser, etc.). Der Anteil der Haushalte mit selbstgenutzten Immobilienbesitz lag in 1990 in Ostdeutschland markant unter dem westdeutschen Wert (Abbildung 2). Nur rund ein Viertel aller ostdeutschen Haushalte verfügten über diese Vermögensform, während mehr als 40 Prozent der Westdeutschen in einer eigenen Immobilie lebten. In beiden Landesteile dominierte damit die Wohnform des Mietens.

Zwar ist die Eigentümerquote in beiden Landesteilen seitdem deutlich angestiegen, dennoch hat sich der Unterschied von 15 Prozentpunkten nicht verkleinert. In 2013 waren mittlerweile knapp die Hälfte aller westdeutschen Haushalte selbstnutzende Eigentümer einer Immobilie, während der Anteil im Osten nur auf rund ein Drittel gestiegen ist. In den vergangenen fünf Jahren hat der Anteil der Eigentümer in Westdeutschland zu-

Abbildung 3

Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes In 1 000 Euro



Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Statistisches Bundesamt (2013): Fachserie 15 Sonderheft 1; Wirtschaft und Statistik 3/1999, 210–220.

© DIW Berlin 2014

Der Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes in Ostdeutschland erreicht nur rund 50 Prozent des Werts in Westdeutschland.

dem deutlich schneller zugenommen als in den neuen Ländern. Dies geht vermutlich auch auf das Auslaufen der so genannten Eigenheimzulage zurück, da nur bis zum 31.12.2005 die Anschaffung einer selbstgenutzten Immobilie staatlich monetär gefördert wurde.¹⁰ Denn bei den deutlich unterschiedlichen Grundstückspreisen konnte eine Familie in Ostdeutschland bei gleich hohem Förderbetrag viel eher Wohneigentum bilden als in Westdeutschland.

Einen leichten Aufholprozess gibt es dagegen bei den Haushalten mit sonstigem Immobilienbesitz (Abbildung 2).¹¹ So bezogen im Jahre 1992 ein Zehntel aller westdeutschen Haushalte Einkommen aus ihrem sonstigen Immobilienbesitz, während dies im Osten weniger als vier Prozent waren. Bis 2012 hat sich dieses Verhältnis auf etwa die Hälfte des westdeutschen Niveaus verringert (zwölf zu sechs Prozent).

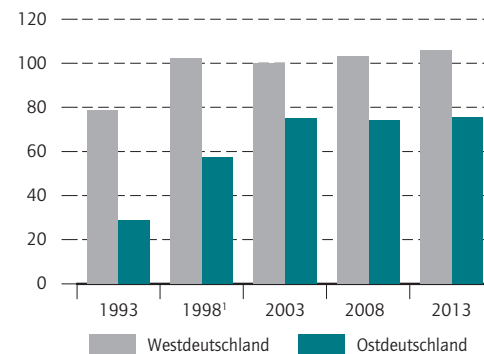
Betrachtet man die Verkehrswerte des Haus- und Grundbesitzes in den beiden Landesteilen (Abbildung 3) so kann auch hier kein Aufholprozess beobachtet werden. In beiden Regionen nahmen die nominalen Verkehrswerte in den vergangenen 20 Jahren um gut ein

¹⁰ Vergleiche Eigenheimzulagengesetz. Seit 2006 existieren keine bundesweiten Programme zur Förderung von selbstgenutzten Wohneigentum mehr. Neben staatlichen Förderprogrammen stellt unter anderem das Zinsniveau und damit die Finanzierungsmöglichkeiten sowie Inflationserwartungen wichtige Faktoren für die Immobiliennachfrage dar.

¹¹ Diese werden hier approximiert über die Haushalte die Einkommen aus sonstigem Immobilienbesitz beziehen. Der Anteil des sonstigen Immobilienbesitzes wird damit unterschätzt, da nicht alle Objekte vermietet oder verpachtet und so Einkommen erzielt werden.

Abbildung 4

Restschuld von Hypotheken In 1 000 Euro



¹ Wert für Westdeutschland geschätzt.

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Statistisches Bundesamt (2013): Fachserie 15 Sonderheft 1; Wirtschaft und Statistik 3/1999, 210–220.

© DIW Berlin 2014

Die Verbindlichkeiten aus Hypothekendarlehen haben in Ostdeutschland ein Niveau von 70 Prozent des Wertes in Westdeutschland erreicht.

Viertel zu. Die Verkehrswerte in Ostdeutschland erreichen aber weiterhin nur rund die Hälfte des westdeutschen Niveaus. Dies erklärt sich auch durch das weiterhin unterdurchschnittliche Einkommensniveau auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, denn die Immobilienpreise entwickeln sich auch in Abhängigkeit von der Kaufkraft einer Region.¹²

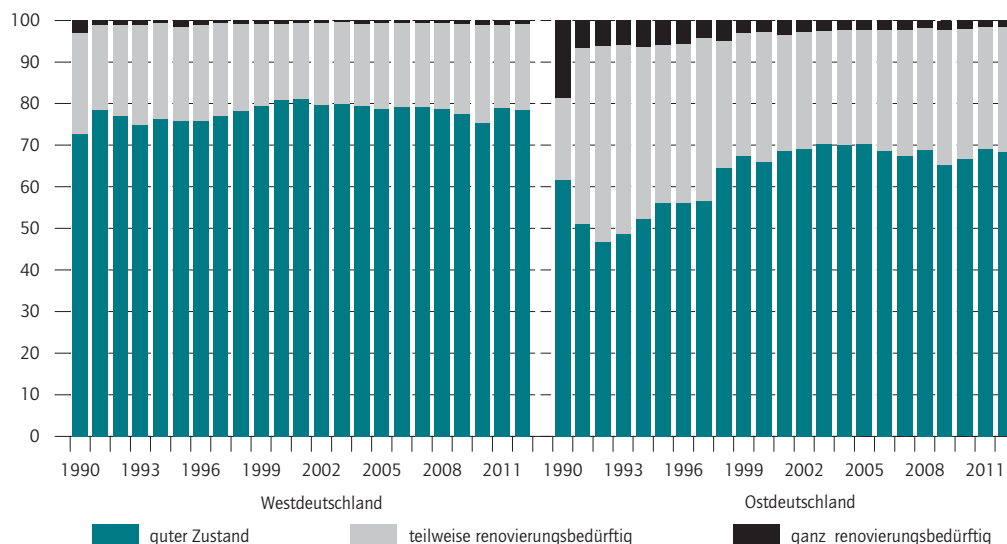
Gegensätzlich ist die Entwicklung der Restschulden von Hypotheken auf diesen Grund- und Immobilienbesitz (Abbildung 4). Während der Wert dieser Verbindlichkeiten in Westdeutschland seit Ende der 90er Jahre bei rund 100 000 Euro verharret, haben die Verbindlichkeiten in den neuen Ländern bis 2003 deutlich zugelegt und erreichen am aktuellen Rand mehr als 70 Prozent des westdeutschen Niveaus. Aufgrund des niedrigeren Einkommensniveaus müssen ostdeutsche Haushalte sich relativ stärker verschulden, um Immobilien zu erwerben als Haushalte im Westen. Entsprechend fällt der Wert des Nettoimmobilienvermögens in Ostdeutschland weiter hinter dem westdeutschen Vergleichswert zurück.

¹² So ist einer der niedrigsten Quadratmeterpreise für ein gebrauchtes Ein- oder Zweifamilienhaus im Landkreis Mansfeld-Südharz mit nur 440 Euro zu finden während in München hierfür 6 080 Euro zu zahlen sind. Die erstgenannte Region weist ein weit unterdurchschnittliches Einkommensniveau aus, während München zu den Regionen mit den höchsten Einkommen zählt. Vgl. Lembke, J. (2014): Deutschland driftet auseinander. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. August 2013, 28.

Abbildung 5

Beurteilung der Renovierungsbedürftigkeit der eigenen Wohnung/Haus – nur Eigentümer

In Prozent



Quelle: SOEPv29, selbstnutzende Eigentümerhaushalte.

© DIW Berlin 2014

Der Zustand der eigenen Wohnung/Haus wird von Eigentümern in Ostdeutschland häufiger als schlecht bewertet.

Gebäudezustand im Osten weiterhin schlechter als im Westen

Ein Faktor zur Erklärung der geringeren Verkehrswerte selbstgenutzter Immobilien in Ostdeutschland ist der Zustand der Objekte (Abbildung 5). Fragt man die Eigentümer nach der Renovierungsbedürftigkeit der Immobilie, so antworten im Westen in allen Jahren knapp 80 Prozent der Eigentümer, dass ein guter Zustand vorliegt, während dies in 2013 von weniger als 70 Prozent der ostdeutschen Immobilienbesitzer berichtet wird. Zwar gab es in den 90er Jahren einen zügigen Prozess der Verbesserung (und Modernisierung) von selbstgenutzten Immobilien, doch seit Beginn des neuen Jahrtausends ist der Aufholprozess zum Erliegen gekommen.

Annäherung in der Wohnfläche und der Wohnungsausstattung

Ein noch andauernder Aufholprozess kann bei der Größe der selbstgenutzten Immobilien beobachtet werden. Während noch 1990 die durchschnittliche Wohnfläche im Osten mit 87 Quadratmetern mehr als 20 Quadratmeter unter dem Westniveau lag, so ist dieser Abstand auf zuletzt 14 Quadratmeter geschrumpft (Abbil-

dung 6). Wobei in beiden Landesteilen die Größe der Immobilien um mehr als zehn Prozent in den vergangenen 25 Jahren zugenommen hat. Noch ausgeprägter ist der Zuwachs, wenn die Wohnfläche auf die Zahl der Haushaltsmitglieder bezogen wird. Hier hat Ostdeutschland einen großen Sprung gemacht: Anfang der 90er Jahre verfügte jeder Immobilienbesitzer im Schnitt nur über 37 Quadratmeter pro Person, während es im Westen 50 Quadratmeter waren. Bis 2012 stieg die durchschnittliche Fläche im Osten auf 57 Quadratmeter pro Person um mehr als die Hälfte (66 qm pro Person im Westen).¹³

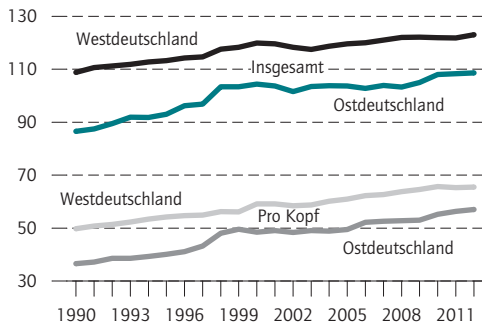
Auch bei der Wohnungsausstattung kann ein beachtlicher Angleichungsprozess beobachtet werden (Abbildung 7). Denn im Ostteil des Landes bestand ein erheblicher Modernisierungstau der zügig abgebaut wurde. Während beispielsweise in den 90er Jahren mehr als 90 Prozent aller Eigentümer im Westen eine Zentralheizung aufwiesen, lag der entsprechende Anteil im Ostteil des Landes nur bei zwei Drittel (häufig zudem mit Kohle betrieben). Seit Mitte der 2000er Jahre hat sich die Ausstattung mit Zentralheizungen in

¹³ Dieser Befund geht einher mit einer vor allem in Ostdeutschland sinkenden Haushaltsgröße.

Abbildung 6

Wohnfläche je Wohnung und pro Kopf – nur selbstnutzende Eigentümer

In Quadratmetern



Quelle: SOEPv29, selbstnutzende Eigentümerhaushalte.

© DIW Berlin 2014

Ostdeutsche Eigentümerhaushalte haben ihre Wohnfläche pro Kopf seit 1990 deutlich vergrößert.

beiden Landesteilen nahezu angeglichen, da nunmehr fast jeder Eigentümerhaushalt über diese Heizungsart verfügt. Einen vergleichbaren Angleichungsprozess ist auch für die sanitäre Ausstattung mit Dusche, Badewanne und WC in der Wohnung und der Verfügbarkeit von Warmwasser zu beobachten: In beiden Landesteilen wurde seit der Jahrtausendwende faktisch das gleiche Ausstattungsniveau erreicht.

Fazit

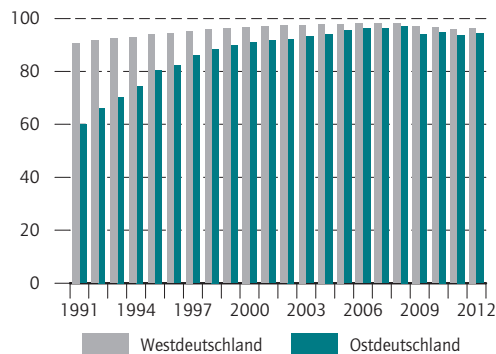
Auch fast 25 Jahre nach dem Mauerfall unterscheiden sich die durchschnittlichen Nettovermögen zwischen Ost- und Westdeutschland deutlich. Das durchschnittliche Haushaltsnettovermögen erreicht in Ostdeutschland mit 67 400 Euro weniger als die Hälfte des westdeutschen Niveaus.

Bei der Verbreitung von selbstgenutzten Immobilien – der weiterhin quantitativ bedeutendsten Vermögensform in Deutschland – kann kein Aufholprozess beobachtet werden, denn weiterhin halten nur ein Drittel aller ostdeutschen Haushalte diese Vermögensart während im Westteil knapp jeder zweite Haushalt selbstnutzender Eigentümer ist. Aber nicht nur die Verbreitung des Immobilienbesitzes ist geringer, auch die durchschnittlichen Verkehrswerte dieser Objekte erreichen in Ostdeutschland nur gut die Hälfte des westdeutschen Niveaus. Als Erklärung hierfür kann das unterdurchschnittlichen Lohnniveau, die weiterhin höhere Arbeitslosigkeit und die demographische Entwicklung mit einem Schrumpfen der Bevölkerung in weiten Tei-

Abbildung 7

Eigentümerhaushalte mit Zentralheizung

Anteile in Prozent



Quelle: SOEPv29, selbstnutzende Eigentümerhaushalte.

© DIW Berlin 2014

Seit Mitte der 2000er Jahre ist kaum noch ein Unterschied zwischen den beiden Landesteilen festzustellen.

len Ostdeutschlands genannt werden. Aber auch der Zustand der Immobilien ist in Ostdeutschland weiterhin etwas schlechter als im Westteil des Landes. Einen deutlichen Aufholprozess gab es bei der durchschnittlichen Wohnfläche und der Wohnungsausstattung. Hier wurde in den neuen Ländern nahezu das westdeutsche Niveau erreicht.

Aufgrund des insgesamt niedrigeren Lohn- und Einkommensniveaus und einer höheren Arbeitslosigkeit dürften die Möglichkeiten zur Vermögensbildung für die ostdeutsche Bevölkerung weiterhin schlechter ausfallen als im Westen des Landes.¹⁴ Zudem bilden Erbschaften und Schenkungen einen bedeutsamen Faktor für den Vermögensaufbau.¹⁵ Ungeachtet der Ost-West-Migration kann bei den künftigen Erbenkohorten davon ausgegangen werden, dass die überwiegende Zahl intergenerationaler Übertragungen innerhalb der hier analysierten Regionen (Ost und West) stattfinden und insofern ebenfalls keinen wesentlichen Beitrag zu einer Senkung der Vermögensunterschiede zwischen den beiden Landesteilen leisten wird.

Dem selbstgenutzten Immobilienbesitz kommt für den Vermögensaufbau und für die Alterssicherung eine besondere Bedeutung zu. Die Eigentümerquo-

¹⁴ Vgl. Grabka, M. M., Goebel, J., Schupp, J. (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? DIW Wochenbericht Nr. 43/2012.

¹⁵ Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M. (2009): Zur Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland. Berliner Journal für Soziologie. Vol. 19(4), 577-600.

te in Deutschland fällt im internationalen Vergleich sehr gering aus. Deutschland ist eines der wenigen Länder in Europa, die keinerlei landesweite Programme zur Wohneigentumsförderung aufweisen. Wollte man den Immobilienbesitz insbesondere für die einkommensschwächere Hälfte der Bevölkerung at-

traktiver machen, so könnten die neuen Bundesländer von staatlichen Förderinstrumenten aufgrund des niedrigeren Einkommensniveaus in Ostdeutschland stärker profitieren und die auch 25 Jahre nach dem Mauerfall bestehenden Vermögensunterschiede etwas reduzieren.

Markus M. Grabka ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mgrabka@diw.de

PRIVATE ASSETS IN EASTERN AND WESTERN GERMANY CONVERGING SLOWLY

Abstract: Very nearly 25 years after the fall of the Wall, households in eastern Germany have average assets of 67,400 euros which is less than half of their counterparts in western Germany with average assets of 153,200 euros. In both parts of the country, real estate ownership is quantitatively the most important asset type. Although the share of owner-occupiers has increased significantly in

both regions since 1990, only one-third of all households in eastern Germany are owner occupied whereas the corresponding proportion in the west is almost half. Further, the market value of the real estate owned in eastern Germany is only half of that in the west. There has, however, been a significant convergence both in terms of average living space and property furnishings since the fall of the Wall.

JEL: D31, I31, R31

Keywords: net worth, EVS, East and West Germany, Transition

Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn

Von Elke Holst und Anna Wieber

Auch fast ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall liegt die Erwerbstätigkeit von Frauen in Ostdeutschland immer noch höher als in Westdeutschland. Der Abstand ist heute allerdings gering. Gestartet sind die beiden Regionen von höchst unterschiedlichen Niveaus. Im Westen lag die Erwerbstätigenquote von Frauen kurz nach der Wende (1991) bei 54,6 Prozent und ist seitdem von Jahr zu Jahr auf 67,5 Prozent (2012) gestiegen. In Ostdeutschland ging sie nach der Wende zunächst massiv zurück, stieg dann aber wieder deutlich an und lag 2012 mit 69,1 Prozent leicht höher als im Westen.

In beiden Teilen Deutschlands arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit als früher, im Osten lag der tatsächliche Arbeitsumfang mit 27,8 Wochenstunden 2013 aber deutlich höher als im Westen (21,7 Stunden). Viele von ihnen, das zeigt die Studie des DIW Berlin auf Grundlage des SOEP, würden gern mehr Wochenstunden leisten. Vergleicht man die gewünschte, vereinbarte und tatsächliche Wochenarbeitszeit von Frauen in Ost und West, so liegen in der Durchschnittsbetrachtung die ostdeutschen Frauen in allen drei Kategorien über dem höchsten Wert aller Arbeitszeitgrößen im Westen. Die meisten erwerbstätigen Männer in Ost und West wollten 2013 hingegen 40 Wochenstunden arbeiten, tatsächlich tun dies aber im Westen nur 22,6 Prozent und im Osten 29,2 Prozent. Die meisten sind länger erwerbstätig; obwohl lange Arbeitszeiten auch bei den Männern unbeliebt sind. Die Veränderungen nach der Wende hatten erhebliche Auswirkungen auf die Lebensformen in Paarhaushalten mit Kindern: Das modernisierte Ernährermodell (Vater Vollzeit/Mutter Teilzeit) hat in beiden Teilen Deutschlands an Gewicht hinzugewonnen – in Westdeutschland auf Kosten des Alleinernährermodells (Vater Alleinverdiener), im Osten auf Kosten des Egalitätsmodells mit zwei Vollzeitbeschäftigten.

Zwischen 1991 und 2012 hat die Erwerbstätigenquote von Frauen in Westdeutschland um 12,9 Prozentpunkte auf 67,5 Prozent rasant zugenommen.¹ Auch 2012 lag die Erwerbstätigkeit von Frauen im Westen unter der im Osten. Dort nahm die Erwerbstätigenquote von Frauen infolge der Deutschen Vereinigung zwischenzeitlich ab (um 9,3 Prozentpunkte bis 1995) und stieg danach wieder an. Mit 69,1 Prozent lag sie 2012 um mehr als zwei Prozentpunkte über der von 1991 (Tabelle 1). Etwas geringer war die Annäherung der Erwerbsquoten. Diese beziehen auch die Arbeitslosigkeit mit ein und können somit etwas über die Erwerbsorientierung aussagen. Im Osten lag die Erwerbsquote 2012 mit 75,8 Prozent um mehr als 5,2 Prozentpunkte höher als bei Frauen in Westdeutschland.

Bei den Männern erreichte die Erwerbstätigenquote in Westdeutschland 2012 nach zwischenzeitlichen Einbrüchen etwa wieder das Niveau von 1991. In Ostdeutschland stieg sie wieder – nach Rückgängen bis etwa 2004 –, erreichte aber mit 74,3 Prozent nicht mehr das Ausgangsniveau von 78,5 Prozent. Die Erwerbsorientierung, gemessen an der Erwerbsquote, lag bei Männern in Ost- und Westdeutschland zuletzt nahezu gleich hoch (rund 82 Prozent).

Besonders ausgeprägt in beiden Teilen Deutschlands ist die Zunahme der Erwerbstätigkeit bei Frauen und Männern ab 55 Jahren (Abbildung 1). Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit dem Abschmelzen günstiger Regelungen für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, der Erhöhung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre und damit verbundener Abschlüsse bei einer früheren Verrentung in den 2000er Jahren. Unter den Jüngeren bis unter 25 Jahren sank die Erwerbstätigenquote hingegen, was auf eine verstärkte Bildungsbeteiligung und verlängerte Ausbildungsdauer zurückzuführen ist. In allen Altersgruppen ab 25 Jahren stieg die Erwerbstätigkeit von Frauen im Westen nach

¹ Die Angaben für 2013 aus dem Mikrozensus lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Tabelle 1

Erwerbs- und Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht

In Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

	Erwerbsquote ¹		Erwerbstätigenquote ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Altes Bundesländer (ohne Berlin)²				
1991	81,1	60,7	78,4	54,6
1995	81,3	59,9	74,7	54,5
2000	80,7	62,9	74,3	57,7
2004	80,4	64,5	71,7	58,5
2006	81,4	67,1	74,5	61,5
2008	81,9	68,3	77,0	64,1
2010	81,9	69,4	76,6	65,5
2011	82,1	70,5	77,8	67,1
2012	82,1	70,6	78,1	67,5
Neue Bundesländer (einschließlich Berlin)²				
1991	84,2	77,2	78,5	66,8
1995	79,2	73,9	70,5	57,5
2000	77,9	69,3	66,7	57,7
2004	79,9	73,4	62,9	58,1
2006	80,1	73,4	65,9	60,8
2008	81,6	74,7	70,6	64,9
2010	82,8	76,1	72,8	68,2
2011	82,7	76,4	74,0	69,3
2012	82,0	75,8	74,3	69,1

¹ Ab 2005 Jahresdurchschnitt.² Abweichende Gebietsunterscheidungen für die Erwerbstätigenquoten der Jahre 1991 bis 2000: Früheres Bundesgebiet sowie Neue Länder und Berlin-Ost.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Erwerbstätigenquote westdeutscher Frauen hat rasant zugenommen.

der deutschen Wiedervereinigung. Dies stellt einen erheblichen gesellschaftlichen Wandel dar.

Anteil der vollzeitarbeitenden Mütter ist im Osten doppelt so hoch wie im Westen

Die Zunahme der Erwerbstätigkeit der Frauen in Westdeutschland ist in den vergangenen Jahren besonders durch das veränderte Erwerbsverhalten von Müttern bestimmt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes² näherte sich die Erwerbstätigenquote der Frauen an: In Ostdeutschland sank sie zwischen 1996 und 2012 um 6,6 Prozentpunkte auf 62,9 Prozent, im Westen stieg sie um 9,2 Prozentpunkte auf 59,7 Prozent.

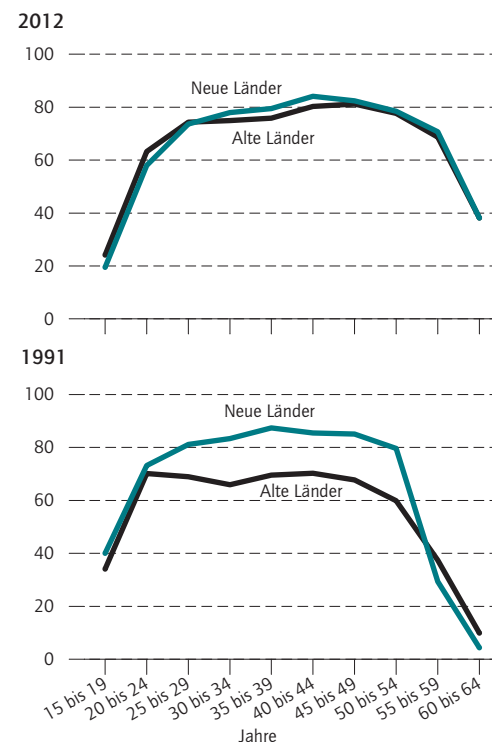
Zwar verringerten sich auch die Ost-West-Unterschiede im Erwerbsumfang von Müttern mit Kindern unter

² Die nachfolgenden Angaben bis zum Abschnitt „Wunsch und Wirklichkeit – Wochenarbeitszeiten in Ost und West“ wurden entnommen aus Keller, M., Hausteil, T. (2013): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Wirtschaft und Statistik (12), 862–882. Sie beziehen sich auf Mütter und Väter mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt.

Abbildung 1

Frauenerwerbstätigenquote in den alten und neuen Bundesländern

In Prozent der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe



Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Erwerbstätigenquote westdeutscher Frauen ist in allen Altersgruppen ab 25 Jahre gestiegen.

18 Jahren im Haushalt, sie verblieben jedoch 2012 noch immer auf deutlich ungleichen Niveaus: In Ostdeutschland arbeiteten Mütter zu 55,7 Prozent Vollzeit (1996: 76,7 Prozent), in Westdeutschland hingegen nur zu 25,2 Prozent (1996: 37,5 Prozent). Mütter in nichtehelichen Lebensgemeinschaften arbeiteten öfter Vollzeit als verheiratete Mütter.

Modernisiertes Ernährermodell gewinnt in beiden Teilen Deutschlands an Bedeutung

Mit dem Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern hat sich in Westdeutschland auch das Lebensmodell von erwerbstätigen Paaren mit Kindern verändert. Dort war 2012 „nur“ noch in 30,7 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern ausschließlich der Vater erwerbstätig (Ernährermodell). Im Jahr 1996 waren es noch 44,8 Prozent. In Ostdeutschland veränderte sich der Anteil so gut wie gar nicht (2012: 23,2 Prozent, 1996: 23,5 Prozent).

Kasten

Datenbasis, Definitionen, Abgrenzungen

Datenbasis für die nachfolgende Untersuchung ist das vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung in Deutschland erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Die repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte in Deutschland liefert seit 1984 für Westdeutschland und seit 1990 – also noch vor der deutschen Vereinigung – für Ostdeutschland zahlreiche Informationen über objektive Lebensbedingungen und subjektive Einstellungen.

Unterschieden wird in der vorliegenden Studie zwischen vereinbarter, tatsächlicher und gewünschter Wochenarbeitszeit. Diese Arbeitszeitgrößen werden im SOEP folgendermaßen erfragt:

Vereinbarte Wochenarbeitszeit: „Wie viele Wochenstunden beträgt Ihre vereinbarte Arbeitszeit ohne Überstunden?“

Tatsächliche Arbeitszeit: „Und wie viel beträgt im Durchschnitt Ihre tatsächliche Arbeitszeit pro Woche einschließlich eventueller Überstunden?“

Gewünschte Arbeitszeit: „Wenn Sie den Umfang Ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und dabei berücksichtigen, dass sich Ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändern würde: Wie viele Stunden in der Woche würden Sie dann am liebsten arbeiten?“

Bei den nachfolgend angegebenen Arbeitszeitgrößen handelt es sich um Durchschnittswerte. Als *Vollzeitbeschäftigte* werden Personen mit einer vereinbarten Arbeitszeit von durchschnittlich mindestens 35 Wochenstunden verstanden. *Teilzeiterwerbstätige* sind jene mit einer tatsächlichen Arbeitszeit von bis zu 34 Wochenstunden. Haben Personen keine vereinbarte Arbeitszeit, wird die tatsächliche Arbeitszeit verwendet.

Einbezogen werden abhängig beschäftigte Frauen und Männer im Alter von 18 bis 64 Jahren in Ost- und Westdeutschland, das heißt Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen und Beamte und Beamtinnen (ohne Auszubildende).

In Haushalten mit zwei erwerbstätigen Elternteilen sind in Ostdeutschland zwar nach wie vor in mehr als der Hälfte der Fälle (2012: 53,5 Prozent) beide in Vollzeit tätig (Egalitätsmodell). Im Vergleich zu 1996, als der Anteil noch bei fast drei Vierteln lag, stellt dies jedoch einen rasanten Rückgang dieser Lebensform dar (–21,3 Prozentpunkte). Da in Westdeutschland viele Mütter eine Teilzeitarbeit aufnahmen, verlor auch hier das Egalitätsmodell an Gewicht (2012: 19,1 Prozent, 1996: 32,6 Prozent). Hier wurde die Lebensform *Vater in Vollzeit und Mutter in Teilzeit* (modernisiertes Ernährermodell)³ weiter ausgebaut und erreichte 2012 mehr als drei Viertel dieser Paarhaushalte (76,1 Prozent, 1996: 65,0 Prozent). Fast alle erwerbstätigen Väter in diesen Haushalten arbeiten in Ost und West nach wie vor in Vollzeit. In beiden Teilen Deutschlands hat damit das modernisierte Ernährermodell erheblich an Bedeutung gewonnen – in Westdeutschland auf Kosten des Alleinerklärermodells (Vater Alleinverdiener)⁴, im Osten auf Kosten des Egalitätsmodells.

³ Vgl. dazu Pfau-Effinger, B. (2005): Welfare State Policies and the development of care arrangements. *European Societies* 7, 2, 321–347.

⁴ Anderen Studien auf Basis des SOEP zufolge wird jeder zehnte Paarhaushalt von einer weiblichen Familienernährerin versorgt (Einkommensanteil der Frau mindestens 60 Prozent). Der Anteil war in Ostdeutschland mit 15,2 Prozent deutlich höher als in Westdeutschland (9,3 Prozent). Unter Einbeziehung Alleinerziehender lag der Anteil an Familienernährerinnen in Deutschland insgesamt bei 18 Prozent aller Mehrpersonenerwerbshaushalte. Vgl. Klammer, U., Klenner, Pfahl, S. (2010): Frauen als Ernährerinnen der Familie: Politische und rechtliche Herausforderungen. Policy Paper. BMFSF und Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht.

Wunsch und Wirklichkeit – Wochenarbeitszeiten in Ost und West

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, inwieweit die veränderten Arbeitszeitrealitäten den Arbeitszeitwünschen von abhängig Beschäftigten entsprechen und wie sie sich im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche von 1991 bis 2013 in Deutschland entwickelt haben.⁵ Auch hier wird wieder eine Abgrenzung nach Geschlecht und Region vorgenommen (Kasten).

Im Beobachtungszeitraum 1991 bis 2013 waren die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit und die gewünschten Arbeitszeiten von Männern landesweit – von leichten Schwankungen abgesehen – recht stabil, die der Frauen blieben erst seit dem Jahr 2000 (Abbildung 2) stabil. Stärkere Schwankungen zeigen sich hingegen bei der durchschnittlichen tatsächlichen Wochenarbeitszeit. Sie folgt offenbar konjunkturellen Schwankungen. Zwischen Arbeitszeitwunsch und tatsächlicher Wochenarbeitszeit klafft bei Männern eine größere Lücke als bei Frauen. Gering sind dagegen die Unterschiede zwischen der durchschnittlichen gewünschten und vereinbarten Wochenarbeitszeit sind dagegen bei Männern über den gesamten Beobach-

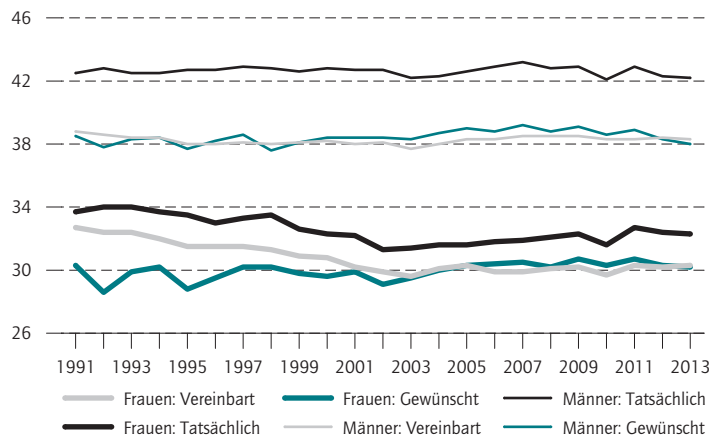
⁵ Vgl. auch Holst, E., Seifert, H. (2012): Arbeitszeitpolitische Kontroversen im Spiegel der Arbeitszeitwünsche. In: WSI-Mitteilungen (2), 141–149.

Abbildung 2

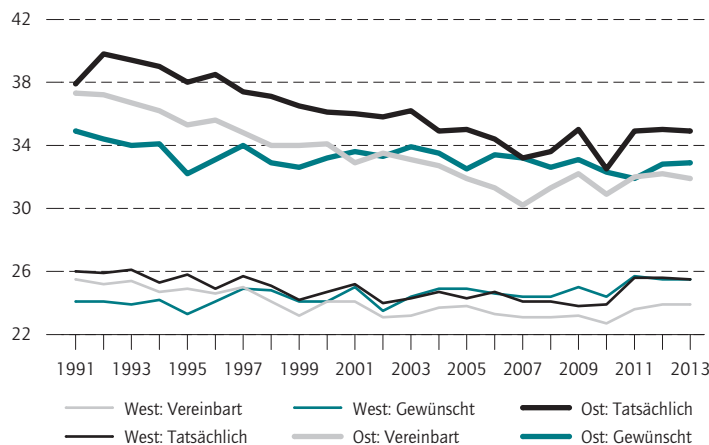
Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte¹ wöchentliche Arbeitszeit von abhängig Beschäftigten

In Stunden

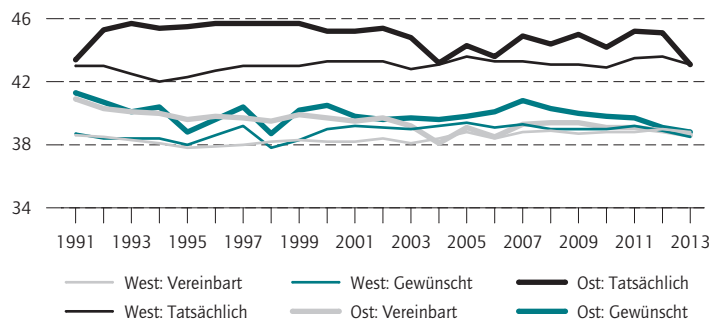
Frauen und Männer



Frauen mit Kindern bis 16 Jahre im Haushalt



Männer mit Kindern bis 16 Jahre im Haushalt



¹ 1992 Daten nur für Westdeutschland. Für 1996 liegen keine Daten vor, wurden als arithmetisches Mittel des Vor- und Folgejahres für die Jahre 1992 und 1996 berechnet.

Quellen: SOEPv30, vorläufige Gewichtung aus SOEPv29 für 2013; Berechnungen des DIW Berlin.

tungszeitraum – seit dem Jahr 2000 auch bei Frauen. Insgesamt liegen sowohl die tatsächliche als auch die vereinbarte und gewünschte Wochenarbeitszeit bei den Männern im Durchschnitt erwartungsgemäß über den Vergleichsgrößen der Frauen.

Die durchschnittlich vereinbarte Arbeitszeit betrug nach Angaben im SOEP bei Männern im gesamten Beobachtungszeitraum mehr oder weniger 38 Wochenstunden. Sie lag 2013 bei 38,3 Stunden (–0,5 Stunden im Vergleich zu 1991). Damit entsprach sie fast der gewünschten Wochenarbeitszeit (38 Stunden, –0,5 Stunden im Vergleich zu 1991). Die tatsächliche Wochenarbeitszeit lag weit darüber und war zuletzt mit 42,2 Stunden in etwa so hoch wie 1991 (42,5 Stunden). Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs nach 2005 war die tatsächliche Arbeitszeit von Männern zunächst leicht gestiegen, im Verlauf des Konjunkturerinbruchs im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise wiederum gesunken, um danach kurzzeitig zuzunehmen.

Bei den Frauen nahmen von 1991 bis etwa 2003 die durchschnittlichen tatsächlichen und vereinbarten Wochenarbeitszeiten ab und blieben danach weitgehend stabil. Wie auch bei den Männern war die tatsächliche durchschnittliche Arbeitszeit von konjunkturellen Einflüssen geprägt. Im Jahr 2013 betrug sie im Schnitt 32,3 Stunden (1991: 33,7 Stunden) und war damit um zwei Stunden höher als die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit, 1991 betrug die Differenz zwischen beiden Größen eine Stunde. Ähnlich hoch wie die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit (30,3 Stunden) war die gewünschte Arbeitszeit mit 30,2 Stunden, die im Vergleich zu 1991 nahezu gleich blieb (–0,1 Stunde). Wunsch und Wirklichkeit der durchschnittlichen Arbeitszeitgrößen klaffen also auch bei den Frauen auseinander, jedoch nicht so stark wie bei den Männern.

Zieht man von den durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeiten der Männer jene der Frauen ab, haben im Beobachtungszeitraum die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der tatsächlichen und der vereinbarten Arbeitszeit zugenommen. Die Differenz lag bei der tatsächlichen Arbeitszeit im Jahr 2013 bei 9,9 Stunden (+1,1 Stunden gegenüber 1991), bei der vereinbarten Wochenarbeitszeit bei acht Stunden (+1,9 Stunden gegenüber 1991). Leicht geschrumpft ist der geschlechtsspezifische Unterschied dagegen bei der gewünschten Wochenarbeitszeit (2013: 7,8 Stunden, 1991: 8,2 Stunden). In Phasen der konjunkturellen Belebung weiteten Männer ihre Arbeitszeit stärker aus und trugen dadurch zur Vergrößerung der geschlechtsspezifischen Differenzen bei den tatsächlichen und vereinbarten Arbeitszeiten bei. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde der Unterschied dann wieder kleiner.

Gewünschte und tatsächliche Arbeitszeit von ostdeutschen Müttern weiterhin deutlich höher als von westdeutschen

Wurde zuvor der Wandel von Lebensformen durch die veränderte Erwerbstätigkeit von Müttern in von Paarhaushalten mit Kindern diskutiert, richtet sich der Blick jetzt zunächst auf den Erwerbsumfang von Frauen und Männern mit Kindern bis 16 Jahren im Haushalt, also einschließlich Alleinerziehender (Abbildungen 2a und 2b).⁶ Hier wird deutlich, dass Väter in Ost und West wesentlich mehr Wochenstunden arbeiten als Mütter, aber in Ost und West gleich viel (2013: 43,1 Stunden). Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West finden sich hingegen bei Müttern: In Ostdeutschland waren sie 2013 mit durchschnittlich 34,9 Stunden tatsächlicher Arbeitszeit über neun Stunden länger erwerbstätig als jene im Westen (25,5 Stunden). Dieser Unterschied steht im Zusammenhang mit dem in der DDR noch üblichen Geschlechterregime: So herrschte damals das Leitbild der Vollzeit tätigen Frau vor, das von entsprechenden Rahmenbedingungen, wie etwa Kinderbetreuungseinrichtungen, begleitet wurde.⁷ Dieser große Unterschied zu Westdeutschland – wo die Mütter-Rolle stärker betont wurde, die Kindererziehung privatisiert und Erwerbsarbeit für Mütter eher ergänzend vorgesehen war⁸ – ist vermutlich der Grund, warum in der Durchschnittsbetrachtung Wunsch und Wirklichkeit von Müttern im Osten so stark divergieren, im Westen hingegen nicht. Die gewünschte durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Müttern stieg im Westen zwischen 1991 und 2013 um 1,4 Stunden, im Osten hingegen sank sie um zwei Stunden. Im Schnitt entsprechen die tatsächlichen Arbeitszeiten im Westen mittlerweile den gewünschten Arbeitszeiten von Müttern (2013: 25,5 Stunden). Im Osten liegt die tatsächliche Arbeitszeit zwei Stunden höher als die gewünschte. Damit unterscheiden sich auch die durchschnittlich gewünschten Wochenarbeitszeiten bei berufstätigen Müttern in Ost und West nach wie vor erheblich (7,4 Stunden).

Bei Vätern liegen die gewünschte und die tatsächliche Arbeitszeit deutlich weiter auseinander – und auf einem deutlich höheren Niveau als bei Müttern. In beiden Tei-

⁶ Diese Frauen und Männer mit Kindern im Haushalt werden im Folgenden als Mütter und Väter bezeichnet. Streng genommen kann es sich bei den Kindern auch um nicht leibliche Kinder handeln. In einigen Fällen können es auch Kinder anderer Familienmitglieder sein. Jedoch wird davon ausgegangen, dass die Erwachsenen eine der Mutter-/Vaterrolle entsprechende Funktion für die Kinder einnehmen.

⁷ Vgl. etwa Nickel, H.M. (1993): Geschlechterverhältnis in der Wende. Individualisierung versus Solidarisierung? Antrittsvorlesung, 5. Juli 1993, Humboldt-Universität zu Berlin, Fachbereich Sozialwissenschaften. Und Nickel, H.M. (1993): Mitgestalterinnen des Sozialismus – Frauenarbeit in der DDR. In: Helwig, G.; Nickel, H. M. (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945–1992. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung, 233–256.

⁸ Vgl. Pfau-Effinger, B.: a. a. O.

Tabelle 2

Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte¹ wöchentliche Arbeitszeit von Vollzeit Beschäftigten Frauen

In Stunden

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Vereinbart	Tatsächlich	Gewünscht	Vereinbart	Tatsächlich	Gewünscht
1991	38,6	41,2	34,7	40,4	40,5	37,0
1992	38,6	40,9	34,4	40,0	42,3	36,6
1993	38,5	40,9	34,5	39,9	42,6	36,1
1994	38,4	40,7	34,8	39,8	42,7	36,2
1995	38,4	41,3	33,7	39,7	43,3	34,9
1996	38,2	40,7	34,4	39,7	43,0	36,1
1997	38,4	41,5	35,1	39,5	43,5	37,3
1998	38,3	41,3	34,9	39,5	43,4	35,8
1999	38,3	41,2	35,7	39,3	42,4	35,9
2000	38,6	41,6	35,7	39,5	42,6	36,4
2001	38,4	41,5	36,0	39,3	42,9	37,2
2002	38,5	41,3	35,7	39,4	42,7	37,0
2003	38,5	41,4	35,9	39,5	42,9	37,3
2004	38,5	41,4	36,1	39,2	42,5	37,3
2005	38,9	41,8	36,7	39,2	43,2	37,4
2006	38,7	42,1	36,5	39,2	43,3	37,8
2007	38,9	42,2	37,0	39,3	43,8	37,8
2008	39,0	42,5	36,4	39,2	43,1	37,1
2009	38,8	42,4	36,3	39,2	43,1	37,5
2010	38,9	42,1	36,4	39,3	42,2	37,5
2011	39,0	42,8	36,8	39,6	42,9	37,3
2012	39,1	42,5	36,5	39,4	42,8	36,6
2013	39,1	42,5	36,4	39,2	43,3	36,9

¹ 1992 Daten nur für Westdeutschland. Für 1996 liegen keine Daten vor, wurden als arithmetisches Mittel des Vor- und Folgejahres für die Jahre 1992 und 1996 berechnet.

Quellen: SOEPv30, vorläufige Gewichtung aus SOEPv29 für 2013; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die vereinbarte Arbeitszeit von Vollzeit beschäftigten Frauen hat sich bis 2013 zwischen Ost und West praktisch angeglichen.

len Deutschlands werden seit der deutschen Wiedervereinigung deutlich geringere Wochenarbeitszeiten gewünscht als tatsächlich ausgeübt. Die Differenz zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit lag bei Vätern im Osten zuletzt bei 4,3 Stunden (2013: tatsächliche Wochenarbeitszeit 43,1 Stunden, gewünscht 38,8 Stunden), im Westen bei 4,6 Stunden (43,1 Stunden beziehungsweise 38,5 Stunden). Die Erwerbswünsche von Vätern lagen damit etwa auf dem Niveau der vereinbarten Wochenarbeitszeit (2013: West 38,8 Stunden, Ost 38,6 Stunden).

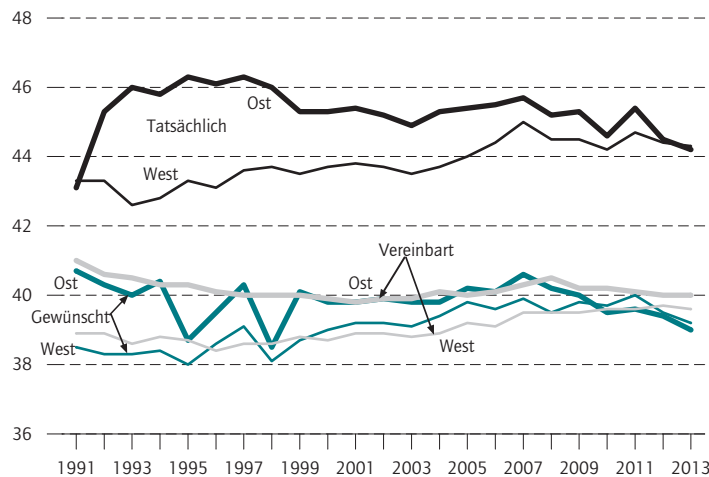
Vollzeitbeschäftigte Männer wollen rund fünf Stunden pro Woche weniger arbeiten.

Auch bei in Vollzeit beschäftigten Frauen haben sich zuletzt vereinbarte, gewünschte und tatsächliche Wochenarbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland stark angenähert (Tabelle 2). Dies war im Untersuchungs-

Abbildung 3

Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte¹ wöchentliche Arbeitszeit von Vollzeit Beschäftigten Männern

In Stunden



¹ 1992 Daten nur für Westdeutschland. Für 1996 liegen keine Daten vor, wurden als arithmetisches Mittel des Vor- und Folgejahres für die Jahre 1992 und 1996 berechnet.

Quellen: SOEPv30, vorläufige Gewichtung aus SOEPv29 für 2013; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Ostdeutsche Männer in Vollzeit arbeiten rund fünf Stunden pro Woche länger als westdeutsche.

Zeitraum vor allem in den letzten Jahren der Fall. Die Annäherung ging von beiden Teilen Deutschlands aus. Interessant ist, dass die durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit vollzeitbeschäftigter Frauen in Ostdeutschland direkt nach der Wende mit 40,5 Stunden noch unter der Vergleichsgröße im Westen lag (41,2 Stunden). Dies hat sich bereits 1992 verändert und die Frauen in Ostdeutschland liegen seitdem vorn (1993: 43,3 Stunden, Westdeutschland: 42,5 Stunden). Demgegenüber nahm die durchschnittliche vereinbarte Wochenarbeitszeit vollzeitbeschäftigter Frauen in Ostdeutschland um 1,2 Stunden auf 39,2 Wochenstunden ab; in Westdeutschland nahm sie zwischen 1991 und 2013 hingegen um 0,5 Stunden auf 39,1 Stunden leicht zu. Interessant ist, dass sich vollzeitbeschäftigte Frauen in Westdeutschland mittlerweile mit 36,4 eine im Schnitt ähnlich hohe Wochenarbeitszeit wie Frauen in Vollzeitarbeit im Osten wünschen (2013: 36,9 Stunden, 1991: West 34,7, Ost 37 Stunden).

Bei den vollzeiterwerbstätigen Männern fällt auf, dass Arbeitszeitrealität und -wunsch in allen Jahren weit auseinander liegen – in Ostdeutschland war das Phänomen lange Zeit noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (Abbildung 3). Die Differenz zwischen tatsächlicher und gewünschter Wochenarbeitszeit erreichte 1995

ihren Höhepunkt (West 5,3 Stunden, Ost 7,6 Stunden) und pendelte sich danach in beiden Teilen Deutschlands bei etwa fünf Stunden ein. Im Vergleich zu 1991 erhöhte sich dabei die tatsächliche Wochenarbeitszeit von vollzeitbeschäftigten Männern 2013 um etwa eine Stunde. Sie lag 2013 im Westen etwa gleichauf (West: 44,3 Stunden, Ost 44,2 Wochenstunden). Die gewünschten Wochenarbeitszeiten nahmen im Westen zu (39,2 Stunden, +0,7) und im Osten ab (39 Stunden, –1,7 Stunden). Insgesamt sind die geschlechtsspezifischen Zeitdifferenzen bei den Vollzeiterwerbstätigen am geringsten.

Teilzeitbeschäftigte Frauen arbeiten in Ostdeutschland wesentlich länger als im Westen

Teilzeit und geringfügige Erwerbstätigkeit sind in Deutschland Frauendomänen.⁹ Männer üben diese Beschäftigungsformen nur in vergleichsweise geringem Maße aus. Die nachfolgende Analyse zur reduzierten Erwerbsarbeit in Ost- und Westdeutschland (im Folgenden „Teilzeit“) konzentriert sich daher auf Frauen.

Bei den Teilzeitbeschäftigten insgesamt zeigen sich die bereits bei Müttern festgestellten deutlichen Unterschiede in der Erwerbsorientierung von Frauen in Ost und West (Abbildung 4). In Ostdeutschland liegen sämtliche Durchschnittswerte der untersuchten Arbeitszeitgrößen über dem höchsten Durchschnittswert der Frauen in Westdeutschland – wenn auch in etwas geringerem Umfang als bei den Müttern. Besonders groß ist der innerdeutsche Unterschied bei der gewünschten Arbeitszeit – ein Hinweis auf eine Unzufriedenheit ostdeutscher Frauen mit dem ausgeübten Teilzeitumfang. Die große Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit ist über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg zu beobachten, wobei die Ost-West-Differenz über die Zeit jedoch abnahm. Wollten ostdeutsche Frauen 1991 noch 10,2 Stunden länger arbeiten als westdeutsche, waren es 2013 nur noch 6,8 Stunden. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei der vereinbarten Wochenarbeitszeit beobachten: Der Ost-West-Abstand reduzierte sich von 6,2 auf 4,9 Stunden. Zwar wollen auch in Westdeutschland teilzeiterwerbstätige Frauen ihre Arbeitszeit gerne erhöhen, die gewünschte Stundenzahl überstieg aber mit 1,5 Stunden in nur vergleichsweise geringem Aus-

⁹ Vgl. für den geringen Männeranteil und die geschlechtsspezifische Entwicklung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Voll- und Teilzeit seit 1999 zum Beispiel Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61705/teilzeitbeschaeftigte, Zugriff am 5. September 2014. Für die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung vgl. beispielsweise Deutscher Bundestag (2011): Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland. Bundestags-Drucksache 17/6382 und aktuell Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigung – Die aktuellen Entwicklungen in Kürze – August 2014, statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistiknach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html, Zugriff am 5. September 2014.

maß die tatsächlich ausgeübte Wochenarbeitszeit (Ost: +2,2 Stunden). Die Betrachtung der Durchschnittsgrößen legt nahe, dass hier von einer weitgehenden Zufriedenheit mit dem Erwerbsumfang ausgegangen werden könnte. Dies muss aber durch die nachfolgenden Ergebnisse relativiert werden.

Wochenarbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland 2013 im Detail: Lange Wochenarbeitszeit auch bei Männern unbeliebt

Bislang wurden Durchschnittsgrößen bei den Wochenarbeitszeiten von Voll- und Teilzeitbeschäftigten vorgestellt. Im Folgenden werden tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten detailliert untersucht und den Anteilen von Frauen und Männern in den jeweiligen Stundenkategorien gegenübergestellt. Die nachfolgenden Analysen beziehen sich auf das Jahr 2013.

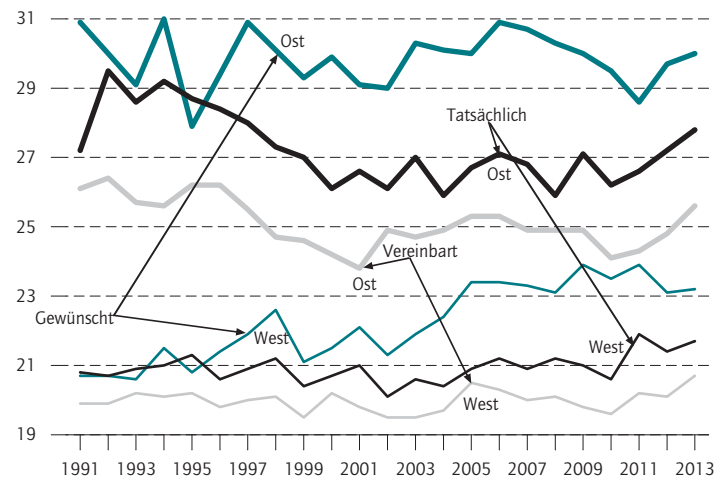
Auch in dieser Betrachtung stechen vor allem die großen Unterschiede zwischen Frauen in West- und Ostdeutschland ins Auge (Abbildung 5). Erwerbstätige Frauen in Ostdeutschland wollen überwiegend Vollzeit oder nahezu Vollzeit tätig sein. Die Arbeitszeitwünsche von Frauen in Westdeutschland hingegen variieren stark – auch im Teilzeitbereich. Knapp ein Drittel (31,9 Prozent) der erwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland wünscht sich einen Erwerbsumfang von 40 Stunden pro Woche, nur 19,2 Prozent sind auch tatsächlich 40 Stunden pro Woche erwerbstätig. In Westdeutschland wünschen sich 18,1 Prozent eine Erwerbstätigkeit mit 40 Wochenstunden, und 13,9 Prozent sind in diesem Umfang tatsächlich erwerbstätig. Von ostdeutschen Frauen werden am zweithäufigsten 30 bis 34 Wochenstunden als Wunscharbeitszeit angegeben (27,5 Prozent). Auch in Westdeutschland ist dieser Erwerbsumfang beliebt (19,6 Prozent, tatsächlich ausgeübt nur von 10,4 Prozent) und wird etwas häufiger als eine Wochenarbeitszeit von 20 bis 24 Wochenstunden präferiert (15,3 Prozent, wird von 11,9 Prozent ausgeübt). Bei den Frauen sind die Unterschiede zwischen tatsächlicher und gewünschter Wochenarbeitszeit in den Zeitgruppen 20 bis 24 Stunden und 30 bis 34 Stunden am höchsten. Gemeinsam ist den Frauen in Ost- und Westdeutschland, dass ganz kurze Arbeitszeiten unter 15 Stunden und Arbeitszeiten über 40 Stunden kaum gewünscht werden. Kurze Arbeitszeiten werden jedoch in Westdeutschland und lange Arbeitszeiten in Ostdeutschland von den Frauen etwas häufiger ausgeübt.

Tatsächliche Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche sind bei Männern in beiden Teilen Deutschlands wesentlich ähnlicher (Abbildung 6) als bei Frauen. Bevorzugt wird die 40 Stundenwoche – und zwar von 41,9 Prozent der westdeutschen und 52,5 Prozent der ostdeutschen Männer. Tatsächlich arbeiten aber deut-

Abbildung 4

Vereinbarte, tatsächliche und gewünschte¹ wöchentliche Arbeitszeit von Teilzeit Beschäftigten Frauen

In Stunden



¹ 1992 Daten nur für Westdeutschland. Für 1996 liegen keine Daten vor, wurden als arithmetisches Mittel des Vor- und Folgejahres für die Jahre 1992 und 1996 berechnet.

Quellen: SOEPv30, vorläufige Gewichtung aus SOEPv29 für 2013; Berechnungen des DIW Berlin.

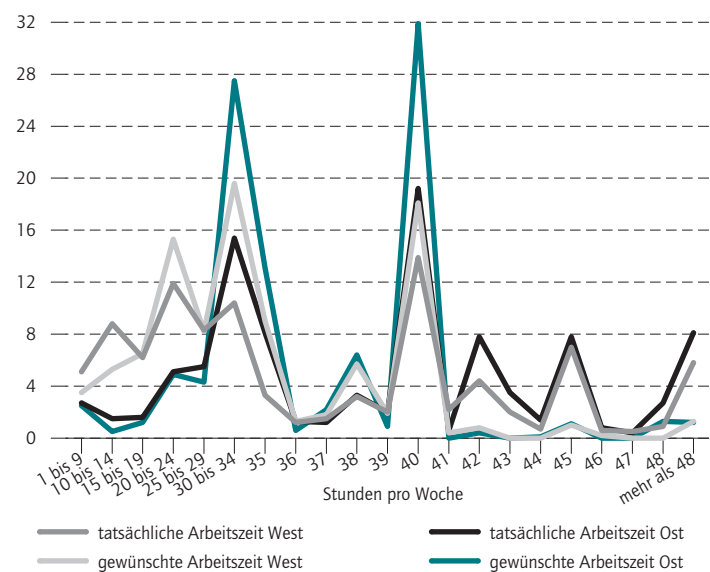
© DIW Berlin 2014

Die Arbeitszeiten Teilzeit beschäftigter Frauen ist im Osten viel höher als im Westen.

Abbildung 5

Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeit abhängig beschäftigter Frauen 2013

Anteile in Prozent



Quellen: SOEPv30, vorläufige Gewichtung aus SOEPv29; Berechnungen des DIW Berlin.

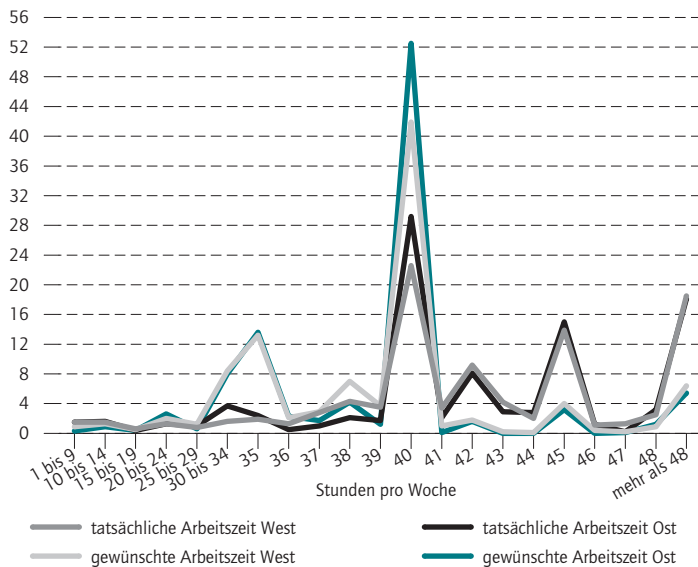
© DIW Berlin 2014

Ostdeutsche Frauen wollen überwiegend in Vollzeit oder vollzeitharer Teilzeit arbeiten.

Abbildung 6

Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeit abhängig beschäftigter Männer 2013

Anteile in Prozent



Quellen: SOEPv30, vorläufige Gewichtung aus SOEPv29; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Männer präferieren die 40-Stunden-Woche, arbeiten jedoch oft länger.

lich weniger in diesem Erwerbsumfang (West 22,6 Prozent, Ost 29,2 Prozent). Arbeitszeiten von über 40 Stunden werden von vielen Männern ausgeübt, aber nur von wenigen gewünscht: Beispielsweise sind 13,9 Prozent der westdeutschen Männer und 15 Prozent der ostdeutschen Männer 45 Stunden pro Woche tätig, dies möchten aber nur vier beziehungsweise 3,2 Prozent. Noch deutlicher sind die Unterschiede bei den sehr langen Wochenarbeitszeiten von 49 und mehr Stunden, die von rund 18,5 Prozent der Männer in Westdeutschland und von 18,1 Prozent der Männer in Ostdeutschland ausgeübt, aber nur von jedem zwanzigsten erwerbstätigen Mann gewünscht werden. Einen Erwerbsumfang von 35 Wochenstunden präferieren immerhin 13,2 Prozent der westdeutschen und 13,6 Prozent der ostdeutschen Männer. Aber nur sehr wenige sind tatsächlich in diesem Umfang tätig. Männer wünschen sich kaum Arbeitszeiten unter 35 Wochenstunden – und üben sie auch nur in sehr geringem Umfang aus.

Zusammenfassung und Fazit

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat die Erwerbstätigkeit von Frauen in Westdeutschland – vor allem von Müttern – stetig und stark zugenommen. In Ostdeutschland liegt die ausgeübte Erwerbstätigkeit von Frauen nach anfänglichen Rückgängen wieder über

der in Westdeutschland. Die Erwerbsorientierung von Frauen in Ostdeutschland ist jedoch deutlich höher, was Unterschiede in den Erwerbsquoten und beim Erwerbsumfang verdeutlichen. Insgesamt wurde die Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands von einem Anstieg von Teilzeit- und Minijobs begleitet.

Die vereinbarte und tatsächliche Wochenarbeitszeit von Frauen sank. In beiden Teilen Deutschlands gewann das modernisierte Ernährermodell an Bedeutung. Die deutlichsten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind im Vergleich der Jahre 1991 und 2012 in der Gruppe der Mütter zu verzeichnen: Mütter üben ihre Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland auf einem wesentlich höheren Stundenniveau aus. In Westdeutschland nahm nur in der Gruppe der Mütter die durchschnittliche vereinbarte und tatsächliche Arbeitszeit ab, bei allen anderen untersuchten Gruppen – also bei Vätern sowie bei voll- und teilzeittätigen Frauen und Männern – nahm sie geringfügig zu. Die Wochenarbeitszeitwünsche von Müttern in Westdeutschland erhöhten sich zwischen 1991 und 2013 um durchschnittlich 1,4 Stunden, bei Frauen in Teilzeitarbeit betrug der Anstieg 2,5 Stunden und bei vollzeiterwerbstätigen Frauen 1,7 Stunden. In Westdeutschland sinkt nur bei den Vätern die gewünschte Wochenarbeitszeit seit 1991 – und das nur in geringem Maß. In Ostdeutschland war das anders: Hier wollten 2013 nicht nur Väter, sondern auch alle anderen untersuchten Gruppen im Saldo durchschnittlich weniger arbeiten als noch 1991 – wobei jedoch der Rückgang bei Vätern am stärksten war. Obwohl sich die Rahmenbedingungen verändert haben und die Möglichkeiten der Kinderbetreuung vielfach verringert wurden, wirkt bei Frauen in Ostdeutschland offenbar auch fast ein viertel Jahrhundert nach der Wende das in der DDR vorhandene Leitbild der vollzeiterwerbstätigen Frau nach.

Wird nach Potenzialen für eine Ausdehnung des gegenwärtigen Arbeitszeitvolumens – etwa im Zuge des demografischen Wandels – Ausschau gehalten, bestätigt die Analyse auf Basis des SOEP, dass diese zuerst bei Frauen anzutreffen sind. In welchem Ausmaß sich das Arbeitszeitpotenzial realisieren lässt, hängt jedoch wesentlich auch davon ab, inwieweit sich die Arbeitsnachfrage mit dem Arbeitsangebot etwa in Bezug auf Region und Qualifikation in Übereinstimmung bringen lässt.

Viele Frauen und Männer arbeiten länger als sie es – unter Inkaufnahme einer Verdienständerung entsprechend der gewünschten Arbeitszeit – wollen. Lange Arbeitszeiten von über 40 Stunden sind weder bei Männern noch bei Frauen beliebt. Frauen wünschen sich eine breitere Arbeitszeitskala als Männer. In Deutschland insgesamt haben im Jahresvergleich 2013 und 1991 die Geschlechterunterschiede bei der tatsächlichen und

der vereinbarten Arbeitszeit zugenommen. Nur bei den gewünschten Wochenarbeitszeiten war der Abstand rückläufig.

Die Ergebnisse deuten auf einen verstärkten Handlungsbedarf bei der Gestaltung von Wochenarbeitszeiten in Organisationen hin. Dieser könnte sich durch den vom demografischen Wandel bedingten Rückgang des Arbeitsangebots noch verschärfen. Künftige Arbeitszeit-

modelle sollten daher möglichst rasch auch neue Formen der partnerschaftlichen Arbeitsteilung berücksichtigen, wie sie etwa mit dem Modell familienfreundlicher Arbeitszeiten für „junge“ Väter und Mütter bereits vom DIW Berlin untersucht wurden.¹⁰

10 Vgl. hierzu etwa Müller, K.-U., Neumann, M., Wrohlich, K. (2013): Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine neue Lohnersatzleistung bei Familienarbeitszeit. DIW Wochenbericht Nr. 46/2013.

Elke Holst ist Forschungsdirektorin und Senior Economist im Vorstandsbereich des DIW Berlin | eholst@diw.de

Anna Wieber ist Studentische Mitarbeiterin am DIW Berlin | awieber@diw.de

25 YEARS AFTER REUNIFICATION, EASTERN GERMANY STILL AHEAD IN EMPLOYMENT OF WOMEN

Abstract: Almost a quarter of a century after the fall of the Wall, there are still more women in employment in eastern Germany than in the west. Admittedly, the difference is marginal now but the two regions started from dramatically different levels. Immediately after reunification (1991), the employment rate for women in western Germany was 54.6 percent but since then, this has increased year on year, reaching 67.5 percent in 2012. In eastern Germany, female employment initially plummeted after the fall of the Wall but then sharply increased again and, at 69.1 percent, exceeded the western German rate in 2012. In both parts of the country, women are more likely to work part-time today than in the past although, at 27.8 hours per week, the actual volume of work carried out by eastern German women is considerably higher than in the west (21.7 hours). According to a study conducted by DIW Berlin using Socio-Economic Panel (SOEP) data, however, many women would

prefer to work more hours per week. A comparison of the desired, agreed, and actual weekly working hours of women in the east and west of the country shows that, on average, for eastern German women, all values in these three categories far exceed even the maximum values for western German women. In contrast, the majority of employed men would like to work a 40-hour week but this is a reality for only 22.6 percent of western German and 29.2 percent of eastern German men. The majority work longer hours despite the fact that this is unpopular among men. The post-reunification changes had a significant impact on the lifestyle of couples with children: the modern breadwinner model (full-time father/part-time mother) is playing an increasing role in both parts of Germany—in western Germany, this has been at the expense of the sole breadwinner model (father as sole earner) and, in the east, at the expense of the equality model (both parents working full-time).

JEL: J12, J16, J21, J22

Keywords: Labor supply, labor market participation, working time, working time preferences, East Germany, West Germany, modernized breadwinner model

Geschlechtsspezifische Rentenlücke in Ost und West

Von Anika Rasner

25 Jahre nach dem Mauerfall kommen Männer in Ost- und Westdeutschland in der wichtigsten Säule des deutschen Alterssicherungssystems auf ein vergleichbares Niveau. Im Durchschnitt übertreffen die Renten ostdeutscher Frauen die der Westdeutschen hingegen deutlich. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Rentenanwartschaften ostdeutscher Männer und Frauen werden im Kohortenvergleich geringer. Dieser Rückgang ist allerdings weniger das Ergebnis höherer Rentenanwartschaften ostdeutscher Frauen, sondern eher Folge deutlicher Einbußen bei den ostdeutschen Männern. Trotz allem werden die Rentenanwartschaften ostdeutscher Frauen auch in Zukunft deutlich höher als die westdeutscher Frauen liegen. In Westdeutschland bleibt die geschlechtsspezifische Rentenlücke im Kohortenvergleich hingegen konstant groß. Die westdeutschen Frauen der Babyboomer-Jahrgänge können den Abstand zu den Männern trotz zunehmender Erwerbsbeteiligung nur unwesentlich verkleinern.

Für den vorliegenden Bericht wurden zunächst die Entwicklung der durchschnittlichen Zahlungsbeträge von Altersrentnern und Altersrentnerinnen im Rentenzugang für den Zeitraum von 1993 bis 2013 für Ost- und Westdeutschland verglichen. Inwieweit die bestehenden Ost-West Differenzen vor allem bei Frauen auch in der Zukunft Bestand haben, wird in einem Kohortenvergleich analysiert.

Mit dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 und dem Rentenüberleitungsgesetz vom 25. Juli 1991 wurde das bundesdeutsche Rentenrecht des Sozialgesetzbuchs VI auf die ostdeutschen Bundesländer ausgeweitet.¹ Zum Stichtag 1. Januar 1992 wurden damit knapp acht Millionen gesetzlich Rentenversicherte und fast vier Millionen Rentner aus der ehemaligen DDR in das bundesdeutsche System übergeleitet.²

Eine der größten Herausforderungen in der Zusammenführung der beiden Rentenversicherungssysteme war die Neuberechnung der ostdeutschen Bestandsrenten nach bundesdeutschem Rentenrecht. Auch wenn die Rentenversicherung der DDR ebenfalls im Umlageverfahren organisiert war, so bestanden deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. So war das Rentenniveau in Ostdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung sehr niedrig.³ Viele Rentner erhielten faktisch Mindestrenten.

Mit dem Rentenüberleitungsgesetz erfolgte die Neuberechnung der Bestandsrenten. Berücksichtigt wurde die Anzahl der Versicherungsjahre und die individuellen Durchschnittseinkommen der letzten zwanzig Jahre. Aufgrund der deutlichen Einkommensunterschiede in Ost und West, mussten die Osteinkommen nachträglich höher bewertet werden.⁴ Damit wurde eine Grund-

¹ Die Analysen sind in dem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt „Die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke in Deutschland: Analysen zu Entstehung und Bestimmungsfaktoren im Lebenslauf“ entstanden, Projekt-Nr. S-2012-613-4.

² Einer der Hauptkritikpunkte war die Teilfinanzierung der wiedervereinigungsbedingten Kosten über die Renten- und Arbeitslosenversicherung. Einen Überblick über die Rentenversicherung im Prozess der Wiedervereinigung gibt Ritter, G. (2011): Die Rentenversicherung im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. In Eichenhofer, E., Rische, H., Schmähl, W. (Hrsg.): Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung SGB VI, S. 67-103. Köln.

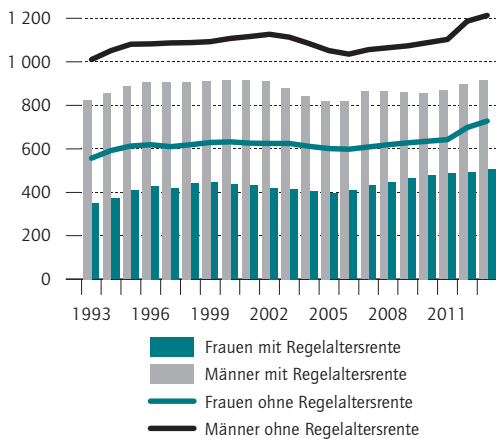
³ Kirner, E., Vortmann, H., Wagner, G. G. (1990): Übergang zum neuen Rentensystem ist schwierig. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 14/1990, 167-171.

⁴ Die Umrechnungswerte zur Höherwertung von Ostentgelten finden sich in der Anlage 10 des SGB VI. Aufgrund der bestehenden Wohlstandsunterschiede in Ost- und Westdeutschland werden die Ostentgelte auch 25 Jahre nach dem Mauerfall noch höher gewertet.

Abbildung 1

Monatliche Durchschnittsrente aller Altersrentner im Rentenzugang West 1995 bis 2012

In Euro (nominal)



Quellen: Deutsche Rentenversicherung Bund (2013): Rentenversicherung in Zeitreihen – DRV-Schriften Band 22. Berlin; Berechnungen des DIW Berlin.

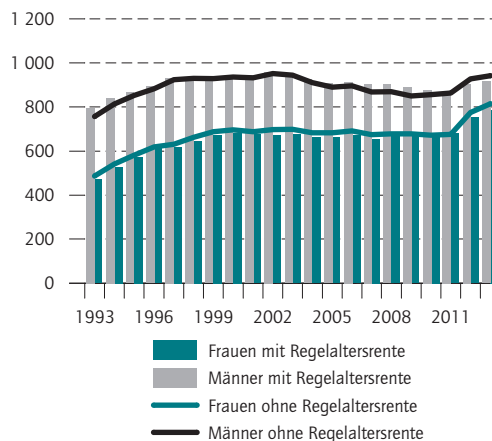
© DIW Berlin 2014

Ein leichter Aufwärtstrend ist in den Rentenzahlbeträgen an westdeutsche Frauen zu beobachten.

Abbildung 2

Monatliche Durchschnittsrente aller Altersrentner im Rentenzugang Ost 1995 bis 2012

In Euro (nominal)



Quellen: Deutsche Rentenversicherung Bund (2013): Rentenversicherung in Zeitreihen – DRV-Schriften Band 22. Berlin; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Renten sind in Ostdeutschland geringer.

lage für die Neuberechnung der Bestandsrenten und für die Berechnung der Rentenzugänge nach der Wiedervereinigung geschaffen. Ziel war es, ein vergleichbares Sicherungsniveau in Ost- und Westdeutschland zu erreichen.

Der vorliegende Artikel zeigt zunächst, wie sich die Höhe der Rentenzahlbeträge aus der gesetzlichen Rentenversicherung seit der Wiedervereinigung für Männer und Frauen in Ost und West entwickelt hat. Inwieweit die bestehenden Ost-West Differenzen auch für zukünftige Rentnergenerationen Bestand haben, wird auf Basis von fortgeschriebenen Daten analysiert.

Entwicklung der Rentenzahlbeträge seit der Wiedervereinigung

Abbildung 1 und Abbildung 2 vergleichen die durchschnittlichen monatlichen Rentenzahlbeträge von Männern und Frauen im Rentenzugang 1993 bis 2013 getrennt nach West- und Ostdeutschland.⁵ Der Rentenzugang schließt alle Personen ein, die in einem Kalenderjahr erstmalig eine Altersrente bezogen haben. Die Säulen in den Abbildungen geben die nominalen Durchschnittswerte für alle Altersrenten eines

Jahres an, bei den Linien werden die Bezieher von Regelaltersrenten ausgeschlossen (Kasten 1). Aufgrund der geringen Zahlbeträge bei Regelaltersrenten haben sie einen entsprechend dämpfenden Einfluss auf die durchschnittliche Rentenhöhe.

Im betrachteten Zeitraum ist es zu keinem nennenswerten Anstieg in den nominalen Durchschnittsrenten westdeutscher Männer gekommen (825 Euro im Jahr 1993 im Vergleich zu 913 Euro im Jahr 2013). Bei westdeutschen Frauen lässt sich hingegen ein Aufwärtstrend, wenn auch auf relativ niedrigem Niveau beobachten. Die Durchschnittsrente stieg von 350 Euro im Jahr 1993 auf 505 Euro im Jahr 2013.⁶ Die geschlechtsspezifische Rentenlücke ist in diesem Zeitraum von rund 58 auf knapp 45 Prozent zurückgegangen.⁷

Bei Ausschluss der Regelaltersrenten⁸, steigen die durchschnittlichen Renten westdeutscher Männer von

⁵ Belastbare Aussagen über die Entwicklung der Rentenzahlbeträge in Ostdeutschland sind erstmalig für das Rentenzugangsjahr 1993 möglich.

⁶ Damit ist es bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von knapp zwei Prozent pro Jahr zu erheblichen Einbußen in den realen Rentenzahlbeträgen gekommen.

⁷ Die geschlechtsspezifische Rentenlücke misst den prozentualen Abstand in den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen aus der gesetzlichen Rentenversicherung von Männern und Frauen. Vgl. Rasner, A. (2006): Das Konzept der geschlechtsspezifischen Rentenlücke. Deutsche Rentenversicherung Band 55, 270–284.

⁸ Im Jahr 2013 gehen 42 Prozent der Frauen in die Regelaltersrente, bei den Männern sind es hingegen nur knapp 32 Prozent.

Kasten 1

Glossar Rentenbegriffe

Entgeltpunkte: Für die in der gesetzlichen Rentenversicherung zurückgelegten Zeiten werden für die Berechnung der Rentenhöhe Entgeltpunkte ermittelt, in denen der individuelle Verdienst des einzelnen Versicherten durch den Durchschnittsverdienst aller Beitragszahler geteilt wird. Dabei erhält man für ein Jahr mit einem durchschnittlichen Verdienst einen Entgeltpunkt. Hat man nur für die Hälfte des Durchschnittsverdienstes Beiträge gezahlt, erhält man 0,5 Entgeltpunkte. Weitere Entgeltpunkte ergeben sich gegebenenfalls aus weiteren rentenrechtlichen Zeiten, wie zum Beispiel Zeiten der Kindererziehung. Aufgrund der fortbestehenden Lohnunterschiede in Ost- und Westdeutschland werden die in Ostdeutschland erworbenen Entgeltpunkte mit einem Umrechnungsfaktor angehoben (vgl. Anlage 10 SGB VI).

Regelaltersrente: Die Altersgrenze für die Regelaltersrente wird schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Für die im Jahr 1949 Geborenen liegt die Altersgrenze bei 65 und drei Monaten. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Regelaltersrente sind gering. Versicherte müssen lediglich eine Wartezeit von fünf Jahren erfüllen. Die Gruppe der Regelaltersrentner ist sehr heterogen. Zum einen kann es sich um Beamte handeln, die vor der Verbeamtung für wenige Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und damit die Anspruchsvoraussetzungen für die Regelaltersrente erfüllt haben. Zum anderen beziehen häufig westdeutsche Frauen mit geringer Erwerbsbeteiligung eine Regelaltersrenten. Aufgrund der relativ kurzen Versicherungszeiten sind die Regelaltersrenten sehr niedrig. In der Berechnung der Durchschnittswerte für alle Altersrenten wirken die Zahlungsbeträge für Regelaltersrenten entsprechend dämpfend.

1 010 Euro im Jahr 1993 auf 1213 Euro im Jahr 2013, die der Frauen im gleichen Zeitraum von 558 auf 728 Euro. Die geschlechtsspezifische Rentenlücke geht bei dieser Betrachtungsweise nur unwesentlich von 45 auf 40 Prozent zurück. Diese unterschiedlichen Befunde sind auf den hohen Anteil von Beziehern von Regelaltersrenten unter den westdeutschen Frauen zurückzuführen, die aufgrund ihrer geringen Erwerbsbeteiligung wesentlich seltener die Anspruchsvoraussetzungen für die vorgezogene Altersrente, wie zum Beispiel die *Altersrente für Frauen* erfüllen.

Im Vergleich aller Altersrentner gegenüber Altersrentnern ohne Regelaltersrenten sind die Unterschiede

de in Ostdeutschland weniger ausgeprägt. Für beide Geschlechter lässt sich ein Anstieg in den nominalen Durchschnittsrenten von 1993 bis 2013 beobachten. Für ostdeutsche Männer steigen die durchschnittlichen Renten leicht von 794 auf 915 Euro, für Frauen in Ostdeutschland sogar von 471 auf 786 Euro. Die geschlechtsspezifische Rentenlücke verringert sich zwischen 1993 und 2013 von 41 Prozent auf 14 Prozent. Die großen Unterschiede in den Rentenzahlungsbeträgen ostdeutscher Männer und Frauen kurz nach der Wiedervereinigung überraschen, waren die Bemühungen um die Gleichstellung der Frau in der ehemaligen DDR insgesamt weiter fortgeschritten als in der BRD. Dies galt allerdings nicht für die ostdeutschen Frauen, die in den Nachwendejahren in den Ruhestand gingen. Viele der Frauen hatten keine Berufsausbildung und verdienten deutlich weniger als ostdeutsche Männer. Außerdem musste ein Großteil der Frauen ihre Erwerbstätigkeit für die Kindererziehung unterbrechen.⁹ Von der Gleichstellung profitierten demnach eher die jüngeren Geburtsjahrgänge. Für diese Jahrgänge wurde in der ehemaligen DDR die Vollzeitberufstätigkeit von Männern und Frauen aktiv gefördert und durch den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuung unterstützt.¹⁰ Folglich sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede für die jüngsten Rentenzugänge deutlich geringer als in Westdeutschland.

Während der Anstieg bei Männern in Ost und West im Beobachtungszeitraum eher moderat war, holen west- und ostdeutsche Frauen bezogen auf ihre durchschnittlichen Renten auf. Während in Ostdeutschland die geschlechtsspezifische Rentenlücke deutlich reduziert wurde, schließt sich die Lücke in Westdeutschland nur langsam und bleibt weiterhin groß. Bezogen auf die Ost-West Unterschiede lässt sich 25 Jahre nach dem Mauerfall feststellen, dass Männer in Ost- und Westdeutschland in der wichtigsten Säule des deutschen Alterssicherungssystems im Durchschnitt auf ein vergleichbares Niveau kommen, während die Renten ostdeutscher Frauen, die der westdeutschen deutlich über treffen. Die gesetzliche Rente allein ist jedoch kein Indikator für die materielle Absicherung im Alter. Werden darüber hinaus Renten aus der betrieblichen und privaten Alterssicherung berücksichtigt, liegt das verfügbare Einkommen westdeutscher Rentner deutlich höher, da die Zusatzsysteme in Ostdeutschland weiterhin weniger verbreitet sind.¹¹ Zudem würden die geschlechts-

⁹ Trappe, H. (2007): Lost in Transformation? Disparities of Gender and Age. In: Diewald, M., Goedicke, A., Mayer, K. U. (Hrsg.): After the Fall of the Wall: Life Courses in the Transformation of East Germany. Stanford, 116-139.

¹⁰ Hanel, B. und Riphahn, R. T. (2012): The Employment of Mothers – Recent Developments and their Determinants in East and West Germany. Journal of Economics and Statistics 232(2), 146-176.

¹¹ Kortmann, K., Heien, T. (2012): Alterssicherung in Deutschland 2011 (ASID 2011) – Zusammenfassender Bericht. München: TNS Infratest Sozialforschung.

spezifischen Unterschiede vor allem in Westdeutschland deutlich zunehmen, da Frauen seltener und insgesamt niedrigere Anwartschaften in der betrieblichen und privaten Alterssicherung haben.

Gründe für die geschlechtsspezifische Rentenlücke sind vielfältig

In der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) beginnt die Akkumulation von Rentenanswartschaften für abhängig Beschäftigte typischerweise mit der ersten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und endet mit dem Übergang in die Rente. Da Beiträge vor allem aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bezahlt werden, gilt die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland als erwerbszentriert. Dennoch können auch bestimmte Formen der Nichterwerbstätigkeit Rentenanswartschaften begründen, beispielsweise Phasen der Ausbildung, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung und der nichterwerbsmäßigen Pflege von Angehörigen. Diese Maßnahmen des sozialen Ausgleichs haben zum Ziel bestimmte Lücken im Erwerbsverlauf zu schließen und die nachteiligen Auswirkungen vorübergehender Nichterwerbstätigkeit abzumildern. Im Durchschnitt profitieren Frauen von dieser rentenrechtlichen Anerkennung von Nichterwerbstätigkeit in stärkerem Maße als Männer.¹²

Die Ursachen für die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Renten sind vielfältig. In der Phase des Berufseinstiegs unterscheiden sich Männer und Frauen hinsichtlich ihrer Berufs- und Studienfachwahl, wobei Männer häufiger Berufe und Studienfächer wählen, die mit durchschnittlich höheren Gehaltsniveaus und Gehaltssteigerungen einhergehen.¹³ Männer und Frauen unterscheiden sich auch hinsichtlich der erzielten Bildungsrenditen. Das heißt, selbst wenn Frauen sich für den gleichen Beruf wie ihre männlichen Kollegen entscheiden, verdienen sie durchschnittlich weniger.¹⁴

Die in Deutschland ausgeprägten Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen¹⁵ tragen in einem vor-

rangig auf Erwerbsarbeit basierenden Rentensystem maßgeblich zur Entstehung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke bei. Die Lohnunterschiede sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass Frauen deutlich häufiger als Männer im Niedriglohnbereich¹⁶ beschäftigt sind. Außerdem arbeiten mehr Frauen in Teilzeit mit entsprechend geringeren Verdiensten oder in Minijobs,¹⁷ aus denen sich im Normalfall keine Rentenanswartschaften ableiten.¹⁸ Neben der schwächeren Arbeitsmarktanbindung, unterbrechen Frauen ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger, vor allem um Aufgaben der Kindererziehung und Pflege zu übernehmen.¹⁹ Einerseits kann die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit Ausdruck individueller Präferenzen sein, andererseits aber auch das Ergebnis unzureichender Kinderbetreuungs- und Pflegeangebote. Teilzeit und Minijobs bieten Frauen daher oftmals die nötige Flexibilität, um Erwerbstätigkeit und Familie miteinander vereinbaren zu können. Das geringere Arbeitsangebot von Frauen kann aber auch Folge des Ehegattensplittings sein, das insbesondere dann steuerlich vorteilhaft ist, wenn ein Ehepartner – meist der Ehemann – ein hohes Gehalt erzielt und der andere Ehepartner – meist die Ehefrau – wenig oder gar keine Einkünfte steuerlich geltend macht.²⁰

Auch am Ende des Erwerbslebens in der Phase des Rentenübergangs wächst die geschlechtsspezifische Rentenlücke. Beispielsweise tendieren Ehepartner dazu, zum gleichen Zeitpunkt in den Ruhestand zu gehen.²¹ Da Ehefrauen häufig einige Jahre jünger als ihre Ehemänner sind, müssen sie entsprechend höhere rentenrechtliche Abschläge in Kauf nehmen.²² Zudem ist ein großer Anteil von Frauen in der späten Erwerbsphase

¹² Für eine Diskussion der Wirksamkeit von ehe- und familienbezogenen Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung vgl. Buslei, H., Haan, P., Ochmann, R., Rürup, B. (2014): Ehe- und familienbezogene Leistungen in der Alterssicherung: Wichtig für die wirtschaftliche Stabilität von Familien. DIW Wochenbericht Nr. 23/2014.

¹³ Gundert, S., Mayer, K. U. (2012): Gender Segregation in Training and Social Mobility of Women in West Germany. *European Sociological Review* 28(1), 59-81; Smyth, E., Steinmetz, S. (2008): Field of Study and Gender Segregation in European Labour Markets. *International Journal of Comparative Sociology* 49(4-5), 257-281.

¹⁴ Glocker, D., Storck, J. (2014): Risks and Returns to Educational Fields – a Financial Asset Approach to Vocational and Academic Education. *Economics of Education Review* 42, 109-129.

¹⁵ OECD (2012): Closing the Gender Gap. Paris.

¹⁶ Kalina, T., Weinkopf, C. (2010): Niedriglohnbeschäftigung 2008: Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. *IAQ-Report* 2010/06.

¹⁷ Voss, D., Weinkopf, C. (2012): Niedriglohnfall Minijob. *WSI Mitteilungen*, 1/2012, 5-12.

¹⁸ Seit dem 1. Januar 2013 unterliegen Minijobs der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung. Beschäftigte in Minijobs können sich allerdings jederzeit von dieser Pflicht befreien. Der Gesetzgeber beabsichtigte damit eine verbesserte Absicherung dieser prekären Beschäftigungsverhältnisse. Allerdings macht der Großteil der Minijobber von der Befreiung Gebrauch.

¹⁹ Boll, C. (2011): Lohneinbußen von Frauen durch geburtsbedingte Erwerbsunterbrechungen. Der Schattenpreis von Kindern und dessen mögliche Auswirkungen auf weibliche Spezialisierungsentscheidungen im Haushaltszusammenhang. Eine quantitative Analyse auf Basis von SOEP-Daten. Frankfurt am Main.

²⁰ Steiner, V., Wrohlich, K. (2008): Introducing Family Tax Splitting in Germany: How Would It Affect the Income Distribution, Work Incentives and Household Welfare? *Finanzarchiv* 64 (1), 115-142.

²¹ Coppola, M., Wilke, C. B. (2010): How Sensitive Are Subjective Retirement Expectations to Increases in the Statutory Retirement Age? The German Case. *MEA Working Paper Series No. 207-2010*, Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.

²² Brüssig, M. (2010): Fast Die Hälfte aller neuen Altersrenten mit Abschlägen – Quote weiterhin steigend: Probleme mit dem Anstieg der Altersgrenzen vor allem bei Arbeitslosen, aber auch bei Erwerbstätigen. *Altersübergangs-Report*, Nr. 2010-01, Duisburg: Institut Arbeit und Qualifikation.

Kasten 2

Statistische Datenfusion und Fortschreiben der Datenbasis

Datengrundlage für diesen Bericht ist ein per *statistischer Datenfusion* zusammengefügt Datensatz; dazu dienen die anonymisierten Daten des von TNS Infratest für Sozialforschung für das DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP)¹ und die anonymisierte Versicherungskontenstichprobe (VSKT) des Forschungsdatenzentrums der Deutschen Rentenversicherung (FDZ-RV) für die Geburtsjahrgänge 1936 bis 1965.² Im Gegensatz zum sogenannten *Record Linkage*, das identische Beobachtungen in zwei Datenquellen über eine eindeutige Identifikationsnummer miteinander verknüpft, werden bei der hier vorgenommenen *Datenfusion* „statistische Zwillinge“ auf Basis von in beiden Datensätzen enthaltenen sozio-demographischen Merkmalen miteinander verbunden. Die Identität der Personen ist zu keinem Zeitpunkt bekannt. Vielmehr werden Datensätze zusammengefügt, die möglichst ähnliche Merkmale aufweisen.

Ziel der Datenfusion ist es, die inhaltliche Tiefe und Komplexität des SOEP, das Informationen zum Haushaltskontext, zur Bildungs- und Erwerbsbiographie sowie zu verschiedenen Einkommens- und Vermögensarten (unter anderem Renteneinkommen aus privater und betrieblicher Alterssicherung) enthält, mit den detaillierten Längsschnittinformationen zu den GRV-Rentenanwartschaften und Versicherungszeiten in der VSKT zu verbinden.

Um die Alterseinkommen der Babyboomer mit den Einkommen der Vorgängerkohorten vergleichen zu können, kommt das im DIW Berlin entwickelte LAW-Life-Fortschreibungsmodell zur Anwendung,

das die individuellen Erwerbs-, Familien- und Einkommensbiographien der drei Analysekohorten bis zu einem Alter von 67 Jahren konsistent fortschreibt.³ Das heißt für Jüngere werden die zu erwartenden Anwartschaften für Altersvorsorge bis zum vollendeten 67. Lebensjahr „aufgefüllt“. Für die im Jahr 2007 66-Jährigen ist das nur ein Jahr; für 42-Jährige sind es 25 Jahre, die aufgefüllt werden.

Im Gegensatz zu modellbasierten Fortschreibungsansätzen, welche zukünftige Ereignisse Jahr für Jahr simulieren, werden im LAW-Life Fortschreibungsmodell zusammenhängende Sequenzen von Lebensläufen fortgeschrieben. Dabei werden die vollständig beobachteten Biographien älterer Geburtsjahrgänge (*Spender*) basierend auf der Ähnlichkeit von erwerbs- und familienbiografischer Angaben (Anzahl der Jahre in 1. Ehe, Alter bei Geburt des 2. Kindes, Anzahl der Jahre in Arbeitslosigkeit, etc.) sowie altersspezifischer Rentenanwartschaften in Ost- und Westdeutschland zur sequentiellen Fortschreibung der unvollständigen Biographien jüngerer Geburtsjahrgänge genutzt (*Empfänger*). Durch diese Methode kommt es nicht zu unterkomplexen Lebensläufen, wie es bei modellbasierten Imputationen häufig der Fall ist. Vielmehr wird die Vielfalt an Lebensläufen in der Datenbasis voll nachgebildet.

In dem hier verwendeten Fortschreibungsmodell werden sowohl Kohorteneffekte als auch die Mortalität der Untersuchungspopulation nicht berücksichtigt. Ökonomische Rahmenbedingungen werden zum Stichtag 2007 konstant gehalten. Veränderungen in der rentenrechtlichen Anerkennung von Arbeitslosigkeit können bislang ebenfalls nicht adäquat berücksichtigt werden, so dass die hier vorgenommene Abschätzung eher optimistisch einzuschätzen ist.

¹ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird, vergleiche Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *StA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* Bd. 2, Heft 4, 301–328.

² Vgl. Rasner, A., Frick, J. R., Grabka, M. M. (2013): Statistical Matching of Administrative and Survey Data: An Application to Wealth Inequality Analysis. *Sociological Methods & Research* 42(2): 192–224.

³ Vgl. Westermeier, C., Rasner, A., Grabka, M. G. (2012): The Prospects of the Baby Boomers: Methodological Challenges in Projecting the Lives of an Aging Cohort. *SOEP Papers* Nr. 440, DIW Berlin.

(zwischen dem 58. und 65. Lebensjahr) gar nicht mehr am Arbeitsmarkt aktiv.²³

Die oben genannten Gründe treffen auf Frauen in West- und Ostdeutschland in unterschiedlichem Maße zu. Zum einen wurde die Vollzeiterwerbstätigkeit ostdeut-

scher Frauen gezielt gefördert. Außerdem gab es große Ost-West-Unterschiede in den Kinderbetreuungsmöglichkeiten und den Einstellungen zur nicht-elterlichen Betreuung, die auch 25 Jahre nach Mauerfall, wenn auch im geringeren Ausmaß noch fortbestehen.²⁴ Außerdem liegt die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ostdeutscher Frauen wesentlich höher als die der Westdeut-

²³ Rasner, A., Etgeton, S. (2014): Rentenübergangspfade: Reformen haben großen Einfluss. *DIW Wochenbericht* Nr. 19/2014.

²⁴ Vgl. den 3. Bericht in dieser Ausgabe.

schen.²⁵ Die daraus resultierenden höheren Einkommen führen zu geringeren Vorteilen beim Ehegattensplitting.

Zukünftige Entwicklung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke

Ob die Unterschiede in den Renten von Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland auch zukünftig Bestand haben, wird in einem Kohortenvergleich untersucht. Hierzu wird der Aufbau von Rentenanwartschaften zwischen dem 15. und 58. Lebensjahr auf Basis von Modellrechnungen getrennt nach Geburtskohorten verglichen.²⁶ Im Mittelpunkt des Interesses stehen die zwischen 1956 und 1965 geborenen Jahrgänge der Babyboomer. Sie werden mit zwei Vorgängerkohorten verglichen: Die 1936 bis 1945 Geborenen (Kriegskohorte), die fast vollständig in den Ruhestand übergegangen sind und die 1946 bis 1955 Geborenen (Nachkriegskohorte), für die der Übergang in den Ruhestand unmittelbar bevorsteht.

Um den Aufbau von Rentenanwartschaften im Lebenslauf und die Entwicklung für zukünftige Rentner zu berechnen, wird ein mit Hilfe einer statistischen *Datenfusion* zusammengeführter Datensatz aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und der Versicherungskontenstichprobe (VSKT) analysiert (Kasten 2). Angaben zu den Rentenanwartschaften liegen für den jüngsten Jahrgang der Babyboomer bis zum 42. Lebensjahr vor für den ältesten bis zum 51. Lebensjahr vor. Die Zeit bis zum erwarteten Ruhestand wird auf Basis eines Fortschreibungsmodells vervollständigt, um die im Erwerbsleben akkumulierten Rentenanwartschaften mit früheren Kohorten vergleichbar zu machen.

Die Babyboomer unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von der heutigen Rentnergeneration. Es sind jene Jahrgänge, für die man einen deutlichen Anstieg in der Erwerbstätigkeit und Erwerbsorientierung von Frauen – vor allem in Westdeutschland erkennen kann. Die ostdeutschen Babyboomer waren hingegen verstärkt von der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in den Nachwendejahren betroffen.²⁷ Es sind die Kohorten, die heute, in Folge der Bildungsexpansion der 1970er Jahre, über höhere formale Bildungsabschlüsse verfügen als die Nachkriegsgeneration. Sie sind aber auch jene Jahrgänge, die deut-

lich häufiger Trennung und Scheidung im Lebenslauf erlebt haben.²⁸ Außerdem zählte der nahende Renteneintritt der Babyboomer neben dem allgemeinen Anstieg der Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten zu den Motiven für die weitreichenden Reformen der vergangenen Jahrzehnte, die das System der Alterssicherung in Deutschland grundlegend verändert haben.

Zunächst wird der Aufbau der Rentenanwartschaften zwischen dem 15. und 58. Lebensjahr ausschließlich aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getrennt nach Kohorten untersucht. In einem zweiten Schritt werden dann Anwartschaften aus sämtliche rentenrechtlich-relevanten Tatbeständen berücksichtigt. Für ostdeutsche Männer deutet sich ein dramatischer Rückgang in den Rentenanwartschaften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Vergleich der Kohorten an (Abbildung 3). Während ostdeutsche Männer der Kriegskohorte bis zum 58. Lebensjahr durchschnittlich 35 Entgeltpunkte erzielten, werden für die Babyboomer lediglich 25 Entgeltpunkte vorhergesagt. Gemessen am aktuellen Rentenwert Ost (derzeit 26,39 Euro) entspricht das einer im Schnitt 264 Euro geringeren monatlichen Rente. Eine Ursache für diesen Befund ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in den Nachwendejahren. Auch für ostdeutsche Frauen zeigt sich ein Rückgang in den Rentenanwartschaften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, allerdings in geringerem Ausmaß. Frauen der Kriegskohorte erreichten bis zum 58. Lebensjahr 25 Entgeltpunkte. Für die ostdeutschen Babyboomer-Frauen wird ein Wert von 21,5 Entgeltpunkten vorhergesagt. Gemessen am aktuellen Rentenwert Ost entspricht das einer um 93 Euro geringeren Rentenzahlung. In Folge dieser Entwicklung wird die geschlechtsspezifische Rentenlücke damit kleiner und geht von 28 Prozent in der Kriegskohorte auf 15 Prozent in der Babyboomer-Kohorte zurück. Dieser Rückgang ist aber weniger das Ergebnis steigender Rentenanwartschaften bei den Frauen, als vielmehr Folge deutlicher Einbußen bei den ostdeutschen Männern.

Auch für westdeutsche Männer lässt sich ein Rückgang in den akkumulierten Rentenanwartschaften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Vergleich der Kohorten beobachten. Die westdeutschen Männer der Kriegskohorte weisen im Durchschnitt noch ein wesentlich höheres Niveau auf und der Rückgang bei der Babyboomer-Kohorte ist insgesamt moderater. Gemessen am aktuellen Rentenwert West (entspricht 28,61 Euro) liegt die Rentenanwartschaft der Babyboomer 105 Euro niedriger. Westdeutsche Frauen holen entgegen der Erwartung kaum gegenüber den Männern

²⁵ Vgl. den 4. Bericht in dieser Ausgabe.

²⁶ Der Aufbau von Rentenanwartschaften wird nur bis zum 58. Lebensjahr betrachtet, da Prognosen über den Rentenübergang der Babyboomer mit hoher statistischer Unsicherheit behaftet sind. Die hier ausgewiesenen durchschnittlichen Rentenanwartschaften sind damit niedriger als die zu erwartenden Gesamtanwartschaften bei Renteneintritt. Außerdem erfolgt bei Renteneintritt noch die sogenannte Gesamtleistungsbewertung in der beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten bewertet werden. Diese Gesamtleistungsbewertung wirkt sich rentensteigernd aus.

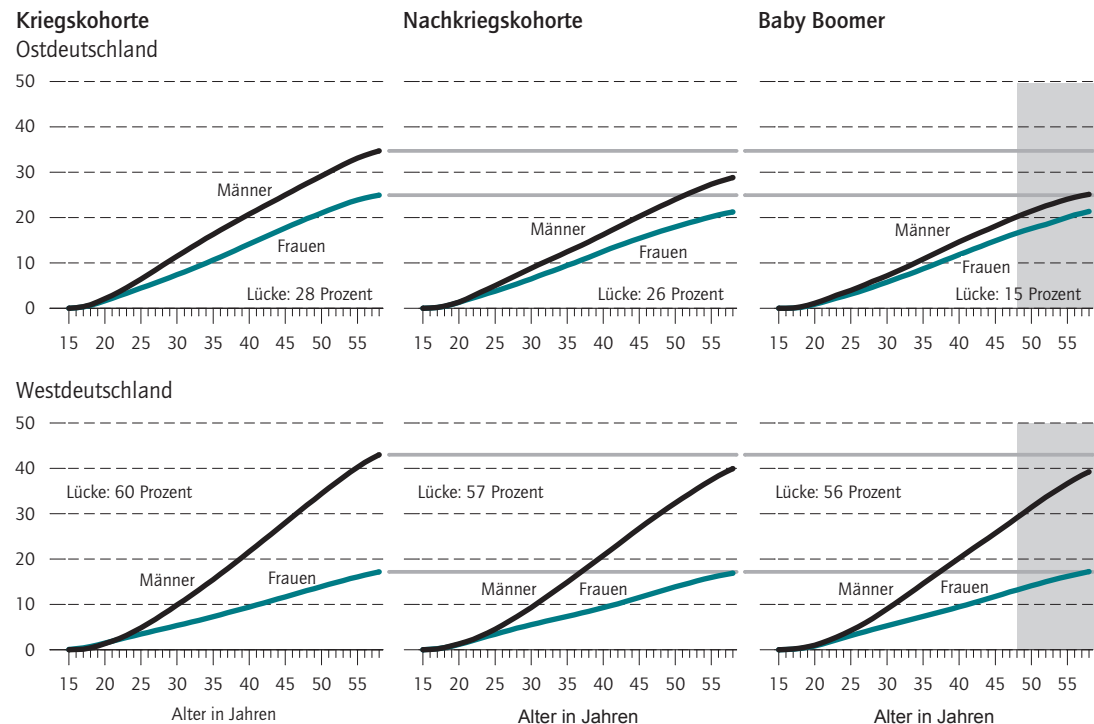
²⁷ Simonson, J., Kelle, N., Romeu Gordo, L., Grabka, M. M., Rasner, A., Westermeier, C. (2012): Babyboomer: Mehr Brüche im Erwerbsleben, weniger Rente. DIW Wochenbericht Nr. 23/2012.

²⁸ Grünheid, E. (2013): Ehescheidungen in Deutschland: Entwicklungen und Hintergründe. BiB Working Paper 1/2013, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Abbildung 3

Rentenanwartschaften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

Summe der Entgeltpunkte



Der graue Bereich markiert den Fortschreibungszeitraum. Die graue Linie markiert das Ausgangsniveau in der Kriegskohorte. Dauerhaft Selbstständige und Beamte sowie Migranten sind aus der Berechnung ausgeschlossen.

Quelle: SOEP v.27; SUF-VSKT-LAW-2007, LAW-Life Projektion; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Rentenanwartschaften aus Beschäftigung werden geringer.

auf. Die Rentenanwartschaften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stagnieren im Vergleich von Kriegskohorte und Babyboomern auf konstant niedrigem Niveau. Die geschlechtsspezifische Rentenlücke sinkt damit zwar geringfügig von 60 Prozent auf 56 Prozent, was aber ebenfalls eine Folge der rückläufigen Anwartschaften bei den westdeutschen Männern ist. Ein differenzierterer Blick auf die Erwerbsbiographien westdeutscher Frauen zeigt, dass die Anzahl der Jahre Vollzeitbeschäftigung im Erwerbsverlauf rückläufig ist, wohingegen die Beschäftigung in Teilzeit und Minijobs für die westdeutschen Babyboomer-Frauen zunimmt. In diesen Beschäftigungsverhältnissen werden wie erwähnt im Fall von Teilzeit nur geringe und im Fall von Minijobs in der Regel keine Rentenanwartschaften generiert.

Im Folgenden wird der Aufbau von Rentenanwartschaften zwischen dem 15. und 58. Lebensjahr für sämtliche rentenrechtlich relevanten Tatbestände verglichen. Dazu zählen auch Ausbildungszeiten, Kindererziehung, nicht-erwerbsmäßige Pflege, Arbeitslosigkeit oder Krankheit.

Die Bewertung dieser Zeiten ändert sich im Zeitverlauf. Beispielsweise erhalten Frauen für jedes vor 1992 geborene Kind nach heutigem Rechtsstand zwei Jahre Kindererziehungszeiten, für jedes nach 1992 geborene Kind drei Jahre.²⁹

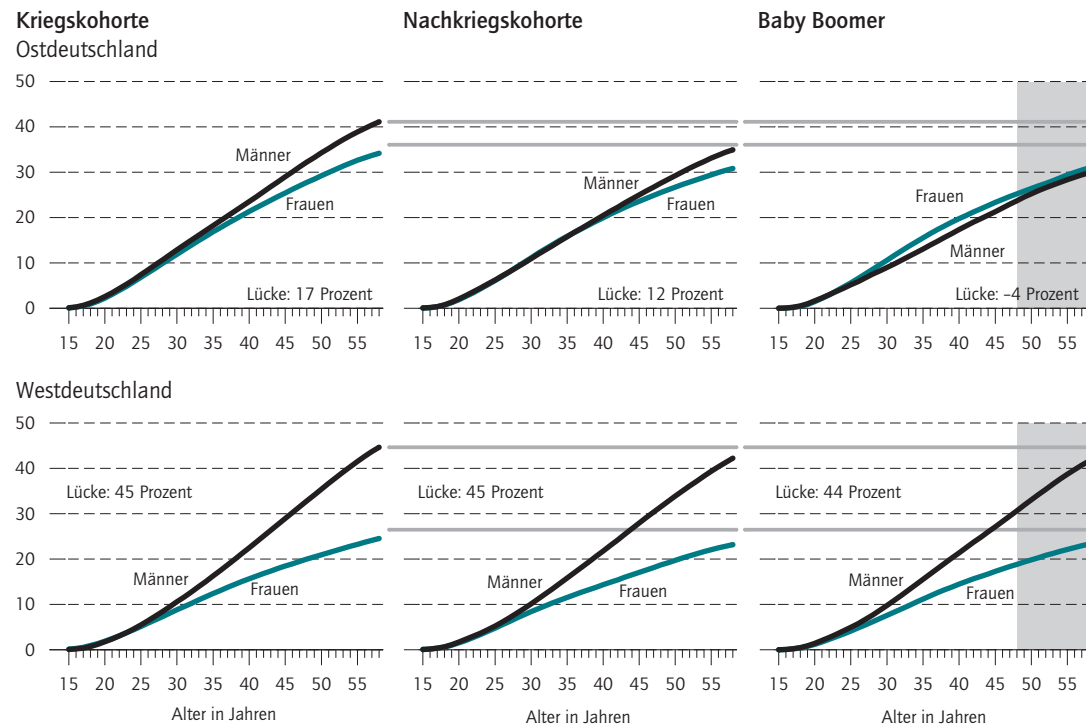
Der deutliche Rückgang in den Rentenanwartschaften ostdeutscher Männer verstärkt sich noch weiter, wenn sämtliche rentenrechtlich-relevanten Tatbestände berücksichtigt werden. Im Vergleich von der Kriegskohorte zu den Babyboomern sinken die Anwartschaften von 41 auf 30 Entgeltpunkte (Abbildung 4). Gemessen am aktuellen Rentenwert Ost entspricht das einer um 290 Euro geringeren monatlichen Rente. Für ostdeutsche Frauen sind die durchschnittlichen Rentenanwartschaften aus sämtlichen rentenrechtlich-relevanten Tatbeständen ebenfalls

²⁹ Mütter von vor 1992 geborenen Kindern erhalten erst seit 2014 zwei Jahre Kindererziehungszeiten gutgeschrieben. Die Anhebung (die sogenannte *Mütterrente*) war Teil des Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, das zum 1. Juli 2014 in Kraft getreten ist.

Abbildung 4

Rentenanwartschaften aus allen rentenrechtlich relevanten Tätigkeiten

Summe der Entgeltpunkte



Der graue Bereich markiert den Fortschreibungszeitraum. Die graue Linie markiert das Ausgangsniveau in der Kriegskohorte. Dauerhaft Selbständige und Beamte sowie Migranten sind aus der Berechnung ausgeschlossen.

Quelle: SOEP v.27; SUF-VSKT-LAW-2007, LAW-Life Projektion; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Westdeutsche Frauen können den Abstand zu den Männern nur geringfügig verändern.

rückläufig. Kamen Frauen in der Kriegskohorte noch auf mehr als 34 Entgeltpunkte im 58. Lebensjahr, waren es bei den Babyboomern nur noch 31 Entgeltpunkte. Der Rückgang fällt damit wesentlich moderater aus. Berücksichtigt man die gesamten Rentenanwartschaften, gelingt es den ostdeutschen Frauen in der Babyboomer-Kohorte damit sogar die ostdeutschen Männer bezogen auf die durchschnittlichen Entgeltpunkte zu überholen.

In Westdeutschland ist die geschlechtsspezifische Rentenlücke bei Betrachtung aller Anwartschaften im Vergleich zu den Rentenanwartschaften aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zwar weniger markant ausgeprägt. Die Abstände zwischen Männern und Frauen sind aber weiterhin groß. Für die westdeutschen Babyboomer Männer wird ein Rückgang der Rentenanwartschaften um 3 Entgeltpunkte (von 44,5 auf 41,5 Entgeltpunkte) gegenüber der Kriegskohorte vorhergesagt. Westdeutsche Frauen der Babyboomer-Kohorte verlieren gegenüber denen der Kriegskohorte im Schnitt einen Entgeltpunkt (von 24,5 auf 23,5 Entgeltpunkte). Auch

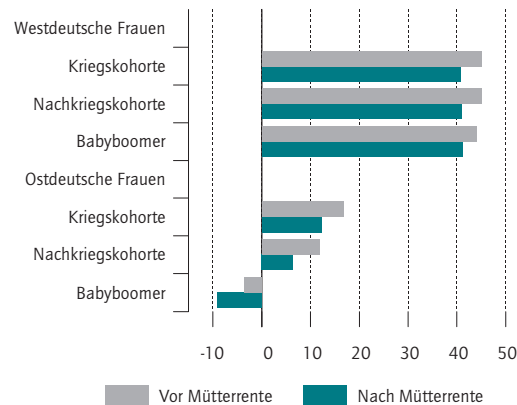
wenn der Rückgang für die westdeutschen Frauen über alle Gruppen hinweg am geringsten ausfällt, so erzielen sie weiterhin die mit Abstand geringsten Rentenanwartschaften zwischen dem 15. und 58. Lebensjahr. Die geschlechtsspezifische Rentenlücke in Westdeutschland bleibt mit 44 Prozent nahezu unverändert.

Die zum 1. Juli 2014 in Kraft getretene *Mütterrente* ist in den Berechnungen noch nicht berücksichtigt, kann aber auf Basis der vorhandenen Daten approximiert werden. Frauen der Kriegs- und Nachkriegskohorte profitieren in stärkerem Maße von der Mütterrente, da sie durchschnittlich mehr Kinder zur Welt gebracht haben und ihre Kinder meist vor 1992 geboren wurden. Abbildung 5 zeigt, welche Auswirkungen die verbesserte Anerkennung von Kindererziehung auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Rentenanwartschaften hätten. In Westdeutschland verkleinert sich der Abstand zwischen Männern und Frauen der Babyboomer-Kohorte von 44 auf 41 Prozent. In Ostdeutschland vergrößern Frauen den Abstand zu den Männern und haben

Abbildung 5

Geschlechtsspezifische Rentenlücke vor und nach der Mütterrente

In Prozent



Quelle: SOEP v.27; SUF-VSKT-LAW-2007, LAW-Life Projektion; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Ostdeutsche Frauen der Babyboomer-Kohorte überholen die Männer.

in der Babyboomer-Kohorte neun Prozent höhere Rentenanwartschaften.

Auch wenn die verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder aus Gerechtigkeitserwägungen eingeführt wurde, geht damit speziell in Westdeutschland keine substantielle Veränderung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke einher.

Fazit

Vor 25 Jahren wurden vier Millionen Rentner und acht Millionen Versicherte aus dem Rentensystem der ehemaligen DDR in ein gesamtdeutsches System integriert.

Anika Rasner ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel am DIW Berlin | arasner@diw.de

Trotz der weiterhin bestehenden institutionellen Unterschiede zwischen den Gebietsständen Ost und West, dem nach wie vor unterschiedlichen Rentenwert und dem Transferbedarf Ostdeutschlands kann die Integration des ostdeutschen Rentensystems als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Die Analysen haben gezeigt, dass die gesetzlichen Renten von ost- und westdeutschen Männern im Durchschnitt auf ähnlichem Niveau liegen. Aufgrund ihrer seit den 50er Jahren deutlich höheren Erwerbsbeteiligung übertreffen die Renten der ostdeutschen Frauen, die der westdeutschen deutlich.

Die Entwicklung der Rentenanwartschaften zukünftiger Rentnergenerationen ist im Hinblick auf die Lebensstandardsicherung und die Vermeidung von Altersarmut besorgniserregend. Mit Ausnahme der westdeutschen Frauen für die nur unwesentliche Veränderungen in den Rentenanwartschaften im Vergleich der Kohorten vorhergesagt werden, sind die Rentenanwartschaften für alle anderen Gruppen rückläufig. Besonders dramatisch ist der Rückgang für die ostdeutschen Männer der Babyboomer, die am stärksten von der hohen Arbeitslosigkeit in den Nachwendejahren und den Strukturveränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt betroffen waren. Aber auch für die westdeutschen Frauen wird es auf absehbare Zeit keine substantiell positive Entwicklung geben. Ihre Rentenanwartschaften sind und werden vermutlich auch in Zukunft auf ausgesprochen niedrigem Niveau bleiben. Auch wenn die gesetzliche Rente allein kein Indikator für die materielle Absicherung im Alter ist, so sind die Rentenanwartschaften der westdeutschen Frauen so gering, dass ein Großteil von ihnen im Alter auf andere Einkommensquellen oder eine Absicherung im Haushaltskontext angewiesen sind. In Zeiten hoher Scheidungsraten wird die Absicherung im Haushaltskontext durch die höheren Renten des Ehemanns aber immer unsicherer.

PENSION GENDER GAP IN EASTERN AND WESTERN GERMANY SINCE REUNIFICATION

Abstract: Now, 25 years after the fall of the Wall, eastern and western German men are receiving similar state pensions, a main pillar in the system of old age provision in Germany. In contrast, the average pension paid to eastern German women far exceeds that of their western German counterparts. A cohort comparison shows a narrowing of the gender gap when it comes to pension entitlements in eastern Germany. This decline is less a result of higher pension entitlements among eastern German women and more a consequence of significant losses among eastern German men. In western Germany, however, the pension

gender gap will remain consistently high throughout the cohort comparison. Western German women born in the baby boom years have only managed to narrow the gender gap to a limited extent despite their increasing labor participation.

The present analysis first compares the development of average pension payments received by pensioners in eastern and western Germany who retired between 1993 and 2013. A cohort comparison analyzes the extent to which the existing east-west differences, particularly among women, are likely to continue into the future.

JEL: J14, J16, J26

Keywords: Statutory pension insurance, East-West comparison, Babyboomer, SOEP, projection

Trends in der Kinderbetreuung – sozioökonomische Unterschiede verstärken sich in Ost und West

Von Pia S. Schober und Juliane F. Stahl

In Ostdeutschland wurde vor der Wende durch eine weitreichende Verfügbarkeit von Kindertagesbetreuung eine rasche Rückkehr von Müttern in die Erwerbstätigkeit gefördert. In Westdeutschland existierte kaum institutionelle Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige, und Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre wurde der Erziehungsurlaub schrittweise auf bis zu drei Jahre nach einer Geburt ausgeweitet. Seit 2005 wurde im vereinten Deutschland die Kindertagesbetreuung stark ausgeweitet, vor allem um Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Trotz dieser neueren Trends werden Kinder unter drei Jahren in Ost- und Westdeutschland immer noch sehr unterschiedlich betreut. Wir gehen der Frage nach, wie sich die Nutzung von Kindertagesbetreuung („Kitas“) und von informeller Betreuung durch Verwandte oder Babysitter für diese Altersgruppe seit den 90er Jahren in Ost- und Westdeutschland verändert hat. Insbesondere untersuchen wir, ob sich im Zuge des Ausbaus von Kindertagesbetreuung in den letzten Jahren die sozioökonomischen Unterschiede in der Inanspruchnahme verschiedener Formen von Kinderbetreuung vergrößert haben und inwiefern dies auf Ost- und Westdeutschland zutrifft. Analysen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen dass seit 2006 in Westdeutschland die Wahrscheinlichkeit eines Kita-Besuchs für Kinder von Müttern mit Hochschul- oder Berufsabschluss und für alleinerziehende Mütter deutlich stieg. Unter Kindern, deren Mütter niedrige Bildung haben oder deren Eltern von Armut bedroht sind, war der Zuwachs geringer. In Ostdeutschland hat insbesondere die Kitanutzung von Kindern mit hochgebildeten Müttern, Alleinerziehenden, und auch von armutsgefährdeten Kindern signifikant zugenommen. In einigen Gruppen ging die verstärkte Nutzung von Kitas mit einer Reduktion informeller Betreuung einher. Mütter mit Hochschulabschluss in Westdeutschland und Alleinerziehende in Ostdeutschland organisierten die Betreuung nach wie vor auch häufig informell.

Der vorliegende Bericht analysiert langfristige Trends in der Nutzung von Kindertagesbetreuung, die Kindergärten, Kinderkrippen und auch Tagespflege umfasst, und informeller Betreuung durch Verwandte, Nachbarn, Freunde, Bekannte, oder bezahlte Betreuungspersonen. Es hat sich gezeigt, dass sowohl Kinder als auch ihre Eltern von nicht elterlicher Förderung und Betreuung profitieren können, sofern sie von hoher Qualität ist. Internationale Analysen belegen, dass die positiven Effekte einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung in außerfamilialen Betreuungseinrichtungen für Kinder aus Familien mit einer geringeren Ressourcenausstattung besonders hoch sind.¹ Dabei macht sich die Ressourcenausstattung an sozioökonomischen Merkmalen fest, wie zum Beispiel einem geringen Haushaltseinkommen, einer niedrigen Bildung der Mutter, dem Status alleinerziehendes Elternteil oder einem Migrationshintergrund. Zur Wirkung informeller Betreuung durch Verwandte oder privat bezahlte Betreuungspersonen auf die kindliche Entwicklung gibt es bisher weniger Ergebnisse als für die Kita-Betreuung. Die bestehenden internationalen Studien zeigen widersprüchliche Zusammenhänge mit der kindlichen Entwicklung,² was unter anderem auf die große Varianz in der Betreuungsqualität zurückzuführen sein könnte.

Die Nutzung nicht elterlicher Betreuung trägt auch dazu bei, dass Eltern, insbesondere Mütter, Erwerbs- und Familienarbeit miteinander vereinbaren können. Auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kann jedoch eine hohe Qualität der Kindertagesbetreuung wichtig

¹ Vgl. die aktuelle Zusammenfassung von Anders, Y. (2013): Stichwort: Auswirkungen frühkindlicher institutioneller Betreuung und Bildung. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 16 (2), 237–277.

² Vgl. zum Beispiel Hansen, K., Hawkes, D. (2009): Early Childcare and Child Development. Journal of Social Policy 38, 211–239; Zagel, H., Kadar-Satat, G. et al. (2013): The Effects of Early Years' Childcare on Child Emotional and Behavioural Difficulties in Lone and Co-Parent Family Situations. Journal of Social Policy 42, 235–258.

Tabelle 1

Einstellungen zur Kinderbetreuung verschiedener sozioökonomischer Gruppen¹ in Deutschland

Anteile der Befragten, die der Aussage zustimmen, in Prozent

		West-deutschland	Ost-deutschland	Ausbildungsniveau			Nicht deutsche Staatsangehörigkeit	Allein-erziehend	Armutsrisiko
				Weniger als Abitur	Abitur	Mehr als Abitur			
Ein Kind, das noch nicht zur Schule geht, wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.	1994	68,8	30,3	68,1	55,6	43,9	–	–	–
	2002	47,6	25,7	54,3	39,8	28,3	56,3	39,2	58,4
	2012	32,1	13,3	44,3	29,1	16,8	48,9	30,0	34,5
Hauptsächlich sollten Familienmitglieder die Betreuung von Kindern, die noch nicht zur Schule gehen, übernehmen.	2012	42,2	17,4	49,5	36,9	31,6	37,8	31,8	42,9
	1994	1 126	569	878	659	158	–	–	–
Fallzahlen ²	2002	485	210	264	319	109	37	31	61
	2012	616	293	126	576	205	65	65	124

¹ Die Definitionen der sozioökonomischen Gruppen in den ISSP-Daten sind teilweise nicht deckungsgleich mit den Analysen der SOEP-Daten.² Ergebnisse auf Basis von Zellbesetzungen unter 30 werden nicht abgebildet.

Quellen: International Social Survey Programme 1994, 2002 und 2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Einstellungen zur Kinderbetreuung haben sich über die Zeit stark verändert, aber Unterschiede zwischen Ost und West und zwischen sozioökonomischen Gruppen bestehen weiter.

sein, da Mütter vor allem in Ostdeutschland in Regionen mit höherer Qualität schneller und mit einer höheren Wochenarbeitszeit in die Erwerbstätigkeit zurückkehren.³ Eine Unterstützung in der Kinderbetreuung ist besonders essentiell, um eine Erwerbstätigkeit von alleinerziehenden Eltern oder Eltern aus Haushalten mit niedrigen Einkommen, in denen eine Beschäftigung beider Elternteile erforderlich ist, zu ermöglichen.⁴

Ost-West-Unterschiede in der Kinderbetreuung

Mütter in Ostdeutschland kehrten Anfang der neunziger Jahre nach deutlich kürzeren Erwerbsunterbrechungen und öfter in Vollzeit wieder in den Arbeitsmarkt zurück als in Westdeutschland.⁵ Obwohl sich die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kleinkindern in Ost- und Westdeutschland in den letzten 25 Jahren angenähert hat und inzwischen auch mehr Mütter in Ostdeutschland Teilzeit erwerbstätig sind, bestehen auch hier weiterhin signifikante Unterschiede zwischen Ost-

und Westdeutschland.⁶ Hintergrund der markanten Ost-West-Unterschiede Anfang der 90er Jahre war ein kulturelles Ideal der Frauenerwerbstätigkeit, das in der DDR durch eine Fokussierung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt etabliert wurde und das bis heute Bestand hat.⁷ Dementsprechend war und ist die soziale Akzeptanz der Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten in Ostdeutschland deutlich ausgeprägter. In Westdeutschland hingegen ist das normative Muster eines Ideals der mütterlichen Kleinkindpflege weiterhin stärker verankert.⁸ Während 69 Prozent der Frauen in Westdeutschland kurz nach der Wiedervereinigung der Meinung waren, dass Kinder im Vorschulalter unter einer Erwerbstätigkeit ihrer Mutter leiden würden, waren dies in Ostdeutschland nur 30 Prozent (Tabelle 1). Bis 2012 reduzierte sich der Prozentsatz der zustimmenden Frauen in Westdeutschland auf 32 Prozent und in Ostdeutschland auf nur 13 Prozent. In Westdeutschland gaben im Jahr 2012 42 Prozent der Frauen an, dass Kinder unter Schulalter hauptsächlich von

⁶ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2012): Ausgeübte Erwerbstätigkeit von Müttern: Erwerbstätigkeit, Erwerbsumfang und Erwerbsvolumen 2010. Berlin.

⁷ Vgl. Schmitt, C., Trappe, H. (2010): Die Bedeutung von Geschlechterarrangements für Partnerschaftsdauer und Ehestabilität in Ost- und Westdeutschland. In: Krause, P., Ostner, I. (Hrsg.): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Frankfurt am Main, 227–246.

⁸ Vgl. Wengler, A., Trappe, H. et al. (2009): Alles wie gehabt? Zur Aufteilung von Hausarbeit und Elternaufgaben in Partnerschaften. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 34, 57–78.

³ Schober, P. S., Spieß, C. K. (im Erscheinen): Local day-care quality and maternal employment: Evidence from East and West Germany. Journal of Marriage and Family.

⁴ Müller, K.-U., Spieß, C. K. et al. (2014): Kindertagesbetreuung: Wie wird ihre Nutzung beeinflusst und was kann sie für die Entwicklung von Kindern bewirken. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 83 (1), 49–68.

⁵ Rosenfeld, R. A., Trappe, H. et al. (2004): Gender and Work in Germany: Before and After Reunification. Annual Review of Sociology 30, 103–124.

Kasten

Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Kinderbetreuung

Ein Startpunkt des Kitaausbaus der letzten Jahre war das Tagesbetreuungsbaugesetz 2004,¹ demzufolge Kindern unter drei Jahren eine Förderung in einer Kindertagesbetreuung zusteht, wenn das Wohl des Kindes ohne eine entsprechende Förderung nicht gewährleistet werden kann oder beide Eltern erwerbstätig sind oder sich in einer Bildungsmaßnahme befinden beziehungsweise Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Sozialgesetzbuches II erhalten.² Das Kinderförderungsgesetz aus dem Jahr 2008³ definiert schließlich einen generellen Rechtsanspruch auf einen Platz in der Kleinkindbetreuung ab dem ersten Lebensjahr ab 1. August 2013. Darüber hinaus hatten Kinder in manchen Regionen schon früher einen Anspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung.⁴ Einzelne Bundesländer und Kommunen sehen vor, dass bestimmte Gruppen, wie Alleinerziehende, bei der Bedarfsplanung von Kindertagesbetreuung besonders zu berücksichtigen sind oder eine höhere öffentliche Subventionierung von Institutionen mit Sprachförderprogrammen möglich ist.⁵

¹ Vgl. „Tagesbetreuungsbaugesetz“, Deutscher Bundestag (2004): Entwurf eines Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungsbaugesetz – TAG). Bundestags-Drucksache Nr. 15/3676 vom 6. September 2004.

² Vgl. § 24a Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG).

³ Vgl. „Kinderförderungsgesetz“, Deutscher Bundestag (2008): Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG). Bundestags-Drucksache Nr. 16/9299 vom 27. Mai 2008.

⁴ Vgl. dazu zum Beispiel die Aufstellung im Ländermonitor frühkindlicher Bildungssystem der Bertelsmann Stiftung (2012), www.laendermonitor.de/, Stand: September 2012.

⁵ Vgl. dazu ausführlicher Spiess, C. K., Berger, E. M. et al. (2008): Overcoming Disparities and Expanding Access to Early Childhood Services in Germany: Policy Considerations and Funding Options. UNICEF Innocenti Research Centre Working Paper IWP-2008-03.

Familienmitgliedern betreut werden sollten, während dies in Ostdeutschland nur 17 Prozent waren.

Weitaus weniger bekannt ist, dass sich auch zwischen sozio-ökonomischen Gruppen deutliche Unterschiede bezüglich Einstellungen zu Müttererwerbstätigkeit und Betreuungspräferenzen zeigen. Diese haben bis heute Bestand, trotz einer generellen Abnahme der Befürchtungen, dass ein Kind im Vorschulalter unter

einer Müttererwerbstätigkeit leiden würde, seit Mitte der neunziger Jahre. Von 1994 bis 2012 verringerte sich der Prozentsatz mit solchen Befürchtungen von 68 auf 44 Prozent unter Frauen ohne Abitur. Eine relativ stärkere Reduktion von 44 auf 17 Prozent fand bei Akademikerinnen statt. Während im Jahr 2012 50 Prozent der Frauen ohne Abitur und 43 Prozent in Haushalten mit Armutsrisiko der Meinung waren, dass die Betreuung hauptsächlich durch Familienmitglieder und nicht durch Kindertagesbetreuung erfolgen sollte, dachten dies nur 32 Prozent der Akademikerinnen und alleinerziehenden Mütter.

Einfluss gesetzlicher Rahmenbedingungen auf die Kinderbetreuung

Neben Veränderungen in den Einstellungen haben sich seit der Wiedervereinigung auch die Rahmenbedingungen für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Ost- und Westdeutschland stark gewandelt (Kasten). Anfang der 90er Jahre war das Angebot an institutioneller Kindertagesbetreuung im Osten sehr viel dichter ausgebaut als im Westen. Im Osten waren 1991 für 54 Prozent der Kinder unter drei Jahren Plätze in Kitas verfügbar im Vergleich zu zwei Prozent im Westen.⁹ In Ostdeutschland ging das Angebot an Krippenplätzen zwischen 1990 und 2002 signifikant auf 37 Prozent zurück. Im gleichen Zeitraum hat es in Westdeutschland nur um einen Prozentpunkt zugenommen.¹⁰ Seit 2005 wurde das Kindertagesbetreuungsangebot für unter dreijährige Kinder in beiden Teilen Deutschlands deutlich ausgebaut.

Die Nachfrage nach Plätzen in der Betreuung für die unter Dreijährigen ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, wenn auch ausgehend von unterschiedlichen Niveaus in West und Ost. In Ostdeutschland stieg der Prozentsatz von Kindern unter drei Jahren, die eine Kindertageseinrichtung nutzen, von 40 auf 50 Prozent von 2006 bis 2013. In Westdeutschland war der Anstieg noch steiler von 8 auf 24 Prozent.¹¹ Im Vergleich zur Kindertagesbetreuung sind die regionalen Unterschiede in der regelmäßigen Nutzung informeller Betreuung deutlich geringer. Ungefähr ein Drittel der unter Dreijährigen in beiden Landesteilen wurden in den letzten Jahren informell betreut.

⁹ Statistisches Bundesamt (1991): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe. Bonn.

¹⁰ Statistisches Bundesamt (2002): Statistik der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin.

¹¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2006): Kindertagesbetreuung regional 2006. Wiesbaden; Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): Kindertagesbetreuung regional 2013. Wiesbaden.

Zunahme oder Abnahme sozioökonomischer Unterschiede in der Kinderbetreuung in West- als Ostdeutschland?

Im vorliegenden Bericht betrachten wir die Frage, ob sich seit der Wende die Unterschiede zwischen sozioökonomischen Gruppen in der Nutzung verschiedener Betreuungsformen verstärkt oder verringert haben. Unter Berücksichtigung der in Deutschland in den letzten Jahren angewandten vorrangigen Bedarfskriterien der Erwerbs- oder Ausbildungstätigkeit wäre zu erwarten, dass in den letzten Jahren insbesondere Kinder erwerbstätiger Eltern mit größerer Wahrscheinlichkeit Kindertagesbetreuung genutzt haben. Darunter fallen überproportional viele Mütter mit Hochschulabschluss. Durch vorrangige Berücksichtigung oder Förderung in Kindertageseinrichtungen könnten zudem Kinder von Alleinerziehenden oder mit Migrationshintergrund im Vergleich zu früheren Perioden aufgeholt haben. Aufgrund der deutlich höheren Verfügbarkeit von Kitas und Akzeptanz ihrer Nutzung und der Müttererwerbstätigkeit bereits nach der Wende in Ostdeutschland könnte man annehmen, dass sozioökonomische Unterschiede hier weniger ausgeprägt sind als in Westdeutschland.

Aufbau der Studie

Für neuere Jahre belegen mehrere Studien, dass es signifikante Unterschiede in der Nutzung von Kindertagesbetreuung in unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen gibt. Die meisten dieser Analysen betrachten allerdings keine längerfristigen Trends. Dies ist jedoch von Interesse, um die veränderte Inanspruchnahme nach Verringerung beziehungsweise Ausbau von staatlich geförderter Kindertagesbetreuung in Ost- und Westdeutschland besser zu verstehen. Zwei Studien zu Trends in gruppenspezifischer Nutzung zeigen, dass zwischen 1995 und 2009 in Westdeutschland die Nutzungswahrscheinlichkeit für unverheiratete Eltern beziehungsweise Frauen mit Abitur stärker angestiegen ist als für verheiratete Eltern beziehungsweise Frauen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss.¹² In der vorliegenden Studie wird die Analyse bis zum Jahr 2012 und damit um einen Zeitraum erweitert, in dem es einen starken Anstieg gab. Sie betrachtet darüber hinaus, wie sich die bislang selten untersuchte Nutzung informeller Betreuungspersonen über einen

längeren Zeitraum in Ost- und Westdeutschland entwickelt hat. Trends in der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung können wir von 1991 bis 2012 beobachten, während informelle Betreuung erst seit 1997 in zeitlich vergleichbarer Form erfasst wird. Wir unterteilen den Beobachtungszeitraum in vier Perioden: Periode 1 kurz nach der Wiedervereinigung von 1991 bis 1995, Periode 2 von 1996 bis 2000, ab der Kinder ab drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz hatten, Periode 3 von 2001 bis 2005 und die Periode 4 von 2006 bis 2012, die von einem starken Ausbau des Kita-Angebots geprägt war.

Basierend auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels der Jahre 1991 bis 2012 werden im Folgenden zeitliche Veränderungen der Nutzung verschiedener Betreuungsformen durch ausgewählte sozioökonomische Gruppen analysiert.

Unterschieden werden folgende Gruppen:

- (1) Bildungsniveau der Mutter: Mütter mit a) Hochschulabschluss, b) Berufsausbildung, und c) geringeren Berufsabschlüssen, zum Beispiel nur Haupt- oder Realschulabschluss ohne Berufsabschluss.
- (2) Kinder alleinerziehender Mütter: Mütter werden als alleinerziehend betrachtet, wenn kein Partner im Haushalt lebt.¹³
- (3) Kinder in armutsgefährdeten Haushalten mit einem Monatseinkommen unter 60 Prozent des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens im jeweiligen Jahr.
- (4) Kinder mit Migrationshintergrund: Diese Gruppe umfasst Kinder, deren Elternteile beide zur ersten oder zweiten Migrationsgeneration zählen, da vergangene Studien für diese Gruppe eine besonders geringe externe Betreuungswahrscheinlichkeit belegen.¹⁴ Eine Beschränkung auf Westdeutschland ist notwendig, da für Ostdeutschland die Fallzahlen der Familien mit Migrationshintergrund zu klein sind.

Sozioökonomische Unterschiede in der Inanspruchnahme von Kinderbetreuung: Langfristige Trends

Betrachtet werden Trends in der Wahrscheinlichkeit, dass Familien mit unterschiedlicher Ressourcenausstat-

¹² Kreyenfeld, M., Krapf, S. (2010): Soziale Ungleichheit und Kinderbetreuung: eine Analyse der sozialen und ökonomischen Determinanten der Nutzung von Kindertageseinrichtungen. In: Becker, R., Lauterbach, W. (Hrsg.): Bildung als Privileg: Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden, 107–128; Krapf, S., Kreyenfeld, M. (2013): Soziale Unterschiede in der Nutzung externer Kinderbetreuung für Ein- bis Sechsjährige: Gibt Es Veränderungen Im Zeitraum 1984 Bis 2009? Materialien zum 14. Kinder- und Jugendbericht. München: Deutsches Jugendinstitut.

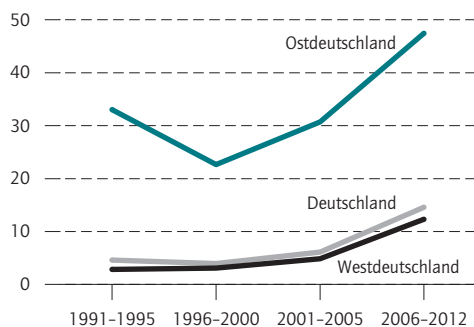
¹³ Wir betrachten nur alleinerziehende Mütter, da die Anzahl der Alleinerziehenden Väter zu klein ist für eine separate Analyse.

¹⁴ Schöber, P. S., Spieß, C. K. (2012): Frühe Förderung und Betreuung von Kindern: Bedeutende Unterschiede bei der Inanspruchnahme besonders in den ersten Lebensjahren. DIW Wochenbericht Nr.43/2012.

Abbildung 1

Trends in der Nutzungswahrscheinlichkeit von Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige

Wahrscheinlichkeiten¹ in Prozent



¹ Logistische Regression, gewichtet. Berücksichtigt wurden Bildung der Mutter, alleinerziehend, Armutsrisiko, Migrationshintergrund, Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, Alter der Mutter, Gemeindegröße.

Quellen: SOEP 1991-2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Es gab einen starken Anstieg der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige mit nach wie vor großen Niveauunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland.

tung eine Kindertagesbetreuung beziehungsweise informelle Betreuung für ein Kind unter drei Jahren nutzen.¹⁵

Abbildungen 1 und 2 stellen jeweils die geschätzten Wahrscheinlichkeiten der Nutzung von Kindertagesbetreuung beziehungsweise informeller Betreuung dar. In Westdeutschland erhöhte sich die Nutzungswahrscheinlichkeit von Kindertagesbetreuung erst von Periode 2 zu Periode 3 und nochmal deutlich in Periode 4.

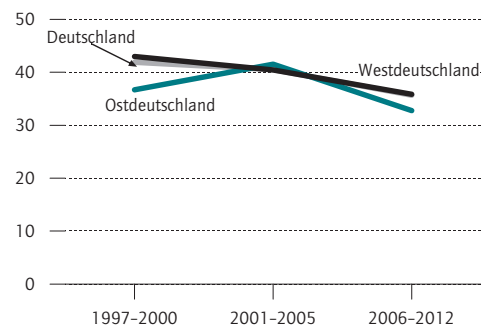
Dieser Anstieg ist zu erwarten vor dem Hintergrund des rasanten Ausbaus der Kindertageseinrichtungen der letzten Jahre. In Ostdeutschland ging nach der Wende die Nutzungswahrscheinlichkeit zunächst zurück und stieg erst in der Periode ab 2006 wieder auf durchschnittlich 48 Prozent an. Parallel zur Kitaexpansion der letzten Jahre gab es ab 2006 einen Rückgang der geschätzten durchschnittlichen Nutzung informeller Betreuung von 40 auf 36 Prozent in Westdeutschland und von 42 auf 33 Prozent in Ostdeutschland.

¹⁵ Wir berechnen die Wahrscheinlichkeit unter der Annahme, dass Familien jeweils nur in eine der sozial benachteiligten Kategorien fallen. Kombinationen verschiedener Kategorien werden nicht dargestellt. In alle Analysen beziehen wir noch andere Faktoren ein, welche mit der Wahrscheinlichkeit, formale oder informelle Betreuung zu nutzen, zusammenhängen, wie Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, die Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, das Alter der Mutter und die Gemeindegröße. Im Zeitraum von 1991 bis 2012 beobachten wir 3 246 Haushalte mit unter dreijährigen Kindern in Westdeutschland und 900 Haushalte in Ostdeutschland.

Abbildung 2

Trends in der Nutzungswahrscheinlichkeit informeller Betreuung für Kinder unter drei Jahren

Wahrscheinlichkeiten¹ in Prozent



¹ Logistische Regression, gewichtet. Berücksichtigt wurden Bildung der Mutter, alleinerziehend, Armutsrisiko, Migrationshintergrund, Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, Alter der Mutter, Gemeindegröße.

Quellen: SOEP 1997-2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

In der Kitaausbauperiode nahm die informelle Betreuung für unter 3-Jährige in Ost- und Westdeutschland signifikant ab.

Zunehmende sozioökonomische Unterschiede in der Kitanutzung in beiden Landesteilen

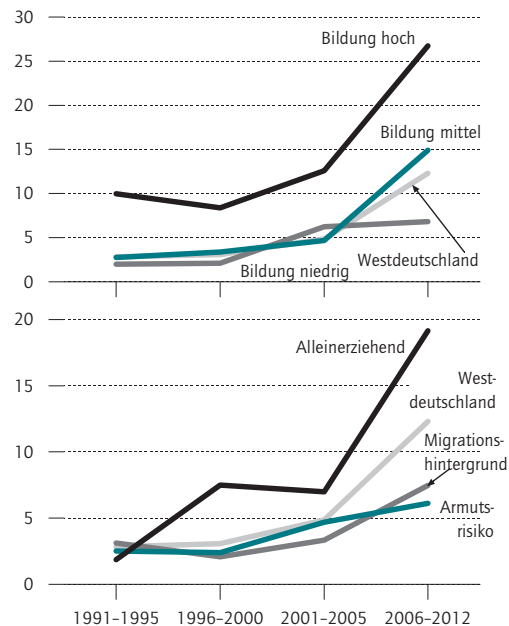
Die Wahrscheinlichkeit, Kindertagesbetreuung zu nutzen, hat sich im Laufe der letzten 20 Jahre in Westdeutschland für Kinder von Müttern mit Hochschul- oder Berufsabschluss und von alleinerziehenden Müttern sehr ähnlich entwickelt. Für diese Gruppen kam es in der letzten Periode ab 2006 zu einem signifikanten Anstieg, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau (Abbildung 3). Unter Kindern, deren Mütter niedrige Bildung haben, deren Eltern von Armut bedroht sind oder beide einen Migrationshintergrund haben, war der Zuwachs geringer. In diesen Gruppen besuchten in der Ausbauperiode im Durchschnitt immer noch weniger als zehn Prozent der unter Dreijährigen eine Kita im Gegensatz zu 27 Prozent der Kinder von Müttern mit Hochschulabschluss und 19 Prozent der Kinder mit alleinerziehenden Müttern.

In Ostdeutschland hat die Nutzungswahrscheinlichkeit unter Kindern mit hochgebildeten Müttern und Alleinerziehenden stärker zugenommen als unter Kindern, deren Mütter einen Berufsabschluss oder niedrigere Bildung haben (Abbildung 4). Unter Müttern mit Hochschulabschluss stieg die Wahrscheinlichkeit, dass sie ihr Kind in Kindertagesbetreuung geben, in der Ausbauperiode der letzten Jahre auf durchschnittlich 70 Prozent von 36 Prozent in der Periode zwischen 2001 und

Abbildung 3

Nutzungswahrscheinlichkeit von Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige in Westdeutschland

Wahrscheinlichkeiten¹ in Prozent



¹ Logistische Regression, gewichtet. In die Modelle wurden jeweils Interaktionsterme zwischen Gruppenzugehörigkeit und Periode eingefügt. Für die Gruppen der Alleinerziehenden sowie für Haushalte mit Armutsrisiko beziehungsweise Migrationshintergrund wurde die Bildung der Mutter auf mittel festgelegt. Berücksichtigt wurden Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, Alter der Mutter, Gemeindegröße.

Quellen: SOEP 1991-2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die sozioökonomischen Unterschiede in der Kitanutzung nahmen in Westdeutschland zu.

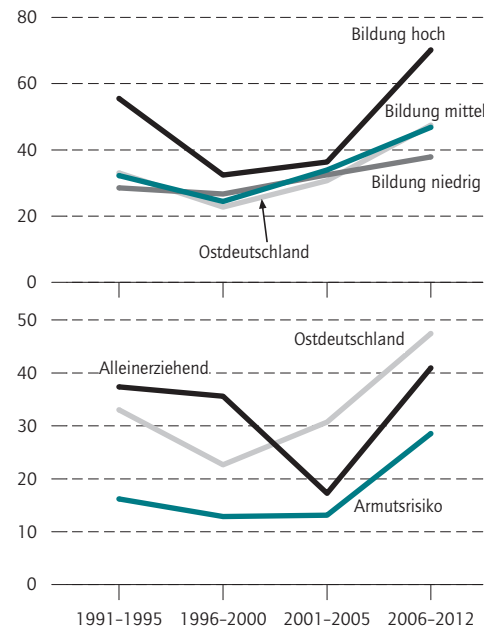
2005. Eine ausgeprägte Zunahme war hier auch unter Kindern mit Armutsrisiko zu beobachten. Trotz dieser Zunahme auf 29 Prozent, besuchen von Armut bedrohte Kinder jedoch nach wie vor deutlich seltener eine Kita als andere Gruppen.

Weiterführende Analysen deuten darauf hin, dass die mitunter gravierenden Differenzen in der Nutzungswahrscheinlichkeit von Kindertagesbetreuung zwischen den Gruppen zumindest zum Teil auf Unterschiede in der Erwerbstätigkeit der Mütter zurückzuführen sind. So reduziert sich der Unterschied zwischen Kindern mit hochgebildeten versus geringer gebildeten Müttern in Westdeutschland in allen Perioden unter Kontrolle des Erwerbsstatus um bis zu 50 Prozent. Ähnliche Reduktionen sind für Haushalte mit Armutsrisiko und Migrationsstatus in der Ausbauperiode zu beobachten. Auch in Ostdeutschland lässt sich die geringere Nutzungswahr-

Abbildung 4

Nutzungswahrscheinlichkeit von Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige in Ostdeutschland

Wahrscheinlichkeiten¹ in Prozent



¹ Logistische Regression, gewichtet. In die Modelle wurden jeweils Interaktionsterme zwischen Gruppenzugehörigkeit und Periode eingefügt. Für die Gruppen der Alleinerziehenden sowie für Haushalte mit Armutsrisiko wurde die Bildung der Mutter auf mittel festgelegt. Berücksichtigt wurden Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, Alter der Mutter, Gemeindegröße.

Quellen: SOEP 1991-2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Es gab eine ausgeprägte Kitanutzungszunahme unter Müttern mit Hochschulabschluss, Alleinerziehenden, und armutsgefährdeten Haushalten in Ostdeutschland.

scheinlichkeit in Periode 1 und 4 von Familien mit Armutsrisiko bzw. im Falle niedriger oder mittlerer Bildung der Mutter durch seltenere Teilnahme der Mutter am Erwerbsleben teilweise erklären.

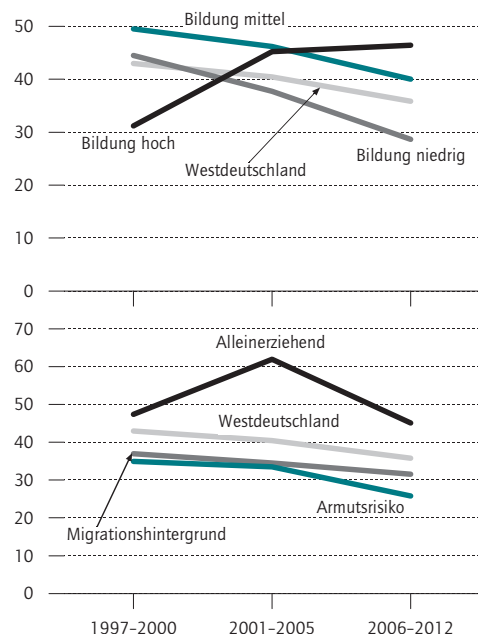
Abnahme informeller Betreuung in Ost und West, aber nicht bei allen Gruppen

Unter Müttern mit Berufsabschluss oder niedrigerer Bildung und für Alleinerziehende reduzierte sich die Nutzungswahrscheinlichkeit informeller Betreuung in Westdeutschland ab 2006 signifikant. Sie sank von 62 (2001 bis 2005) auf 45 Prozent für Alleinerziehende, von 46 auf 40 Prozent für Mütter mit Berufsabschluss und von 38 auf 29 Prozent für Mütter mit niedriger Bildung (Abbildung 5). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass diese Gruppen bei stärkerer formaler Nut-

Abbildung 5

Nutzungswahrscheinlichkeit von informeller Betreuung für unter Dreijährige in Westdeutschland

Wahrscheinlichkeiten¹ in Prozent



¹ Logistische Regression, gewichtet. In die Modelle wurden jeweils Interaktionsterme zwischen Gruppenzugehörigkeit und Periode eingefügt. Für die Gruppen der Alleinerziehenden sowie für Haushalte mit Armutsrisiko beziehungsweise Migrationshintergrund wurde die Bildung der Mutter auf mittel festgelegt. Berücksichtigt wurden Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, Alter der Mutter, Gemeindegröße.

Quellen: SOEP 1997-2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Anders als die anderen Gruppen nutzen Mütter mit Hochschulabschluss in Westdeutschland seit Beginn des Kitaausbaus nicht weniger informelle Betreuung.

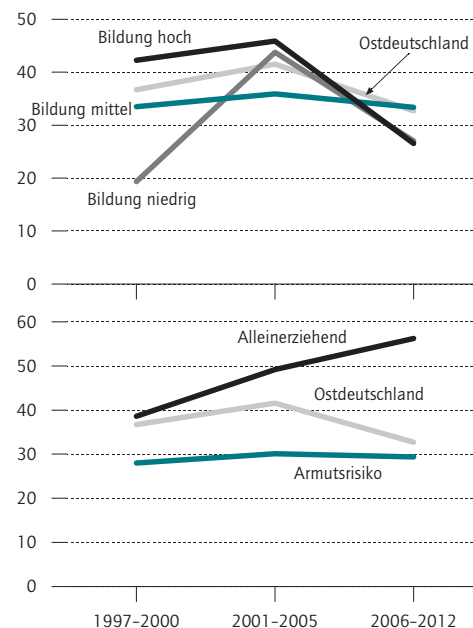
zung die informelle Betreuung reduzieren. Dies trifft jedoch nicht auf Mütter mit Hochschulabschluss oder Migrationshintergrund zu. Mütter mit Hochschulabschluss nutzten ab den frühen 2000ern häufiger informelle Betreuung für ihre unter dreijährigen Kinder. In der Periode ab 2006, als das Angebot an Kindertageseinrichtungen stark anstieg, nutzten nahezu unverändert ungefähr 47 Prozent dieser Mütter informelle Betreuung. Zusätzliche Tests zeigen, dass es einen generellen Anstieg in der kombinierten Nutzung formaler und informeller Betreuung gab – in ähnlicher Weise in allen Bildungsgruppen. Hochgebildete Mütter nutzen jedoch häufiger irgendeine Art von externer Betreuung, sei es formal oder informell oder beides.

In Ostdeutschland zeigt sich für Kinder von Akademikerinnen ein statistisch signifikanter abnehmender Trend in der Nutzung informeller Betreuung seit Be-

Abbildung 6

Nutzungswahrscheinlichkeit von informeller Betreuung für unter Dreijährige in Ostdeutschland

Wahrscheinlichkeiten¹ in Prozent



¹ Logistische Regression, gewichtet. In die Modelle wurden jeweils Interaktionsterme zwischen Gruppenzugehörigkeit und Periode eingefügt. Für die Gruppen der Alleinerziehenden sowie für Haushalte mit Armutsrisiko wurde die Bildung der Mutter auf mittel festgelegt. Berücksichtigt wurden Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, Alter der Mutter, Gemeindegröße.

Quellen: SOEP 1997-2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Seit Beginn des Kitaausbaus nutzen Mütter mit Hochschulabschluss in Ostdeutschland seltener informelle Betreuung.

ginn des Kitaausbaus (Abbildung 6). Bei Müttern mit Berufsabschluss, jenen mit Armutsgefährdung, und bei Alleinerziehenden blieb die Nutzung von informeller Betreuung seit Mitte der 1990er Jahre relativ stabil. Alleinerziehende Mütter nutzten in den letzten Jahren mit über 55 Prozent am häufigsten regelmäßig informelle Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Alle anderen Gruppen weisen Wahrscheinlichkeiten zwischen 25 und 35 Prozent auf (Tabelle 2).

Fazit

25 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen immer noch deutliche Ost-West-Unterschiede in der Nutzung von Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren, während die Häufigkeit informeller Betreuung in den beiden Landesteilen ähnlich ist. Der Anstieg der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung der letzten Jahre verteilte sich ungleich über verschiedene sozioöko-

Tabelle 2

Geschätzte Nutzungswahrscheinlichkeiten von Kindertagesbetreuung und informeller Betreuung für unter Dreijährige

Wahrscheinlichkeiten¹ in Prozent

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1991-1995	1996-2000	2001-2005	2006-2012	1991-1995	1996-2000	2001-2005	2006-2012
Nutzung formaler Betreuung								
Bildung hoch	10,0**	8,4***	12,6***	26,8	55,5	32,3***	36,3**	70,2
Bildung mittel	2,7***	3,4***	4,7***	14,9	32,2*	24,4**	33,9*	46,8
Bildung niedrig	2,0***	2,1***	6,3	6,8	28,5	26,7	32,5	37,9
Alleinerziehend ²	1,9***	7,5*	7,0**	19,2	37,4	35,6	17,3*	40,9
Armutsrisiko ²	2,5*	2,4**	4,7	6,1	16,2	12,9 +	13,1 +	28,6
Migrationshintergrund ²	3,1*	2,1***	3,3**	7,5				
Nutzung informeller Betreuung								
Bildung hoch	-	31,2*	45,2	46,5	-	42,3	45,9*	26,6
Bildung mittel	-	49,5*	46,2+	40,0	-	33,5	35,9	33,4
Bildung niedrig	-	44,5**	37,7+	28,6	-	19,4	43,8	27,0
Alleinerziehend ²	-	47,4	62,0*	45,1	-	38,6	49,2	56,2
Armutsrisiko ²	-	34,9	33,5	25,8	-	28,0	30,1	29,4
Migrationshintergrund ²	-	37,0	34,5	31,6	-	-	-	-

¹ Logistische Regressionen, gewichtet. In die Modelle wurden jeweils Interaktionsterme zwischen Gruppenzugehörigkeit und Periode eingefügt. Referenzkategorie ist die Periode 4 (2006–2012). Zusätzlich berücksichtigt wurden Alter und Geschlecht des betreuten Kindes, Anzahl der Kinder unter 16 Jahren im Haushalt, Alter der Mutter, Gemeindegröße.

Signifikanzen: + $p < 0,10$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

² Die Bildung der Mutter wurde auf mittel festgelegt. Daher ist die Gruppe mit mittlerer Bildung gleichzeitig auch die Vergleichskategorie für diese Gruppen.

Quellen: SOEP 1991–2012; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Ost-West-Unterschiede in der Nutzung informeller Betreuungspersonen sind geringer als bei Kindertagesbetreuung.

nomische Gruppen. Die Zunahme unter Müttern mit Hochschulabschluss und Alleinerziehenden war sowohl in West- als auch Ostdeutschland signifikant stärker als bei Müttern ohne Berufsabschluss und in Familien mit Migrationshintergrund in Westdeutschland. Diese Ergebnisse zeigen, dass sich die bisherigen Erkenntnisse¹⁶ auch bei Berücksichtigung neuerer Zeitperioden mit verstärkten Ausbaubemühungen bestätigen. Die geringen Unterschiede in gruppenspezifischen Trends zwischen Ost- und Westdeutschland sind bemerkenswert, da man in einem deutlich stärker ausgebauten System mit längerer Tradition der Müttererwerbstätigkeit geringere sozioökonomische Unterschiede erwarten könnte.

Interessante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich in den informellen Betreuungstrends von Kindern mit Müttern mit Hochschulabschluss und mit alleinerziehenden Müttern. Alleinerziehende in Westdeutschland nutzten in den letzten Jahren stärker formale Angebote und seltener informelle Betreuung. In Ostdeutschland ging die stärkere formale Nutzung allerdings nicht mit einer Reduktion informeller Betreuung einher, was mit einem größeren

Erwerbsvolumen der alleinerziehenden Mütter zusammenhängen könnte.

Während in Ostdeutschland die Nutzung informeller Betreuung von Kleinkindern durch hochgebildete Mütter in den letzten Jahren abnahm und wahrscheinlich zum Teil durch formale Betreuung ersetzt wurde, nutzten in Westdeutschland nach wie vor fast 50 Prozent dieser Mütter regelmäßig informelle Betreuung. Diese unterschiedlichen Trends könnten auf die im Durchschnitt kürzeren Öffnungszeiten¹⁷ von Kindertageseinrichtungen oder auf eine stärkere Präferenz für informelle Betreuung in Westdeutschland im Vergleich zu Ostdeutschland zurückzuführen sein. Zukünftige Befunde bezüglich des Nutzungsverhaltens nach Einführung des Rechtsanspruchs im Sommer letzten Jahres könnten weiteren Aufschluss darüber geben, inwieweit dieser zu einer Reduktion sozioökonomischer Unterschiede geführt hat und ob sich die Vorstellungen von guter Betreuung und Akzeptanz von Müttererwerbstätigkeit langsam zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen sozioökonomischen Gruppen annähern.

¹⁶ Krapf, S., Kreyenfeld, M. (2013), a. a. O.

¹⁷ Statistisches Bundesamt (2012): Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012. Wiesbaden.

Pia S. Schober ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | pschober@diw.de

Juliane F. Stahl ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | jstahl@diw.de

CHILD CARE TRENDS IN GERMANY SINCE THE FALL OF THE WALL – INCREASING SOCIO-ECONOMIC DISPARITIES IN EAST AND WEST

Abstract: In East Germany, prior to reunification, day care provision was widely available to encourage mothers to return to work soon after giving birth. Conversely, in West Germany, child care facilities for the under-threes were few and far between and, at the end of the '80s/beginning of the '90s, the length of parental leave was gradually increased to up to three years following the birth of a child. Since 2005, post-unification Germany has seen a significant expansion in day care services, primarily to help parents combine employment with family responsibilities. Despite these recent trends, however, 25 years after reunification, there are still major disparities between East and West Germany when it comes to child care for the under-threes. The present article examines how the use of day care facilities (Kitas) and informal child care by relatives or babysitters has changed for this age group in both regions since the '90s. The study specifically analyzes whether the expansion of child day care in recent years has

also resulted in an increase in socio-economic disparities in the use of different types of child care and to what extent this applies to East and West Germany. Using data from the Socio-Economic Panel (SOEP) study, our analyses show that . in West Germany, since 2006, there has been a significant rise in the probability of children with single mothers, or whose mothers have a university or vocational qualification, attending a day care facility. For children whose mothers have a low level of education or whose parents are at risk of poverty, this increase was less pronounced. In East Germany, considerable growth was observed in day-care attendance among children with highly-educated or single mothers as well as of children at risk of poverty. In some groups, the increased use of these institutions was accompanied by a decline in informal child care. However, West German mothers with a university education and single mothers in East Germany still frequently use informal child care options.

JEL: I 24, I 28, J13

Keywords: child care, disadvantaged groups, early education, social disparities; long-term trend

Löhne werden in Ostdeutschland weiterhin als ungerechter empfunden als im Westen

Von Stefan Liebig, Sebastian Hülle und Jürgen Schupp

Rund 25 Jahre nach dem Mauerfall sind wesentlich mehr Menschen in Ostdeutschland mit ihrem Einkommen unzufrieden als in Westdeutschland. Im Jahr 2013 bewerten rund 44 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland ihr Einkommen als ungerecht, in Westdeutschland war es etwa jeder dritte Erwerbstätige. Zwar geht der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland seit 2005 zurück – auf rund zwölf Prozent im Jahr 2013 – nicht jedoch, weil sich die Menschen im Osten mittlerweile gerechter entlohnt fühlen, sondern weil das Ungerechtigkeitsempfinden auch im Westen steigt. Einer der Gründe, warum in Ostdeutschland weiterhin ein relativ hohes Niveau an wahrgenommener Lohnungerechtigkeit besteht, sind die existierenden Ost-West-Unterschiede im Einkommen einzelner Berufe. Das zeigen Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP).

Als im Sommer 1989 zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger der DDR gegen das bestehende politische und ökonomische System aufbegehrten, war leistungsgerechte Entlohnung eine ihrer zentralen Forderungen. Die Einkommensstruktur in der DDR wies bekanntlich eine deutlich geringere Spreizung auf, sodass insbesondere zwischen „Produktionsarbeitern einerseits und den Meistern, Hoch- und Fachschulkadern sowie technisch-ökonomischen Fachkräften andererseits“¹ geringe Einkommensunterschiede bestanden. Das Politbüro des Zentralkomitees der SED reagierte auf die Forderungen der Demonstranten und erklärte die „leistungsgerechte Bezahlung“ am 12. Oktober 1989 im Rahmen einer Erklärung zum 12. Parteitag zu einer der zentralen Aufgaben, die es in der DDR zu verwirklichen gäbe.² Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, dass diese Aufgabe durch die SED in der DDR zufriedenstellend erfüllt werden könnte war bekanntlich gering. Man traute dem ökonomischen und politischen System der Bundesrepublik Deutschland eher zu, für eine gerechte Entlohnung und gerechte Einkommen zu sorgen. Heute, 25 Jahre nach dem Mauerfall stellt sich die Frage, ob sich diese Hoffnung erfüllt hat.

Man kann zwei Wege gehen, um darauf eine Antwort zu bekommen: Entweder man betrachtet die tatsächliche Verteilung der Erwerbseinkommen, berechnet bestimmte Verteilungsmaße und bewertet diese dann auf der Grundlage normativer Kriterien, die in philosophischen oder politischen Debatten benannt werden.³ Oder man fragt die Erwerbstätigen selbst, ob sie sich gerecht

¹ Vgl. Stephan, H., Wiedemann, E. (1990): Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR. IAB Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4, 553; sowie Der Spiegel (1989): Ostmark zum Willkür-Kurs. Nr. 48/1989, 112-113.

² Erklärung des Politbüros des ZK der SED, Neues Deutschland, 12. Oktober 1989, www.chronik-der-mauer-online.de.

³ Vgl. beispielsweise Merkel, W. (2007): Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich. Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme. Gütersloh, 233-257; sowie Bertelsmann Stiftung (2014): Studie „Soziale Gerechtigkeit in der EU“ – Kernergebnisse und Ableitungen. www.bertelsmann-stiftung.de.

Kasten

Zur Methodik der Fragen der empirischen Gerechtigkeitsforschung im SOEP

Seit 2005 werden in der vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführten Bevölkerungserhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)¹ alle zwei Jahre Fragen zur Gerechtigkeitseinschätzung des eigenen Nettoerwerbseinkommens² erhoben. Die Frage im SOEP lautet: „Ist das Einkommen, das Sie in Ihrer jetzigen Stelle verdienen, aus Ihrer Sicht gerecht?“ Die Befragten konnten mit „Ja“ oder „Nein“ antworten. Antworten die Befragten mit „Nein“ wird die Frage gestellt: „Wie hoch müsste ein gerechter Nettoverdienst für Sie sein?“ und der konkrete Einkommensbetrag erhoben. Seit dem Erhebungsjahr 2009 erfolgt eine zusätzliche Abfrage zur Gerechtigkeitseinschätzung des Bruttoeinkommens.

Neben der Unterscheidung von gerecht und ungerecht entlohnten Individuen lässt sich mittels der von der US-amerikanischen Soziologin Guillermina Jasso entwickelten

Gerechtigkeitsformel J^3 noch eine feinere Unterscheidung des Ungerechtigkeitsempfindens errechnen.⁴ Die logarithmierte Relation zwischen tatsächlichem Einkommen und als gerecht erachtetem Einkommen resultiert in einem Index, über den sich zusätzlich auch das Ausmaß der Ungerechtigkeitsseinschätzung erfassen lässt.⁵ Über das arithmetische Mittel (J11) dieser individuellen J-Werte, beziehungsweise über das arithmetische Mittel des Betrages der J-Werte (J12) lassen sich zudem noch zwei weitere Indizes errechnen, die das Ungerechtigkeitsempfinden im Aggregat erfassen.⁶

$$3 \quad J = q \ln \left(\frac{\text{tatsächliches Einkommen}}{\text{als gerecht erachtetes Einkommen}} \right)$$

4 Jasso, G. (1978): On the Justice of Earnings: A New Specification of the Justice Evaluation Function. *AJS* No. 83, 1398–1419.

5 J nimmt den Wert 0 an, wenn perfekte Gerechtigkeit herrscht. Ein positiver J-Wert resultiert, wenn ein Befragter angibt, dass sein aktuelles Einkommen größer ist als es gerechterweise sein müsste, ein negativer J-Wert ergibt sich, wenn das tatsächliche Einkommen geringer als das als gerecht erachtete Einkommen ausfällt. Je größer die Differenz zwischen tatsächlichem und als gerecht erachtetem Einkommen ausfällt, desto größer ist die Abweichung des J-Wertes von 0.

6 Jasso, G. (1999): How Much Injustice is There in the World? Two New Justice Indexes. *American Sociological Review*, Vol. 64, No.1, 133–168.

1 Vgl. Schupp, J. (2009): 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel – Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie* 38-2009, 350357.

2 In der Erhebung des Jahres 2009 wird zusätzlich zum Nettoeinkommen auch die Gerechtigkeit des eigenen Bruttoeinkommens abgefragt.

oder ungerecht entlohnt fühlen.⁴ Wir gehen den zweiten Weg, unter anderem weil viele empirische Studien belegen, dass wahrgenommene Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz nicht nur zur Leistungszurückhaltung oder erhöhten Fehlzeiten, sondern vor allem auch zu physischen und psychischen Krankheitsbildern bei den Betroffenen führen können.⁵

Um einschätzen zu können, ob sich die Erwerbstätigen in Ostdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall gerechter entlohnt fühlen, verwenden wir Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels, die seit 2005 im zweijährigen Abstand erhoben werden. Die Erwerbstätigen werden dabei gefragt, ob sie ihr Erwerbseinkommen als gerecht ansehen und, wenn sie es als ungerecht empfinden, welches konkrete Netto-Erwerbseinkommen sie für sich selbst als gerecht ansehen (Kasten). Wir ver-

fügen somit über keine direkte Vergleichsmöglichkeit mit den Gerechtigkeitswahrnehmungen aus dem Jahr 1989. Um die Frage nach der wahrgenommenen Entlohnungsgerechtigkeit der Ostdeutschen aber beantworten zu können, vergleichen wir das Ausmaß und das Niveau mit der wahrgenommenen Einkommensgerechtigkeit in Westdeutschland. So können wir im Beobachtungszeitraum regionale Entwicklungen identifizieren und mögliche Besonderheiten in den neuen Bundesländern benennen.

Betrachtet man, wie viele Erwerbstätige im Beobachtungszeitraum ihr Einkommen als ungerecht empfunden haben, so fällt zunächst der deutliche und signifikante Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland auf (Abbildung 1). Während im Westen 2005 rund 25 Prozent der Meinung waren, ihr Erwerbseinkommen sei ungerecht, waren es im Osten rund 42 Prozent. Im Jahr 2013 hat dieser Anteil in Ostdeutschland leicht zugenommen – nunmehr sind es 44 Prozent –, in Westdeutschland liegt der Zuwachs aber bei rund sieben Prozentpunkten (zuletzt 32 Prozent). Im Durchschnitt liegt die Differenz bei rund 15 Prozentpunkten. Die Frage der Entlohnungsgerechtigkeit wird in den beiden Landesteilen also sehr unterschiedlich beurteilt.

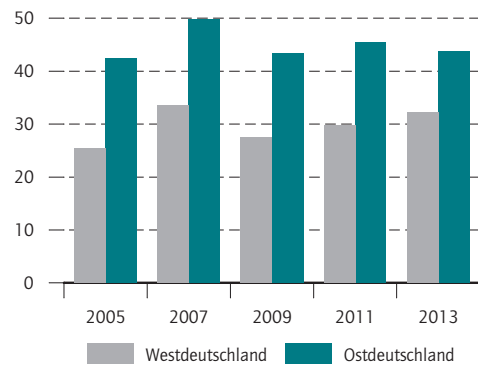
4 Während man im ersten Fall Auskunft darüber bekommt, welches Ausmaß an Einkommensungerechtigkeit in einer Gesellschaft nach Maßgabe der normativen Vorstellungen einer bestimmten Auswahl an Experten (Philosophen, Volkswirten etc.) existiert, erhält man beim zweiten Vorgehen ein Bild vom subjektiven Empfinden der Bevölkerung.

5 Schunck, R., Sauer, C., Valet, P. (2013): Macht Ungerechtigkeit krank? Gesundheitliche Folgen von Einkommens(un)gerechtigkeit. *WSI-Mitteilungen*, 66, 553-561.

Abbildung 1

Empfundene Einkommensungleichheit

Anteil in Prozent



Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

In Ostdeutschland wird die Lohnungerechtigkeit als höher empfunden.

Mehrheitlich werden die Erwerbseinkommen im Jahr 2013 sowohl im Osten als auch im Westen als gerecht wahrgenommen. Das Gefühl, ungerecht entlohnt zu werden, ist in Ostdeutschland weitaus verbreiteter als im Westen. Am höchsten war das Ungerechtigkeitsempfinden im Erhebungsjahr 2007, damals stuften sich im Osten mehr als die Hälfte der Befragten als ungerecht entlohnt ein. Im Jahr 2009 sank der Anteil insgesamt jeweils, um dann bis 2011 erneut anzusteigen. Zwischen 2011 und 2013 nahm das Ungerechtigkeitsempfinden in Ostdeutschland ab, während es im Westen weiter anstieg und fast das Niveau des Jahres 2007 erreichte. So wurde zwar der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland geringer, aber nicht weil sich Menschen im Osten gerechter entlohnt fühlen, sondern weil im Westen mehr Erwerbstätige ihr Einkommen ungerecht empfinden.

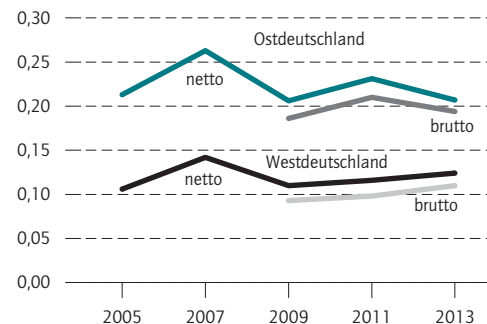
Die Legitimationslücke bei der Zuweisung von Erwerbseinkommen, die durch die unterschiedlichen und sich verändernden Anteile an Erwerbstätigen sichtbar wird, die sich ungerecht entlohnt fühlen, kann viele Ursachen haben; als die beiden plausibelsten gehen wir von folgenden Mechanismen aus: zum einen, weil die Zuweisungskriterien auf dem Arbeitsmarkt als ungerecht wahrgenommen werden und zum anderen, weil die staatlichen Eingriffe in Form von Besteuerung und wohlfahrtsstaatlichen Transfers als illegitim betrachtet werden.

Um herauszufinden, ob das Ungerechtigkeitsempfinden durch die Besteuerung sinkt oder steigt, werden die Bewertungen des Netto- und des Brutto-Einkommens

Abbildung 2

Intensität der empfundenen (Netto- und Brutto-) Einkommens(un)gerechtigkeit

Gerechtigkeitsindex JI2



Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Auch die Intensität der Lohnungerechtigkeit ist in Ostdeutschland ausgeprägter.

mens getrennt betrachtet. Dies ist seit dem Jahr 2009 im SOEP möglich. Zusätzlich bietet das SOEP die Möglichkeit, die Intensität der jeweils empfundenen Ungerechtigkeit mit Hilfe des Gerechtigkeitsindex JI2 zu bestimmen. Betrachtet man die Intensität der wahrgenommenen Einkommens(un-)gerechtigkeit so liegt diese im Jahresdurchschnitt im Westen bei 0,120 und im Osten sehr viel höher bei 0,224 (Abbildung 2). Erwerbstätige, die sich ungerecht entlohnt fühlen, beurteilen die Intensität der ungerechten Entlohnung bezüglich ihres Nettoeinkommens im Osten demnach als nahezu doppelt so groß, wie die Erwerbstätigen im Westen.

Während von 2005 bis 2009 die Entwicklung in beiden Landesteilen sehr ähnlich ist, deutet sich seit 2011 ein Unterschied an: Im Osten gab es wieder einen Anstieg in der Intensität ungerechter Entlohnung, auf den ein erneuter Rückgang auf das Ausgangsniveau folgte. Im Gegensatz dazu ist für den Westen eine kontinuierliche Zunahme im Ausmaß ungerechter Entlohnung festzustellen.

Hinsichtlich der Intensität der wahrgenommenen Ungerechtigkeit des Bruttoeinkommens ist im Osten ebenfalls ein größeres Ungerechtigkeitsempfinden anzutreffen: Der Index liegt im Jahresdurchschnitt im Osten bei 0,197 im Westen lediglich halb so hoch bei 0,100. Der Verlauf in der Entwicklung gleicht der Bewertung des Nettoeinkommens. Das heißt das Markteinkommen wird in beiden Landesteilen als weniger ungerecht beurteilt wie der nach Steuern und Abgaben zur Verfügung stehende Nettolohn. In beiden Landesteilen sind offenbar die staatlichen Eingriffe eine eigenständige Quelle des

Tabelle 1

Ost-West Differenz im Medianeinkommen nach Berufsgruppen des Bundesinstituts für berufliche Bildung (BiBB) 2005 bis 2013

In Euro

Position im Ranking	Ost-West-Differenz ¹	N ²	Nr. der BiBB-Bezeichnung	Berufsfeld
1	-1 575	81	33	Luft, Schifffahrtsberufe
2	-1 040	164	26	Technische Sonderkräfte
3	-1 027	597	44	Rechtsberufe
4	-800	256	22	Chemiker/innen, Physiker/innen, Naturwissenschaftler/innen
5	-650	1 864	21	Ingenieur(e)/innen
6	-621	1 340	23	Techniker/innen
7	-540	2 314	35	Geschäftsführung, Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung
8	-530	117	17	Getränke, Genussmittelherstellung, übrige Ernährungsberufe
9	-515	351	31	Werbefachleute
10	-500	1 200	8	Industrie, Werkzeugmechaniker/innen
...				
45	-141	1 114	36	Verwaltungsberufe im ÖD
46	-73	152	13	Textilverarbeitung, Lederherstellung
47	-50	4 946	39	Kaufmännische Büroberufe
48	-20	2 339	27	Verkaufsberufe (Einzelhandel)
49	9	609	16	Köch(e)/innen
50	20	69	25	Vermessungswesen
51	69	656	51	Publizistische, Bibliotheks-, Übersetzungs-, verwandte Wissenschaftsberufe
52	255	485	40	Bürohilfsberufe, Telefonist(en)/innen
53	300	1 836	54	Reinigungs-, Entsorgungsberufe
54	400	755	47	Gesundheitsberufe mit Approbation
Mittelwert	-257,88			
Standardabweichung	268,74			

¹ Medianeinkommen des Berufsfeldes in Ostdeutschland - Medianeinkommen des Berufsfeldes in Westdeutschland.

² Insgesamt 51 922 Beobachtungen.

Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Ungerechtigkeitsempfindens. Vielfach dürfte auch die sogenannte *kalte Progression* eine Rolle spielen.⁶

Regionale Lohnunterschiede innerhalb von Berufen als Ursache des Gerechtigkeitsempfindens

Doch warum bewerten Ostdeutsche ihr Brutto- oder Nettoerwerbseinkommen deutlich ungerechter als die Westdeutschen? Bereits die ersten Studien nach der Vereinigung zeigten, dass der Vergleichspunkt für die Bewertung der eigenen ökonomischen Situation der „Westen“ war.⁷ Deshalb sind es möglicherweise die weiterhin bestehenden Lohnunterschiede zwischen den beiden Regionen, die zu einem höheren Niveau wahr-

genommener Einkommensungerechtigkeit im Osten beitragen. Um dies genauer beantworten zu können, muss man sich vor Augen führen, dass die Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens grundsätzlich auf der Grundlage von Vergleichen eingeschätzt wird – man vergleicht sein eigenes Einkommen mit dem Einkommen von Kolleginnen oder Kollegen und denjenigen, die denselben Beruf ausüben wie man selbst.⁸ Entscheidend ist nun, dass es auf der Ebene einzelner Berufsgruppen durchaus Unterschiede im Ausmaß der Angleichung von Ost und West gibt. Innerhalb einzelner Berufsgruppen bestehen mittlerweile keine regionalen Unterschiede, während bei anderen weiterhin deutliche Lohnunterschiede. In Tabelle 1 sind dazu Beispiele für Berufe zu finden, in

⁶ Vgl. hierzu DIW-Glossar www.diw.de/de/diw_01.c.412410.de/presse/diw_glossar/kalte_progression.html.

⁷ Vgl. Liebig, S., Verwiebe, R. (2000): Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Ostdeutschland. Plädoyer für eine doppelte Vergleichsperspektive. Zeitschrift für Soziologie, 29, 3-26.

⁸ Clark, A. E., Senik, C. (2010): Who compares to whom? The anatomy of income comparisons in europe*. The Economic Journal, 120(544), 573-594; Sauer, C., Valet, P., Liebig, S. (2013): The impact of within and between occupational inequalities on people's justice perceptions towards their own earnings. SFB 882 Working Paper Series, 21, Bielefeld, SFB 882: From Heterogeneities to Inequalities.

Tabelle 2

Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Nettoeinkommens

Jasso-Index

	Unbalancierte Modelle			Balancierte Modelle		
	M1	M2	M3	M4	M5	M6
Region: Ostdeutschland	-0,045***	-0,045***	-0,254***	-0,036***	-0,036***	-0,257***
Geschlecht: männlich	-0,027***	-0,027***	-0,017***	-0,012	-0,012	-0,004
Alter	-0,002***	-0,002***	-0,001***	-0,001**	-0,001**	-0,001
Stundenlohn (log)	0,189***	0,188***	0,152***	0,137***	0,136***	0,104***
Tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit	-0,002***	-0,002***	-0,002***	-0,002***	-0,002***	-0,002***
Erwerbstätigkeit (Referenz: Vollzeit)						
Teilzeit	-0,024***	-0,022***	-0,020***	-0,017	-0,016	-0,016
Geringfügig	-0,043***	-0,041***	-0,010	-0,021	-0,019	-0,011
Im öffentlichen Dienst	0,002	0,007	0,005	0,010	0,014*	0,011
Bildung (CASMIN)	-0,012***	-0,012***	-0,011***	-0,008***	-0,008***	-0,007***
Berufsstatus (ISEI)	-0,001***	-0,001***	-0,001***	0,000	0,000	0,000
Berufsgruppe (nach BiBB)	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
Ost-West-Differenz im Medianeinkommen der Berufsgruppe	0,015**	0,012**	0,002	0,016*	0,013	0,002
Jahr (Referenz: 2013)						
2005		-0,004	-0,003		0,009	0,009
2007		-0,038***	-0,037***		-0,019***	-0,018**
2009		-0,013***	-0,013***		0,012*	0,012*
2011		-0,014***	-0,014***		0,002	0,003
Interaktionseffekte:						
ost x Geschlecht: männlich			-0,017*			-0,020
ost x Alter			-0,002***			-0,001
ost x Stundenlohn (log)			0,125***			0,112***
ost x Geringfügige Beschäftigung			-0,144***			-0,153**
ost x Ost-West-Differenz im Medianeinkommen der Berufsgruppe			0,030**			0,040**
Konstante	-0,346***	-0,327***	-0,267***	-0,279***	-0,276***	-0,210***
N (Beobachtungen)	45 188	45 188	45 188	11 650	11 650	11 650
N (Personen)	19 890	19 890	19 890	2 330	2 330	2 330
R ² within	0,043	0,046	0,051	0,022	0,026	0,032
R ² between	0,156	0,159	0,179	0,208	0,208	0,217
Chi ²	4 780,34	4 942,69	5 615,56	782,98	825,56	934,25
df	12	16	21	21	16	21
Rho	0,466	0,465	0,457	0,317	0,318	0,316

Signifikanzen: * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$.

Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die regionale berufsspezifische Lohndifferenz führt in Ostdeutschland zu erhöhtem Ungerechtigkeitsempfinden.

denen Lohnunterschiede bestehen beziehungsweise nicht mehr bestehen. Mithilfe von Regressionsmodellen lässt sich ermitteln, welche Bedeutung diese Differenz des Einkommensniveaus innerhalb einer Berufsgruppe – bei ansonsten gleichen Merkmalen der Erwerbstätigen – hat und in welchem Umfang dies tatsächlich zu einer Erhöhung oder Verringerung der wahrgenommen Einkommensungerechtigkeit führt. In Tabelle 2 sind die Ergebnisse hierzu ausgewiesen. Erwartungsgemäß ist sowohl für Ost als auch Westdeutschland die Höhe des Stundenlohns die entscheidende Bestimmungsgröße des subjektiven Gerechtigkeitsempfindens. Dies ist nicht verwunderlich, denn

ein höheres Einkommen für einen selbst wird tendenziell als gerechter wahrgenommen.

Entscheidender ist aber das Ergebnis für die Berufsgruppendifferenzen (in Tabelle 2 hervorgehoben). Die aufgeführten Koeffizienten beschreiben, dass im Osten mit einer Zunahme der regionalen Einkommensdifferenz zwischen den Angehörigen einer Berufsgruppe die wahrgenommen Einkommensungerechtigkeit ansteigt. Dieser Effekt ist nur im Osten anzutreffen. Wenn wir zwei Personen vergleichen, die gleiche arbeitsmarktrelevante Merkmale haben (Geschlecht, Bildung etc.), über das gleiche Brutto-

einkommen verfügen und in einem Beruf beschäftigt sind, in dem es Einkommensdifferenzen zwischen Ost und West gibt, so wird die Person im Osten ihr Einkommen deutlich ungerechter beurteilen als die Person im Westen. Es ist also nicht allein die bloße Höhe des individuellen Einkommens, die Ungerechtigkeitsempfindungen produziert, sondern auch die Tatsache ob innerhalb der Berufsgruppe Lohnunterschiede zwischen Ost und West anzutreffen sind. Allein der Umstand, dass es in einer Berufsgruppe wichtig ist, in welchem Landesteil man beschäftigt ist, führt also zu einer erhöhten Ungerechtigkeitswahrnehmung. Dies verweist auf Befunde aus der empirischen Gerechtigkeitsforschung, die zeigen, dass bei der Zuweisung von Belohnungen oder Bestrafungen Fragen der Gleichbehandlung eine zentrale Rolle spielen. Dort, wo bereits im Entscheidungsprozess einzelne Gruppen systematisch bevorzugt oder benachteiligt werden, wird eine stärkere Ungerechtigkeit wahrgenommen.⁹ Möglicherweise interpretieren die Ostdeutschen die bloße Existenz von regionalen Lohndifferenzen innerhalb

ihres Berufs als eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung. Freilich sind die Lohnunterschiede auch das Ergebnis der Situation am ostdeutschen Arbeitsmarkt und sind auch mit nach wie vor anzutreffenden Produktivitätsunterschieden begründet.¹⁰ Doch in dem Fall ist dies zumindest für das subjektive Erleben sowie das Werturteil von mehr als 40 Prozent der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern kein hinreichender Grund, ein geringeres Einkommen zu erhalten.

Im Ergebnis zeigen sich weiterhin Differenzen in der Gerechtigkeitswahrnehmung des eigenen Erwerbseinkommens entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Auch wenn jetzt möglicherweise nicht mehr die im Sommer 1989 angeprangerten fehlenden Einkommensunterschiede, sondern die existierenden Einkommensunterschiede zwischen Ost und West Ursache erlebter Ungerechtigkeit sind. 25 Jahre nach dem Fall der Mauer ist für viele Erwerbstätige in den neuen Bundesländern, zumindest was ihr Erwerbseinkommen anbelangt die vielbeschworene „Mauer in den Köpfen“ tatsächlich noch präsent.

⁹ Vgl. Liebig, S., Sauer, C. (2013). Soziologische Gerechtigkeitsanalyse. Überlegungen zur theoretischen Fundierung eines Forschungsfeldes. *Analyse und Kritik*, 35, 371–394.

¹⁰ vgl. den ersten Beitrag in dieser Ausgabe.

Stefan Liebig ist Forschungsprofessor des DIW Berlin und Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld

Sebastian Hülle ist Doktorand der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld

Jürgen Schupp ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) | jschupp@diw.de

WAGES IN EASTERN GERMANY CONSIDERED LESS FAIR THAN IN THE WEST

Abstract: Almost 25 years after the fall of the Wall and far more eastern Germans are unhappy with their income than western Germans. In 2013, around 44 percent of employed eastern Germans rated their earnings as unfair compared with approximately one third in western Germany. Although the east-west gap has been diminish-

ing since 2005—to around 12 percent in 2013—this is not because eastern Germans feel that they are now being paid more fairly, but rather because western Germans are increasingly unhappy with their earnings. Evidence of this is seen in analyses conducted by the Socio-Economic Panel (SOEP).

JEL: I31, Z10

Keywords: : German Unification, Justice, Wages, SOEP

Alle zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland

Von Maximilian Priem und Jürgen Schupp

25 Jahre nach dem Fall der Mauer haben sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland noch nicht vollständig angeglichen. Das war freilich in realistischer Betrachtung auch nicht zu erwarten. Trotz steigender Lebenszufriedenheit in den neuen Bundesländern konnte der Ost-West-Unterschied noch nicht nivelliert werden. Dies belegen die aktuellsten vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Demnach sind Menschen in Ostdeutschland im Jahr 2013 signifikant weniger zufrieden als in Westdeutschland, obwohl ihre Zufriedenheit so hoch ist wie noch nie im Zeitraum der Erhebung, die dort im Juni 1990 – kurz vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – erstmals durchgeführt wurde. Weitere subjektive Indikatoren zeigen Differenzen in der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, der Gesundheit und der Kinderbetreuung. Angeglichen hat sich die Zufriedenheit mit der Wohnung, der Haushaltstätigkeit, Arbeit und Freizeit. Die Menschen in Ostdeutschland sorgen sich stärker um die eigene wirtschaftliche Situation und Kriminalität, während die Sorge um Ausländerfeindlichkeit und den Arbeitsplatz in ganz Deutschland abgenommen hat. Die SOEP-Befragungen zeigen: Die Lebensverhältnisse in Deutschland sind aus Sicht der Menschen weitgehend angeglichen. Trotz etlicher Probleme im Detail, wozu in den nächsten Jahren insbesondere die Entwicklung der Neurenten in Ostdeutschland zählen wird, ist die deutsche Wiedervereinigung eine ungewöhnliche Erfolgsgeschichte.

„Das Zusammenwachsen des geteilten Deutschlands beginnt [...] bei den Menschen und ihren Lebensverhältnissen.“ Mit diesen Worten kommentierte Lothar de Maizière,¹ der letzte Ministerpräsident der DDR, die Unterzeichnung des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der BRD im Mai 1990. Seine Aussage verdeutlicht, dass die durch die friedliche Revolution im November 1989 angestoßene Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der sozialpolitischen Angleichung der Lebensbedingungen und erst in zweiter Linie unter marktwirtschaftlichen Aspekten erfolgen sollte.²

Um den Fortschritt des Vereinigungsprozesses umfassend zu beurteilen, ist es erforderlich, gemäß dem Konzept der Lebensqualität³, neben den objektiven Lebensbedingungen auch das subjektive Wohlbefinden in Deutschland zu berücksichtigen. Dafür werden in diesem Bericht ausgewählte Bereiche des subjektiven Wohlbefindens sowie deren zeitlicher Verlauf in Ost- und Westdeutschland dargestellt: Wie hat sich die allgemeine Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland seit 1990 entwickelt? In welchen Lebensbereichen gleichen sich mittlerweile die Zufriedenheiten der ost- und westdeutschen Bürger und wo bestehen noch Unterschiede? Welche Sorgen beschäftigen die Deutschen am

1 1989.dra.de/themendossiers/wirtschaft/waehrungs-wirtschafts-und-sozialunion.html.

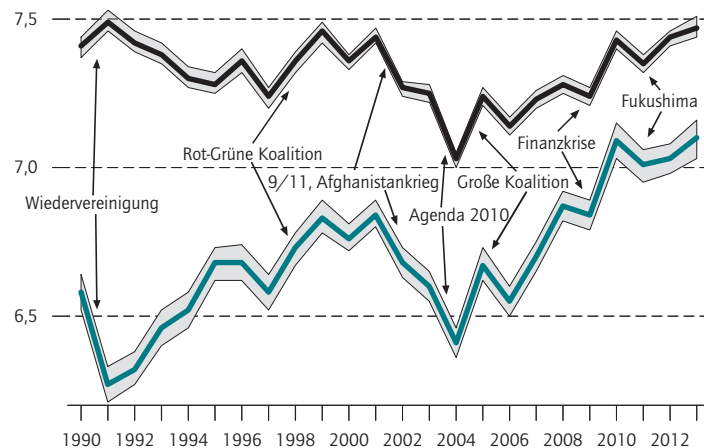
2 Vgl. zum Beispiel den ersten Bericht in dieser Ausgabe und Brenke, K., Zimmermann, K. F. (2009): Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Ist die Flasche nun zu einem Drittel leer – oder ist sie zu zwei Dritteln voll? Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 78, 2, 57.

3 Vgl. Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, W., Zapf, W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Frankfurt/M., New York, 13-26. Dieses in den 80er Jahren für die alte Bundesrepublik entwickelte Konzept zur Vermessung der Lebensqualität wurde in den 90er Jahre auch für den Anpassungsprozess von West- und Ostdeutschland weiterentwickelt. Siehe hierzu Zapf, W., Habich, R. (1999): Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin; sowie weiterhin Goebel, J., Habich, R., Krause, P. (2009): Zur Angleichung von Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 78, 2, 122-145, Berlin für eine ähnliche Analysestrategie wie im vorliegenden Bericht.

Abbildung 1

Mittlere Lebenszufriedenheit¹ in Deutschland

Skala von 0 bis 10 mit 95 %-Konfidenzintervall



1 Um Wiederholungsbefragungs-Effekte korrigierte Schätzung. Die Schätzung der Werte für 2013 erfolgte auf Basis eines vorläufigen Gewichtungsverfahrens (ohne die Berücksichtigung von 2013 erstmals im SOEP befragten Erwachsenen).

Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Geschichtliche Ereignisse beeinflussen die Lebenszufriedenheit.

häufigsten? Sind Menschen in den alten Bundesländern zufriedener als in den Neuen? Um eine evidenzbasierte Beantwortung dieser Fragen vorzulegen, werden die Entwicklung der Lebenszufriedenheiten und der Sorgen auf Basis der Langzeitstudie SOEP untersucht.⁴ Dies erfolgt deskriptiv und im Fall der allgemeinen Lebenszufriedenheit mit Hilfe von multivariaten Analysen. Das SOEP zeichnet sich als besonders geeignete Datenquelle zur Beantwortung der Fragestellungen aus, da es eine der ganz wenigen Studien ist, die bereits vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 Daten in Ostdeutschland erhoben hat und somit den gesamten Zeitraum der Transformation umfasst.

Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland so hoch wie noch nie

Im Wendejahr 1990 lag das Lebenszufriedenheitsniveau in Ostdeutschland deutlich unter dem des Westens der

Republik (Abbildung 1).⁵ Zunächst vergrößert sich die Differenz zwischen Ost und West noch etwas; während in Westdeutschland eine leichte kollektive Zunahme der mittleren Lebenszufriedenheit in den ersten Jahren nach der Wende zu verzeichnen ist, bricht sie in Folge der abrupten Veränderung der Lebensbedingungen im Osten ein.⁶ In den Folgejahren verringert sich der Abstand wieder schrittweise; freilich wird er nicht null, das heißt das durchschnittliche Lebenszufriedenheitsniveau Westdeutschlands wird nicht erreicht. Ab Ende der 90er Jahre bewegen sich die mittleren Lebenszufriedenheiten nahezu gleichförmig, Peaks und Tiefpunkte tauchen gleichzeitig im Westen wie im Osten auf.⁷ Seitdem nähern sich die mittleren Lebenszufriedenheiten in Ost und West in kleinen Schritten, sodass der Abstand sich seit der Jahrtausendwende nahezu halbiert hat. Hinzu kommt, dass sich in Deutschland die Zufriedenheit auf einem Allzeithoch befindet; in Westdeutschland hat man das Zufriedenheitsniveau von 1984 erreicht, und in Ostdeutschland wurden noch nie so hohe Werte der allgemeinen Lebenszufriedenheit gemessen.⁸ Trotzdem ist der Unterschied immer noch signifikant, da sich die Konfidenzintervalle beider Mittelwerte nicht schneiden.

Auch ein Blick auf die Verläufe der Zufriedenheiten in einzelnen Lebensbereichen verdeutlicht, dass der Angleichungsprozess der Lebensverhältnisse nicht in allen Lebensbereichen in gleicher Weise verläuft und der Angleichungsprozess zwischen Ost und West noch nicht abgeschlossen ist (Abbildung 2). Die Zufriedenheiten mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard⁹ in Ostdeutschland konnten in den letzten 25 Jahren noch nicht das westdeutsche Niveau erreichen, obwohl sich die Abstände, ähnlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit, in letzter Zeit kontinuierlich verringert haben.

⁵ Für nähere Informationen zur Erhebung und Korrektur der allgemeinen Lebenszufriedenheit im SOEP siehe Kasten.

⁶ Dabei muss berücksichtigt werden, dass es bei der ersten Erhebung im Juni 1990 in der DDR fast keine Arbeitslosigkeit gab. Zwar konnte ein Verlust des Arbeitsplatzes antizipiert werden, doch erst in den Folgebefragungen schlug sich die reale Erfahrung von Arbeitslosigkeit auch in der erfragten Lebenszufriedenheit nieder.

⁷ Deutlich wird dies beispielsweise im Jahr 2004. Eine mögliche Erklärung für diesen absoluten Tiefstand im Westen und dem zweitniedrigsten Niveau der Lebenszufriedenheit im Osten seit dem „Nachwendeschock“ kann in einer Kombination aus der im Zuge des 11. September 2001 und den folgenden Kriegen geänderten Weltsicherheitslage und der von Bundeskanzler Gerhard Schröder angekündigten Agenda-Politik als Reaktion auf die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland gefunden werden.

⁸ Vgl. Schupp, J., Goebel, J., Kroh, M., Wagner, G. G. (2013): Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nie nach der Wiedervereinigung – Ostdeutsche signifikant unzufriedener als Westdeutsche. DIW Wochenbericht Nr.47/2013, Berlin.

⁹ Die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard wurde von 2007 bis 2012 nicht im SOEP gestellt.

⁴ Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland - Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2, Nr. 4, 301-328.

Kasten

Zur Messung von Lebenszufriedenheit im SOEP

Im von TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) wird eine ganze Reihe an subjektiven Indikatoren erfragt. Im Mittelpunkt steht die zentrale Frage nach der kognitiven Dimension des Wohlbefindens. Seit dem Beginn der ersten Befragungswelle aus dem Jahr 1984 lautet diese: „Wie zufrieden sind sie gegenwärtig, alles in allem, mit ihrem Leben?“ Die Antwort nach der allgemeinen gegenwärtigen Lebenszufriedenheit wird anhand einer 11-stufigen Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben. Zusätzlich werden mit dieser Skala Bereichszufriedenheiten, zum Beispiel die Zufriedenheit mit Lebensstandard, Haushaltseinkommen, Arbeit, Freizeit, Gesundheit und Wohnen erfragt.

Betrachtet man den zeitlichen Verlauf der durchschnittlichen allgemeinen Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland, muss berücksichtigt werden, dass die Messung der Lebenszufriedenheit stärker vom Kontext der Befragungssituation, sogenannten Befragungsartefakten, abhängt als die Messung „objektiver Informationen“ wie zum Beispiel des Bildungsniveaus. Zu den Befragungsartefakten zählen zum Beispiel die Jahreszeit der Befragung oder wie häufig eine Person schon an der SOEP-Studie teilgenommen hat. So kann beobachtet werden, dass Personen bei der erstmaligen Befragung stärker als bei der zweiten und weiteren Befragungen dazu tendieren,

den Extremwert zehn anzugeben.¹ Wenn Menschen sehr lange an einer Wiederholungsbefragung wie dem SOEP teilnehmen, geben sie im Durchschnitt kleinere Zufriedenheitswerte an. Dieser Gewöhnungseffekt wirkt sich zwar von Jahr zu Jahr nur minimal aus, summiert sich aber, wenn Befragte wie im SOEP teilweise schon über 30 Jahre teilnehmen. Um diesen Effekt in der deskriptiven Analyse der Lebenszufriedenheitsverläufe in Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen, wurden in diesem Bericht die mittleren allgemeinen Lebenszufriedenheiten mit Hilfe einer in der SOEP-Gruppe am DIW Berlin entwickelten Methode korrigiert.² Dabei werden in einer Regressions-schätzung alle Messartefakte quantifiziert und anschließend jedem Befragungsdatenpunkt so zugewiesen, als hätten die Personen die Frage zum ersten Mal, im Mai eines Jahres und in einem Interview mit „Papier und Bleistift“ beantwortet. Die korrigierten mittleren Allgemeinen Zufriedenheiten und deren Konfidenzintervalle sind in Abbildung 1 dargestellt.³

¹ Vgl. Mohr, H.-M. (1987): Analysen zur Vergleichbarkeit von Zufriedenheitsmessungen. Zeitschrift für Sozialpsychologie, Bd. 18, 160–168.

² Vgl. Schupp, J. et al. (2013), a.a.O.; sowie Kroh, M., Priem, M., Schimmack, U., Schupp, J., Wagner, G. G. (2014): Zur Korrektur der Lebenszufriedenheit um artifizielle Befragungseffekte. SOEPpaper in Vorbereitung.

³ Die Schätzung der Werte für 2013 erfolgte auf Basis eines vorläufigen Gewichtungsverfahrens ohne die Berücksichtigung von 2013 erstmals im SOEP befragten Erwachsenen.

Mit Arbeit, Wohnung und Freizeit sind Ost und West gleichermaßen zufrieden

Dass sich ein Trend ändern kann, zeigt das Beispiel der Zufriedenheit mit der Arbeit. Bis vor sechs Jahren waren Ostdeutsche unzufriedener mit der Arbeit. Inzwischen näherten sich die Mittelwerte so sehr an, dass sie seit dem Jahr 2009 nicht mehr statistisch voneinander unterscheidbar sind. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass nur Erwerbstätige die Frage nach der Arbeitszufriedenheit beantworten können.

Voll angeglichen haben sich die Zufriedenheit mit der Wohnung, der Haushaltsarbeit und der Freizeit. Ihr Verlauf ähnelt zunächst dem der allgemeinen Lebenszufriedenheit, doch spätestens ab 2005 schließt sich die „Ost-West-Lücke“ endgültig, da sich die Wohnstandards und Freizeitmöglichkeiten angeglichen haben.

Die Zufriedenheit mit Betreuungsmöglichkeiten für Vorschulkinder war und ist seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Umgekehrt verläuft die Zufriedenheit mit der Gesundheit:

Sie lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in Ost und West gleichauf, ist aber seither in Ostdeutschland etwas gesunken. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die Lebenserwartung in Ostdeutschland gestiegen ist.¹⁰ Dies bedeutet freilich auch, dass kranke und pflegebedürftige alte Menschen jetzt zwar länger leben als in der DDR, aber aufgrund ihres höheren Alters mit ihrer Gesundheit nicht zufrieden sind.

Sorgen um Kriminalität, Ausländerfeindlichkeit und Umwelt haben ohne Ost-West-Unterschied abgenommen

Mit dem SOEP werden seit 1984 Daten zu knapp einem Dutzend Sorgen um private wie öffentliche Lebensbereiche ermittelt.¹¹ So werden Sorgen um die allgemeine

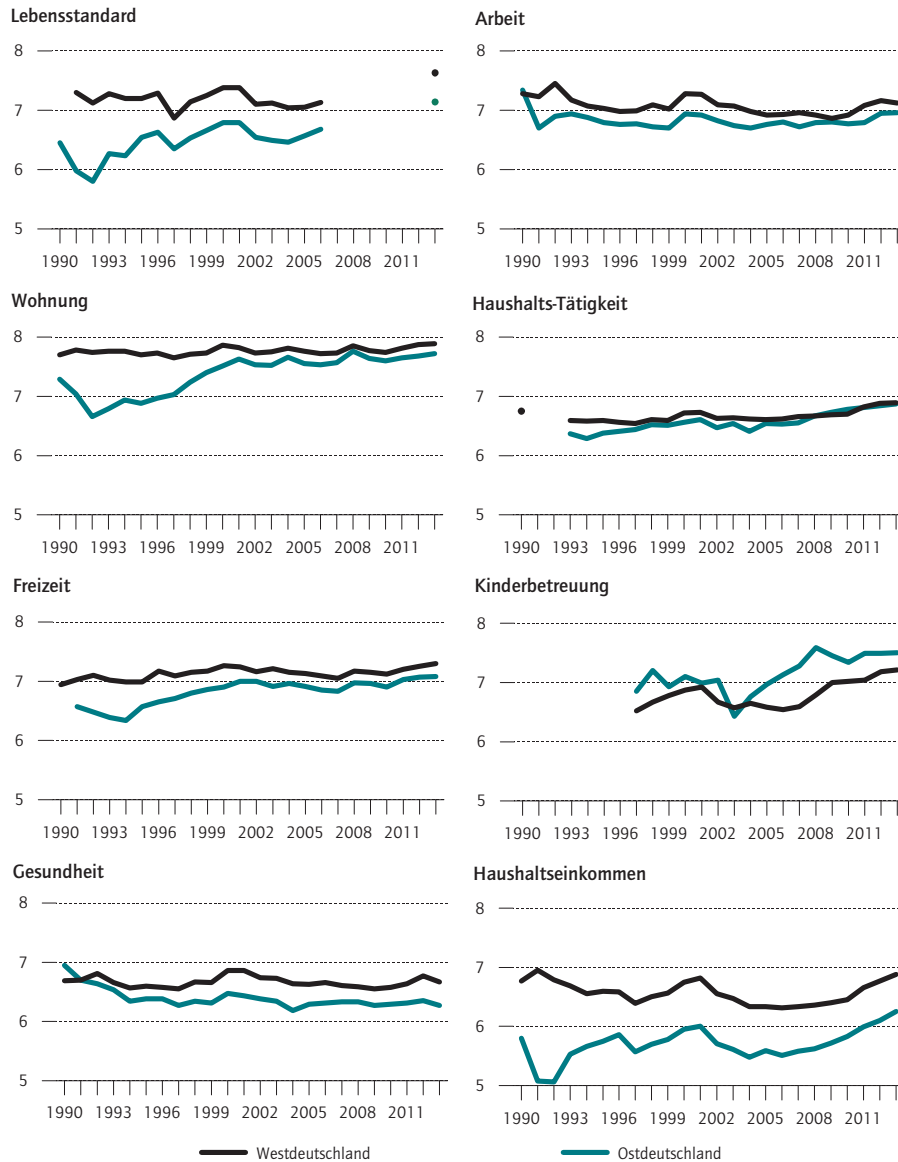
¹⁰ Vgl. Vogt, T. C. (2013): How many years of life did the fall of the Berlin Wall add? A projection of East German life expectancy. Gerontology 59(3), 276.

¹¹ Der letzte allgemeine Überblick zur Entwicklung der Sorgen um öffentliche und private Bereiche siehe Göbel, J.; Habich, R., Krause, P. (2011): Subjektives Wohlbefinden. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2011 – Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 2, Bonn, 377–384.

Abbildung 2

Mittlere Bereichszufriedenheit¹

Skala von 0 bis 10



¹ Um Wiederholungsbefragungs-Effekte korrigierte Schätzung. Die Schätzung der Werte für 2013 erfolgte auf Basis eines vorläufigen Gewichtungsverfahrens (ohne die Berücksichtigung von 2013 erstmals im SOEP befragten Erwachsenen).

Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Bereichszufriedenheiten entwickeln sich in Ost und West unterschiedlich.

wirtschaftliche Entwicklung, um die eigene wirtschaftliche Situation, den Erhalt des Arbeitsplatzes, die Kriminalität, die Ausländerfeindlichkeit und den Frieden als Variable mit drei Ausprägungen im SOEP erhoben (große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen).

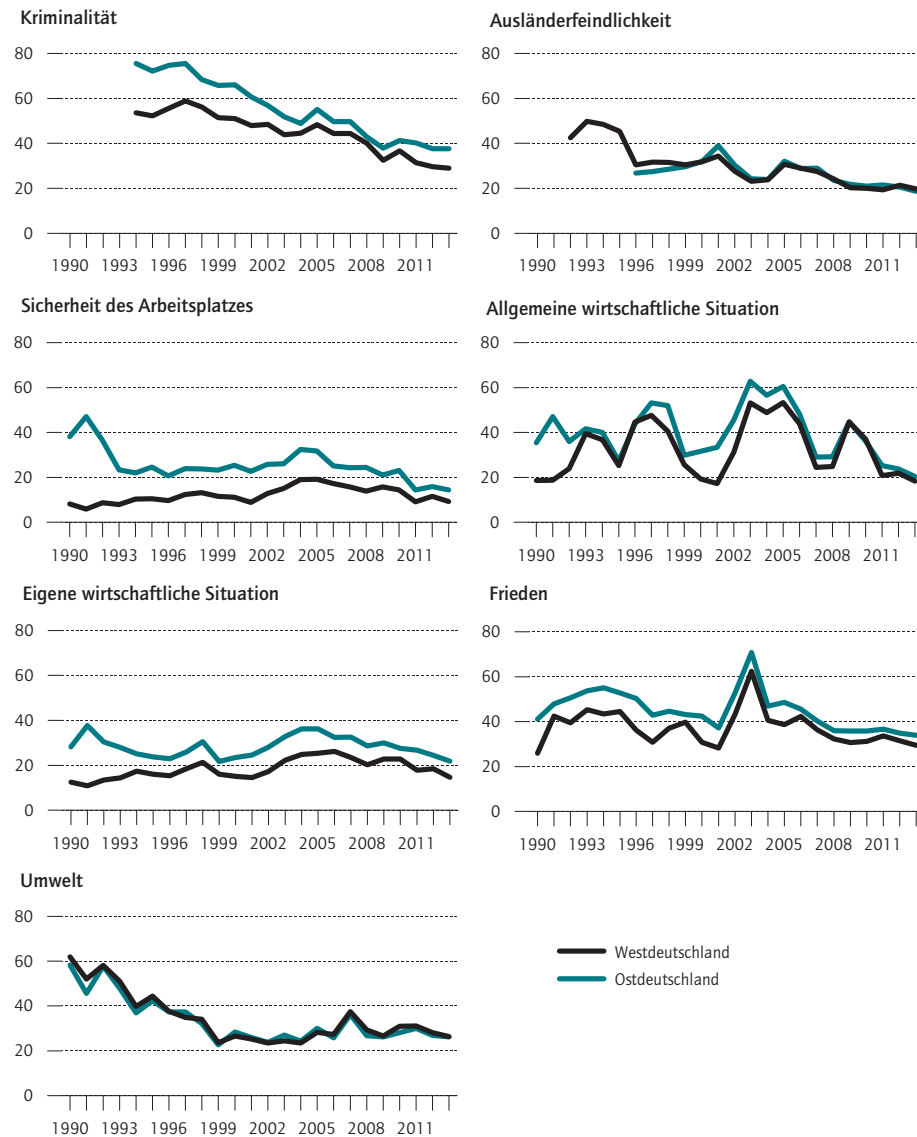
Die Entwicklung der Sorgen verläuft ähnlich heterogen wie die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensberei-

chen (Abbildung 3). So war die Sorge um die Kriminalität Mitte der 90er Jahre in Ostdeutschland zunächst weit stärker ausgeprägt als in Westdeutschland; sie ist im weiteren Verlauf sukzessive gesunken – in Ost stärker als in West – und weist inzwischen ein ähnlich niedriges Niveau auf. Ebenso gesunken ist die Sorge um die Ausländerfeindlichkeit und um die Umwelt, die in den 90ern noch über der Hälfte der Bevölkerung und im

Abbildung 3

Empfundene Sorgen in öffentlichen und privaten Bereichen¹

Anteil großer Sorgen in Prozent



¹ Die Schätzung der Werte für 2013 erfolgte auf Basis eines vorläufigen Gewichtungsverfahrens (ohne die Berücksichtigung von 2013 erstmals im SOEP befragten Erwachsenen).

Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Sorgen entwickeln sich in Ost und West weitgehend gleichlaufend.

Jahr 2013 nur knapp 20 Prozent große Sorgen bereiten. Die langjährigen Schwankungen dieser drei Sorgenbereiche lassen keinen deutlichen Ost-West-Unterschied erkennen.¹² Um die eigene wirtschaftliche Situation und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sind die

Ostdeutschen in den letzten 25 Jahren immer stärker besorgt gewesen als ihre westdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Insgesamt verlaufen die Sorgen in Ost- und Westdeutschland sehr gleichförmig. Gut zu erkennen ist dies am Verlauf der Sorge um den Weltfrieden; nach der Wende ist ein Rückgang dieser Sorge zu verzeichnen. Dieser Trend wird durch die Terror-Attacke im Jahr 2001 abrupt unterbrochen, die Sorge

¹² Vgl. Goebel, J. et al. (2009), a.a.O.

Tabelle

Ost-West-Unterschiede bei allgemeiner Lebenszufriedenheit¹

Parameter einer OLS-Regression

	1992	2002	2012
Region: Ost	-0,94***	-0,436***	-0,266***
Geschlecht: weiblich	0,0167	0,067**	0,0513
Alter	-0,0336***	-0,0343***	-0,0439***
Alter zum Quadrat	0,00031***	0,00031***	0,00039***
Nationalität: ausländisch	-0,163***	-0,0309	0,0915
Haushaltseinkommen (ln)	0,647***	0,628***	0,588***
Erwerbsstatus			
1. Vollzeit erwerbstätig			
2. Teilzeit erwerbstätig	-0,0118	0,0582	0,0428
3. Geringfügig Erwerbstätig	0,144	0,0195	0,0425
4. Arbeitslos	-0,783***	-0,862***	-0,809***
5. In Ausbildung	0,0742	-0,0094	0,0177
6. Nicht erwerbstätig	-0,0144	-0,0902**	-0,0451
Bildung (in Jahren)	0,00059	0,0359***	0,0436***
Haushaltsgröße	-0,0036	0,0901***	0,113***
Haushaltstyp			
1. Single-Haushalt			
2. (Ehe-)Partner-Haushalt	0,33***	0,161***	0,288***
3. Familien-Haushalt (Kinder bis 16 Jahre)	0,384***	0,101	0,233**
4. Ein-Eltern-Haushalt	-0,156	-0,344***	-0,182*
5. Familien-Haushalt (Kinder über 16 Jahre)	0,239**	0,0625	0,0761
6. Sonstiger Haushalt	0,151	-0,183	-0,305*
Gemeindegrößenklasse			
1. unter 2 000 Einwohner			
2. 2 000 bis 20 000 Einwohner	0,0271	-0,0044	-0,103*
3. 20 000 bis 100 000 Einwohner	0,0415	-0,021	-0,112*
4. 100 000 bis 500 000 Einwohner	-0,0898	-0,0141	-0,1
5. 500 000 und mehr Einwohner	-0,0692	-0,0216	-0,0343
Konstante	3,42***	2,93***	3,42***
R ²	0,1301	0,1056	0,0988
N	12 803	21 870	18 446

¹ Um Wiederholungsbefragungs-Effekte korrierte Schätzung.

Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Trotz einer anhaltend signifikanten Differenz der Lebenszufriedenheit ist der Effekt des Ost-West-Unterschieds in den letzten 20 Jahren stark geschrumpft.

um den Weltfrieden stieg in den zwei darauffolgenden Jahren in ganz Deutschland. Anschließend nahm die Sorge um den Weltfrieden langsam wieder ein niedrigeres Niveau an.

Ebenfalls gleichförmig verlaufen die Sorgen bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Kurz nach der Wende war diese in den neuen Bundesländern größer als in den alten Bundesländern, doch mit jeder konjunkturellen Schwächephase schnellten beide Sorgenverläufe nach oben. Interessant ist, dass die Sorgen der Ostdeutschen zwar in etwa so stark steigen wie die der Westdeutschen, Ostdeutsche in konjunkturellen Hochphasen jedoch stets ein höheres Maß an „Restsorgen“ behalten.

Noch nicht ganz vereint

Die deskriptiven Analysen weisen darauf hin, dass die Angleichung der Lebenszufriedenheit zunächst während der 90er Jahre besonders schnell verlief und dann in den letzten 15 Jahren immer langsamer voranschritt. Gleichwohl lassen einzelne Indikatoren inzwischen keinen Ost-West-Unterschied mehr erkennen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt des zentralen Indikators der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist aber immer noch kein gemeinsames Niveau erreicht worden. Ob es sich dabei um strukturelle Unterschiede handelt, die auch in Westdeutschland in bestimmten Regionen zu höheren Unzufriedenheiten führen (insbesondere infolge von Arbeitslosigkeit) oder diese Differenz auf soziodemografische Merkmale, wie Alter, Familienstand oder Haushaltstyp zurückzuführen sind, oder ob es einen nicht näher identifizierbaren „Ost-Effekt“ gibt, wird mit Hilfe multivariater Regressionsanalysen untersucht. Dabei wird als abhängige Variable das jeweilige Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit für soziodemografischen Kovariate sowie für mehrere Perioden errechnet. Darüber hinaus wurde der jeweilige Wohnort in Ost- oder Westdeutschland berücksichtigt, so dass der entsprechende „Ost-West-Indikator“ als verbleibendes Ausmaß an nicht näher erklärbarer Ost-West-Divergenz interpretiert werden kann.

In die Berechnung einbezogen wurden als Kontrollvariable das Geschlecht, das jeweilige Lebensalter, Nationalität, Einkommen, Erwerbsstatus, Bildung, Haushaltsgröße, Haushaltstyp und die Gemeindegröße.

Für die Jahre 1992, 2002 und 2012 ergeben sich aus den OLS-Regressionen¹³ für Ostdeutschland nicht näher identifizierbare signifikant niedrigere Lebenszufriedenheitswerte, die sich nicht auf die soziodemografischen Unterschiede zurückführen lassen (Tabelle). Allerdings lässt sich auch in der multivariaten Analyse ein Trend zur Angleichung feststellen. Im Jahr 1992, kurz nach der Wende, hatte es einen negativen mittleren Effekt von fast einem Punkt auf der 11-stufigen Lebenszufriedenheitsskala, wenn die befragte Person in den Neuen Bundesländern lebte. Zehn Jahre später, im Jahr 2002, hatte sich dieser Effekt halbiert. Im Jahr 2012 betrug dieser negative Effekt nur noch 0,27 Punkte.

Trotz dieses Trends zur Angleichung, indiziert der signifikante Ost-Effekt, dass der Angleichungsprozess bezüglich der allgemeinen Lebenszufriedenheit noch immer nicht abgeschlossen ist. Betrachtet man den Einfluss weiterer ins Modell einbezogener erklärender soziodemographischer Merkmale, so bestätigen diese Befunde der Lebenszufriedenheitsforschung: Die Lebenszufrieden-

¹³ OLS-Regressionen mit robusten Standardfehlern.

denheit verläuft mit dem Altern U-förmig,¹⁴ das heißt, sie ist im mittleren Alter am niedrigsten. Arbeitslosigkeit hat einen stark negativen¹⁵ und Einkommen und Bildung einen positiven Effekt auf die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Bis Mitte der 90er Jahre hat sich die allgemeine Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland zunächst schnell an das Westniveau angenähert; in den folgenden zehn Jahren sind darauf hin kaum Anpassungsfortschritte erfolgt, erst seit 2008 zeichnet sich eine leichte weitere Verringerung des Ost-West-Unterschieds ab (Abbildung 4).¹⁶

Fazit

Die deskriptive Analyse der SOEP-Daten zeigt, dass sich die Bereichszufriedenheiten in Deutschland in den letzten 25 Jahren heterogen entwickelt haben; während sich die Ost- und Westniveaus der Zufriedenheiten mit der Wohnung, der Haushaltstätigkeit, der Arbeit und Freizeit weitestgehend angeglichen haben, sind die Menschen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt immer noch unzufriedener mit ihrem Haushaltseinkommen, ihrer Gesundheit und mit ihrem Lebensstandard insgesamt als die Menschen in den alten Bundesländern.

Größere Sorgen als ihre Mitbürger im Westen der Republik machen sich die Ostdeutschen im Bezug auf ihre eigene wirtschaftliche Situation, die Kriminalität und den Frieden. Darüber hinaus sorgen sie sich auch in konjunkturellen Hochphasen stärker um die allgemeine wirtschaftliche Situation als die Menschen im Westen. Auf einem ähnlichen Niveau besorgt sind alle Bundesbürger, wenn es um Arbeit und Ausländerfeindlichkeit geht.

¹⁴ Der lineare Alterseffekt ist signifikant negativ und der Effekt des Quadrats des Alters ist signifikant positiv. Vgl. auch Blanchflower, D. G., Oswald, A. J. (2008): Is Well-Being U-Shaped Over the Life Cycle? *Social Science & Medicine* 66(8), 1733-1749.

¹⁵ Winkelmann, L., Winkelmann, R. (1998): Why Are the Unemployed So Unhappy? Evidence from Panel Data. *Economica* 65, 1-15.

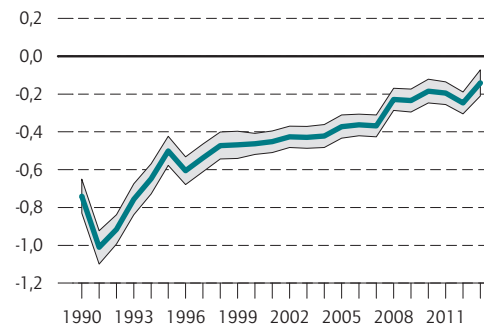
¹⁶ Vgl. auch Geyer, J., Steiner, V. (2010): Künftige Altersrenten in Deutschland: relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 11/2010.

Maximilian Priem ist studentischer Mitarbeiter in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | mpriem@diw.de

Abbildung 4

Angleichung der allgemeinen Lebenszufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschland

OLS-Regression mit 95 %-Konfidenzintervall



1 Um Wiederholungsbefragungs-Effekte korrigierte Schätzung. Die Schätzung der Werte für 2013 erfolgte auf Basis eines vorläufigen Gewichtungsverfahrens (ohne die Berücksichtigung von 2013 erstmals im SOEP befragten Erwachsenen).

Quellen: SOEP v30; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Den höchsten Grad der Angleichung der Lebenszufriedenheit zwischen Ost und West seit 1990 gab es 2013.

Wichtigster Indikator zur Bewertung subjektiver Lebensverhältnisse ist die allgemeine Lebenszufriedenheit. Deskriptive und multivariate Analysen haben gezeigt, dass in Folge der veränderten Lebensumstände direkt nach der Wende die Lebenszufriedenheit im Osten deutlich einbrach. Doch in den 90er Jahren holte die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich auf. Zu Beginn des neuen Jahrtausends verlangsamte sich der Angleichungsprozess und stagnierte. Erst seit dem Jahr 2008 ist wieder eine leichte Verringerung des Ost-West-Unterschieds zu beobachten. Doch ob sich dieser in den nächsten Jahren nivellieren wird, bleibt aufgrund des bisherigen Verlaufs eine offene Frage.

Diese zwar stark verringerten, aber nach wie vor bestehenden Ost-West-Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden gilt es – neben der materiellen Angleichung – auch künftig weiterhin zu berücksichtigen, wenn beispielsweise die Bundesregierung und die Länder nach Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 über eine weiterführende Strategie der Strukturpolitik beraten werden.

Jürgen Schupp ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | jschupp@diw.de

IS EVERYONE HAPPY? – LIVING STANDARDS IN GERMANY 25 YEARS AFTER REUNIFICATION

Abstract: Already a quarter of a century since the fall of the wall and the gap in living standards between eastern and western Germany is still not fully closed. Admittedly this could not realistically have been expected. Despite the increase in life satisfaction in eastern Germany, the east-west divide prevails. Evidence of this can be found in the latest data from the long-term Socio-Economic Panel (SOEP) study gathered by DIW Berlin in cooperation with the fieldwork organization TNS Infratest Sozialforschung. According to the SOEP data, in 2013, eastern Germans were far less happy than western Germans, although the level of life satisfaction in the east was higher than at any other point in the history of the survey, which was conducted for the first time in eastern Germany in 1990—shortly before

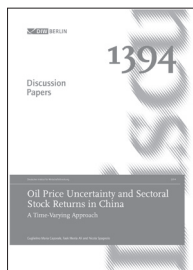
the creation of the economic, currency, and social union. Other subjective indicators reveal differences in satisfaction with household income, health, and child care. In contrast, satisfaction with housing, domestic tasks, work, and leisure time has converged. Eastern Germans worry more about crime levels and their own financial circumstances, whereas concerns about xenophobia and employment have diminished throughout Germany. The SOEP surveys show that, according to the population, living standards in Germany are now largely aligned. Despite a number of problems in the detail, which, in the coming years, will include the development of new pensions in eastern Germany in particular, German reunification has proven to be an extraordinary success story.

JEL: Z10

Keywords: German Unification, Satisfaction, Well-Being, SOEP

Discussion Papers Nr. 1394

2014 | Guglielmo Maria Caporale, Faek Menla Ali, Nicola Spagnolo



Oil Price Uncertainty and Sectoral Stock Returns in China: A Time-Varying Approach

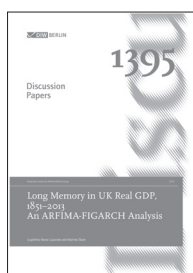
This paper investigates the time-varying impact of oil price uncertainty on stock prices in China using weekly data on ten sectoral indices over the period January 1997-February 2014. The estimation of a bivariate VAR-GARCH-in-mean model suggests that oil price volatility affects stock returns positively during periods characterised by demand-side shocks in all cases except the Consumer Services, Financials, and Oil and Gas sectors. The latter two sectors are found to exhibit a negative response to oil price uncertainty during periods with supply-side shocks instead. By contrast, the impact of oil price uncertainty appears to be insignificant during periods with precautionary demand shocks.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1395

2014 | Guglielmo Maria Caporale, Marinko Skare



Long Memory in UK Real GDP, 1851-2013: An ARFIMA-FIGARCH Analysis

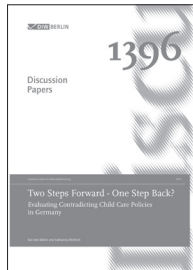
This paper analyses the long-memory properties of both the conditional mean and variance of UK real GDP over the period 1851-2013 by estimating a multivariate ARFIMA-FIGARCH model (with the unemployment rate and inflation as explanatory variables). The results suggest that this series is non-stationary and non-mean-reverting, the null hypotheses of $I(0)$, $I(1)$ and $I(2)$ being rejected in favour of fractional integration - shocks appear to have permanent effects, and therefore policy actions are required to restore equilibrium. The estimate of the long-memory parameter (1.37) is similar to that reported by Candelon and Gil-Alana (2004), implying

that aggregate output is not an $I(1)$ process. The presence of long memory in output volatility ($d = 0.80$) is also confirmed.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1396
2014 | Kai-Uwe Müller, Katharina Wrohlich



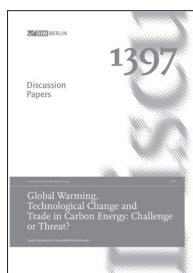
Two Steps Forward - One Step Back? Evaluating Contradicting Child Care Policies in Germany

We apply a structural model of mothers' labor supply and child care choices to evaluate the effects of two childcare reforms in Germany that were introduced simultaneously in August 2013. First, a legal claim to subsidized child care became effective for all children aged one year or older. Second, a new benefit called 'Betreuungsgeld' came into effect that is granted to families who do not use public or publicly subsidized child care. Both reforms target children of the same age group and are unconditional on the parents' income or employment status, yet affect mothers' incentives for labor supply and child care choices in opposite directions. Our model facilitates estimating the joint reform impact as well as disentangling the individual effects of both policies. A comprehensive data set with information on labor supply, the use of and potential access restrictions to various child care arrangements provides the basis for the empirical analysis. We find the overall effect of both reforms to be small but positive as far as mother's labor supply and the use of formal care is concerned. The legal claim's positive impact on mothers' labor supply and the use of formal child care is largely offset by the negative effect on both outcomes resulting from the introduction of the 'Betreuungsgeld'.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1397
2014 | Gunter Stephan, Georg Müller-Fürstenberger



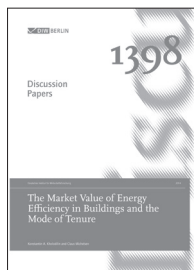
Global Warming, Technological Change and Trade in Carbon Energy: Challenge or Threat?

Is it possible to combat global climate change through North-to-South technology transfer even without a global climate treaty? Or do carbon leakage and the rebound effect imply that it is possible to take advantage of technological improvements under the umbrella of a global arrangement only? For answering these questions two possible states of the world are discussed: one, where more energy efficient technologies are transferred unconditionally from the North to the South, and where regions do not cooperate in the solution of the global climate problem but unilaterally decide on climate policies and technology transfers; one, where the North-to-South technology transfer is tied to the requirement that the South in some way contributes to the solution of the global climate problem. Rebound and leakage effects hinder a sustainable and welfare improving solution of the climate problem.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1398
2014 | Konstantin A. Kholodilin, Claus Michelsen



The Market Value of Energy Efficiency in Buildings and the Mode of Tenure

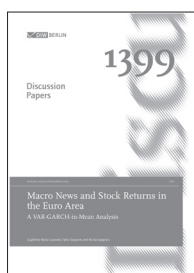
Concerns about global warming and growing scarcity of fossil fuels require substantial changes in energy consumption patterns and energy systems, as targeted by many countries around the world. One key element to achieve such transformation is to increase energy efficiency of the housing stock. In this context, it is frequently argued that private investments are too low in the light of the potential energy cost savings. However, heterogeneous incentives to invest in energy efficiency, particularly for owner-occupants and landlords, may serve as one explanation. This is particularly important for countries with a large rental sector, like Germany.

Nevertheless, previous literature largely focuses on the pay offs owner-occupants receive, leaving out the rental market. This paper addresses this gap by comparing the capitalization of energy efficiency in selling prices (rents) for both types of residences. For this purpose data from the Berlin housing market are analyzed in hedonic regressions. The estimations reveal that energy efficiency is well capitalized in apartment prices and rents. The comparison of implicit prices and the net present value of energy cost savings/rents reveals that investors anticipate future energy and house price movements reasonably. However, in the rental segment, the value of future energy cost savings exceeds tenants' implicit willingness to pay by factor 2.98. This can either be interpreted as a result of market power of tenants, uncertainty in the rental relationship, or the "landlord-tenant dilemma."

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1399
2014 | Guglielmo Maria Caporale, Fabio Spagnolo, Nicola Spagnolo



Macro News and Stock Returns in the Euro Area: A VAR-GARCH-in-Mean Analysis

This paper analyses the effects of newspaper coverage of macro news on stock returns in eight countries belonging to the euro area (Belgium, France, Germany, Greece, Ireland, Italy, Portugal and Spain) using daily data for the period 1994-2013. The econometric analysis is based on the estimation of a VAR-GARCH-in-mean model. The results can be summarised as follows. Positive (negative) news have significant positive (negative) effects on stock returns in all cases. Their volatility has a significant impact on both stock returns and volatility; specifically, an increase in news volatility is always associated with a decrease in stock returns. Markets are particularly responsive to negative news, and the reaction is bigger in the PIIGS countries, and during the recent crisis period.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Dr. Claus Michelsen
ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter
in der Abteilung Konjunkturpolitik.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors
wieder.

Papiertiger Mietpreisbremse

Mit dem Gesetzentwurf zur Mietpreisbremse hat das Kabinett jüngst ein zentrales Vorhaben der großen Koalition gebilligt. Die Bundesregierung möchte damit Haushalte mit geringerem Einkommen begünstigen, die es zunehmend schwer haben, in den begehrten Zentren großer Ballungsräume bezahlbaren Wohnraum zu finden. Helfen soll die Begrenzung der Mietaufschläge bei Wiedervermietung: Maximal zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete darf der Mietzins zukünftig vereinbart werden.

Allerdings soll die Regelung ausschließlich in angespannten Wohnungsmärkten greifen. Diese Regionen zu identifizieren obliegt den Ländern, die auf fünf Jahre begrenzt eine Deckelung der Mietentwicklung verfügen können. Die Hoffnung, normalverdienenden Haushalten damit den Zugang zu den gewünschten Wohnungen zu ermöglichen, dürfte sich allerdings schon bald zerstreuen. Im Wettbewerb der Mieter wird weiterhin vor allem das Portemonnaie entscheiden: Vermieter werden Bewerber auswählen, bei denen Mietausfallrisiken gering sind, bei denen perspektivisch kontinuierliche Mietsteigerungen umsetzbar erscheinen oder die dazu bereit sind, einen deutlichen Mietaufschlag für teilmöblierte Wohnungen zu zahlen – kurz: Haushalte mit höheren Einkommen.

Einigkeit herrscht bei allen Beteiligten, dass die Probleme auf den Wohnungsmärkten mittelfristig nur durch Neubau gelöst werden können. Die reflexartig geäußerten Befürchtungen der Bau- und Wohnungswirtschaft, die jetzt vereinbarten Regelungen würden eben diesen abwürgen, dürften sich aber kaum bewahrheiten. Der Neubau ist von der Regelung ausgenommen. Diese Regulierung schafft zudem Anreize für Anleger, gerade im Neubausegment zu investieren: Nur hier kann zukünftig der Wettbewerb um Wohnraum über den Preismechanismus ausgetragen werden, was daher zukünftig umso heftiger der Fall sein sollte. Infolge höherer Mieten und damit steigender Renditen im Neubau dürften die Wohnungsbauinvestitionen unter dem Strich entgegen allen Befürchtungen sogar steigen,

allerdings vor allem in den hochwertigen Marktsegmenten. Darüber freuen können sich gut situierte Haushalte, die von gedeckelten Mieten und von einem mittelfristig üppigeren Angebot qualitativ höherwertigen Wohnraums profitieren. Der sozialen Entmischung von Wohnquartieren wird auf diesem Weg nicht Einhalt geboten, und das Angebot bezahlbaren Wohnraums in den begehrten Lagen wird ebenfalls kaum erhöht.

Wesentlich zielgenauer, allerdings in der Öffentlichkeit selten wahrgenommen, ist die kommunale Wohnungsmarktpolitik. Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus können Quartiersstrukturen unmittelbar beeinflusst werden, entweder durch direkte staatliche Investitionen oder durch die Förderung privater Wohnungsbauprojekte mit Sozialbindung. Tatsächlich sinkt die Zahl der so geschützten Wohnungen erheblich. Bereits 2005 wurde in einer vom Bundesforschungsministerium geförderten Studie darauf hingewiesen, dass bis in das Jahr 2020 rund die Hälfte aller Sozialwohnungen diese Bindung verlieren wird. Parallel zu einer verstärkten Baulandausweisung und innerstädtischem Flächenrecycling würde die Sozialbindung von Teilen der auf diesen Flächen neu errichteten Wohnungen einen unmittelbaren Beitrag zur Verbesserung der Wohnungsmarktsituation in den betroffenen Quartieren leisten. Ein erfolgreiches Beispiel ist das Münchener Modell. Dieses eröffnet – unter der Auflage einer sozial verträglichen Nutzung – geringverdienenden Selbstnutzern und Kapitalanlegern gleichermaßen den vergünstigten Zugang zu Bauland. Auch werden bei der Umwidmung privater Flächen als Bauland Nutzungsvereinbarungen getroffen, die eine teilweise soziale Verwendung des neugeschaffenen Wohnraums und der umliegenden Freiflächen garantieren. Derartige Ansätze sind zwar weitaus mühseliger in der Umsetzung, dürften letztendlich aber erheblich effektiver in der Sicherung des Wohnungsmarktzugangs geringverdienender Haushalte sein als regulierenden Eingriffe in die Mietpreisbildung.